

(Beginn: 14:11 Uhr - Ende: 20:22 Uhr)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die 39. Sitzung des Rates der Stadt Köln in der Wahlperiode 2009/2014 und begrüße ganz herzlich unsere Gäste auf der Zuschauertribüne, darunter diesmal die Schülerinnen und Schüler des Leistungskurses Sozialwissenschaft der Liebfrauenschule.

(Beifall)

Weiterhin begrüße ich die Vertreterinnen und Vertreter der Presse, die Bezirksbürgermeisterinnen und Bezirksbürgermeister und Sie natürlich, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, als Mitglieder des Rates zu unserer letzten Sitzung in diesem Jahr.

Zu Beginn der Sitzung haben wir einen Beschluss zu fassen - das betrifft den Punkt vor TOP 1 der Tagesordnung -, um Frau Müller als weitere Schriftführerin zu bestellen. Gibt es dazu Wortmeldungen? - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Dann ist das so beschlossen. Frau Müller ist jetzt die weitere Schriftführerin. Erheben Sie sich doch einmal, damit wir Sie alle sehen!

(Beifall)

Wir haben heute viel vor. Nach Einbringung des Doppelhaushaltes steht noch eine komplette Ratssitzung mit Aktueller Stunde, Anträgen und zahlreichen Vorlagen auf der Tagesordnung. Insgesamt stehen - das sage ich mit Blick auf die Schülerinnen und Schüler - über 100 Punkte zur Beratung an. Wenn wir die alle erfolgreich hinter uns gebracht haben, darf ich Sie, wie es guter Brauch zum Jahreswechsel ist, zu einem kleinen Empfang in den Lichthof bitten, wo wir bei einem Getränk - es können auch mehrere sein - auf das vergangene Sitzungsjahr zurückschauen können.

Auf Ihren Tischen finden Sie neben den Tischvorlagen auch einige Weihnachtspresente, die man getrost annehmen darf: zum einen den Kalender des Historischen Archivs

(Martin Börschel [SPD]: Die Tüte ist besonders schön!)

- ja, die Stofftasche kommt von der StEB - und zum anderen eine nützliche Übersicht über die Sitzungsdaten von Rat und Ausschüssen für 2013.

Nun zu unserer Sitzung. Nach den mir vorliegenden Meldungen sind heute Herr Hoffmann und Frau Senol entschuldigt.

Als Stimmzähler benenne ich Herrn Philippi, Herrn Möring und Frau Laufenberg.

Bevor wir mit den Beratungen beginnen, müssen wir die heutige Tagesordnung festlegen. Der Entwurf liegt Ihnen vor. Er ist in Teil A, Haushaltsangelegenheiten, und Teil B, Allgemeiner Teil, gegliedert.

Zur Einbringung F des Haushaltsentwurfes für die Jahre 2013/2014 werde ich selbst zunächst das Wort ergreifen. Danach wird sich die Kämmerin an Sie wenden. Wie üblich werden wir damit - ich setze Ihr Einverständnis voraus - die Rednerliste zu diesem Punkt schließen und die beiden Vorlagen sowie die dazu gestellten Anträge in die Haushaltsplanberatungen, und zwar in die Fachgremien, verweisen. Das ist in jedem Jahr so der Fall gewesen; ich gehe davon aus, dass Sie damit einverstanden sind. Im Anschluss daran behandeln wir die Aktuelle Stunde, deren Thema wir gleich festlegen werden.

Die nachträglichen Zu- und Absetzungen zur Tagesordnung sind wie immer im Entwurf gesondert gekennzeichnet. Die nachträglich eingegangenen Änderungsanträge finden Sie bei den jeweiligen Tagesordnungspunkten.

Kommen wir zur Festlegung der Aktuellen Stunde. Es liegen zwei fristgerecht eingereichte Anträge auf Durchführung einer Aktuellen Stunde vor: Im Antrag der FDP-Fraktion geht es um eine Machbarkeitsstudie zur Fusion der Opernhäuser von Köln und Bonn; Ziffer 2.1. Der Antrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen thematisiert die „Sanierung und Ausbau der Verkehrsinfrastruktur im Verkehrsknoten Köln“; Ziffer 2.2.

Wie Ihnen bekannt ist, sieht unsere Geschäftsordnung grundsätzlich nur eine Aktuelle Stunde vor. Bei mehreren Anträgen besteht nach § 5 Abs. 5 die Möglichkeit einer einvernehmlichen Einigung zwischen den Antragstellern auf eines der beiden Themen. Konnte eine solche Einigung erzielt werden? - Das scheint nicht der Fall zu sein. Dann lasse ich gemäß § 5 Abs. 4 der Geschäftsordnung darüber abstimmen, ob zwei Aktuelle Stunden durchgeführt werden sollen. Wer ist dafür, dass heute zwei Aktuelle Stunden durchgeführt werden sollen? - Das ist die Fraktion der FDP. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Damit

wird heute nur eine Aktuelle Stunde durchgeführt.

Nach § 5 Abs. 6 der Geschäftsordnung müssen wir darüber abstimmen, welches der beantragten Themen Gegenstand der Aktuellen Stunde sein soll.

Wer für das von der FDP beantragte Thema, Opernfusion Köln und Bonn, ist, bitte ich aufzuzeigen. - Das sind die Fraktionen der CDU, der FDP und pro Köln. Wer Enthält sich? - Keine Enthaltungen. Dann ist das so abgelehnt.

Wer für das von SPD und Grünen beantragte Thema, Verkehrsknoten Köln, ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion der SPD, die Fraktion der Grünen und die Fraktion Die Linke. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit wird die Aktuelle Stunde zum Thema „Sanierung und Ausbau der Verkehrsinfrastruktur im Verkehrsknoten Köln“ durchgeführt.

Die Verwaltung schlägt die Zusetzung folgender Punkte vor: 5.3, 9.1, 11.33, 11.34, 18.6, 18.7, 18.8, 18.9 und 18.10 sowie im nichtöffentlichen Teil 24.11, 24.12, 24.13 und 26.2.

Abgesetzt wurden im öffentlichen Teil die Punkte 11.7, 11.18 und 11.19 sowie im nichtöffentlichen Teil der Punkt 23.4.

Dann kommen wir zu den Dringlichkeitsanträgen. Zunächst zu einem Antrag der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 6. Dezember 2012 betreffend „Besetzungsverfahren Dezernat VII - Kunst und Kultur“; das ist TOP 4.1.7: Gibt es Wortmeldungen gegen die Dringlichkeit? - Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen gegen die heutige Behandlung? - Das ist ebenfalls nicht der Fall. Dann ist dieser Dringlichkeitsantrag in die Tagesordnung aufgenommen.

Unter TOP 4.1.8 liegt ein Dringlichkeitsantrag der Fraktionen von SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom heutigen Tag vor. Es geht um die „Resolution zum europäischen Richtlinienentwurf über die Konzessionsvergabe“. Gibt es Wortmeldungen hierzu? - Das ist nicht der Fall. Gibt es Stimmen gegen diesen Dringlichkeitsantrag? - Das ist nicht der Fall. Enthaltungen? - Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag unter 4.1.8 ebenfalls in die Tagesordnung aufgenommen.

Kommen wir nun zur Reihenfolge der Tagesordnung. Ich schlage vor, die Tagesordnungspunkte 4.1.4 und 4.1.7

gemeinsam zu beraten. Gibt es Wortmeldungen zur Reihenfolge der Tagesordnung? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich über die Änderungsvorschläge zur Tagesordnung abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann ist die Tagesordnung in geänderter Fassung - -

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:  
Ich habe noch einen Antrag! - Winrich  
Granitzka [CDU]: Herr  
Oberbürgermeister!)

Herr Granitzka, bitte.

**Winrich Granitzka** (CDU): Herr Oberbürgermeister! Zunächst möchte ich Sie darauf hinweisen, dass auf Seite 11 die Punkte 18.8 und 18.7 ganz offensichtlich gedoppelt sind. Bei 18.8 kann es nicht noch einmal um die Wahl eines Mitglieds mit beratender Stimme für den Verkehrsausschuss gehen. Da sollte es um den Sozialausschuss gehen, und zwar um die Wahl eines Sachkundigen Einwohners. Soweit ich weiß, hat der auch nicht nur beratende Stimme, sondern ist dort stimmberechtigt. Wenn Sie das bitte prüfen und vermerken wollen!

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Okay.

**Winrich Granitzka** (CDU): Des Weiteren würde ich Sie bitten, folgende Punkte zu vertagen, weil wir da noch Beratungsbedarf haben: zum einen Punkt 7.2.3 - da geht es um den Großmarkt - und zum anderen Punkt 24.7. Bei letzterem geht es um einen zu gründenden Aufsichtsrat beim Butzweiler Hof. Es hat sich uns noch nicht erschlossen, welche Aufgaben dieser Aufsichtsrat hat. Deswegen würden wir bitten, das heute zu vertagen, damit wir das noch prüfen können.

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Ich wiederhole es noch einmal, damit es allen klar ist. Die Punkte 7.2.3 und 24.7 sollen von der heutigen Tagesordnung abgesetzt werden.

(Martin Börschel [SPD]: 7.2.3 möchten wir auf der Tagesordnung lassen! Das andere ist okay!)

Frau Berg, bitte.

**Beigeordnete Ute Berg:** Nur ein kurzer Zusatz. Sie müssen das natürlich entscheiden; aber ich bitte zu bedenken, dass das Gros der Jahreskarten natürlich Anfang des Jahres vergeben wird und wir ein Jahr verlieren würden. Wir wurden vom Rechnungsprüfungsausschuss dazu aufgefordert, kostendeckend zu arbeiten.

(Martin Börschel [SPD]: Deswegen sind wir gegen die Vertagung!)

Ich kann das auch noch einmal ausführlicher begründen, wenn Sie wünschen.

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Vielen Dank, Frau Berg.

Dann lassen wir darüber abstimmen. Wer dafür ist, den Tagesordnungspunkt 7.2.3 zu vertagen, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion der CDU und die Fraktion der FDP. Wer enthält sich? - Dann ist der Vorschlag auf Vertagung abgelehnt. Der Punkt bleibt auf der heutigen Tagesordnung.

Nun zur Abstimmung über die Vertagung von Tagesordnungspunkt 24.7. Wer dafür ist, dass dieser Punkt von der Tagesordnung abgesetzt wird, bitte ich um das Handzeichen. - Es ist eindeutig. Die Mehrheit ist dafür, dass dieser Tagesordnungspunkt abgesetzt wird.

Bitte schön, Herr Frank.

**Jörg Frank** (Bündnis 90/Die Grünen): Ich möchte vorschlagen, TOP 18.4 zu vertagen. Da besteht noch Klärungsbedarf.

(Helmut Jung [CDU]: Der ist sowieso schon zurückgezogen!)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Nein, 18.4 ist nicht zurückgezogen. - Also, es besteht noch Klärungsbedarf bei 18.4. Gibt es gegen den Vorschlag der Vertagung Stimmen? - Das ist nicht der Fall. Wer enthält sich? - Damit ist auch Tagesordnungspunkt 18.4 von der Tagesordnung genommen.

Jetzt kommen wir endgültig zur Abstimmung über unsere heutige Tagesordnung. Wer gegen die jetzt so festgestellte Tagesordnung ist, bitte ich um das Handzeichen. - Wer enthält sich? - Damit ist sie so beschlossen.

Ich darf meine Kollegin Frau Bürgermeisterin Scho-Antwerpes bitten, mich freundlicherweise für die Dauer meiner Rede hier zu vertreten.

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Heute wird der Entwurf des Doppelhaushalts 2013/14 einschließlich der mittelfristigen Finanzplanung bis zum Jahr 2017 eingebracht. Damit begeben wir uns auf einen schwierigen, steinigen Weg der längerfristigen Haushaltskonsolidierung. Wir wollen den aus den Fugen geratenen städtischen Haushalt wieder in Ordnung bringen. Manche glauben noch heute, dies sei möglich ohne zum Teil ernsthafte Einschnitte in das vorhandene Leistungsspektrum. Nein, jeder Bürger wird mehr oder weniger spüren, dass er als Teil unserer Stadtgesellschaft notwendige Sparanstrengungen mittragen muss.

Nach dem Beschluss des Stadtvorstandes ist der Entwurf in seinen Zielsetzungen und Eckpunkten der Öffentlichkeit – recht frühzeitig – vorgestellt worden. Wir haben den offenen Dialog mit Meinungsträgern, Interessengruppen und Sozialpartnern gesucht, um zu informieren, zu überzeugen und auch Vorschläge aufzunehmen. Für die sachliche und ernsthafte Diskussion möchte ich mich heute schon bedanken.

Natürlich fiel das Echo auf die Konsolidierungsvorschläge unterschiedlich aus: Für die einen gingen die Maßnahmen zu weit oder waren sie in den Auswirkungen nicht ausgewogen genug. Andere vermissten den durchschlagenden Spareffekt, sozusagen den „großen Wurf“; oder ihnen wurde die Systematik des Konsolidierungskurses nicht hinreichend deutlich. Wir arbeiten auch weiterhin daran, die Konturen und Leitplanken des Sanierungsprozesses noch deutlicher werden zu lassen. Gemeinsam mit der Kämmerin werden wir über die nächsten Jahre an dieser Aufgabe arbeiten.

Wir haben, liebe Kolleginnen und Kollegen, klare Signale gesetzt:

Erstens. Das Abgleiten in eine pflichtige Haushaltssicherung, das heißt in eine Zwangsverwaltung durch die Kommunalaufsicht, werden wir vermeiden.

Zweitens. Der Defizitabbau durch Sparen und Ertragssteigerung wird auch über 2017 hinaus kontinuierlich fortgesetzt werden, sodass im Jahre 2022 ein vollständiger Haushaltsausgleich realisiert wird.

Lassen Sie mich einige grundsätzliche Ausführungen machen: Bis auf wenige Ausnahmen ist die Situation der Kommunalfinanzen in der Bundesrepublik, vor allem aber auch bei uns in Nordrhein-Westfalen, prekär und dramatisch. Eine jüngste Befragungsstudie der Unternehmensberatung Ernst & Young führt uns dieses für Nordrhein-Westfalen deutlich vor Augen. Sie zeigt, dass wir hier in Köln mit unseren Sorgen nicht allein sind; dass es eine Vielzahl von Städten gibt, denen es sogar noch erheblich schlechter geht. Danach schreiben vier von fünf Kommunen rote Zahlen, im Übrigen auch die Landeshauptstadt Düsseldorf; das heißt, 81 Prozent der Kommunen schlossen das Haushaltsjahr mit einem Defizit ab. Danach dreht sich die Schuldenspirale weiter. Fast jede zweite Gemeinde in Nordrhein-Westfalen erwartet für die kommenden drei Jahre einen Anstieg ihrer Gesamtschulden. Und das besonders Erschreckende: Jede zweite Kommune kann Schulden nicht aus eigener Kraft tilgen; diese Städte und Gemeinden glauben nicht durch eigene Anstrengungen der Verschuldungsfalle entkommen zu können.

Wir als größte Stadt im Lande wollen beweisen, dass wir *aus eigener Kraft* den Weg aus der Krise finden und das drückende Haushaltsloch überwinden.

(Beifall bei SPD und Bündnis 90/Die Grünen)

Wir wollen nicht zu den Städten gehören, die ihre Selbstverwaltungshoheit bei der Kommunalaufsicht abgeben und auf eigene Gestaltungsmöglichkeiten, auch bei der Konsolidierung, verzichten. Es gibt Städte, die haben sich über viele Jahre an diese Zwangsverwaltung gewöhnt, teilweise haben sie resigniert. Mit dem Stärkungspaket Stadtfinanzen der Landesregierung haben die besonders gebeutelten Städte jetzt wieder einen Hoffnungsschimmer. Wir als im Vergleich „reichere“ Stadt profitieren nicht von diesen Landeshilfen; es ist vielmehr nicht ausgeschlossen, dass wir beim Paket II im Rahmen des horizontalen Finanzausgleichs selbst zur Hilfestellung für andere Kommunen herangezogen werden.

(Martin Börschel [SPD]: Abwarten!)

Wir sind nicht auf Rosen gebettet, unsere finanzielle Schieflage ist bedrohlich und zwingt uns jetzt zum Handeln. Aber ich halte es – das möchte ich hier noch einmal deutlich

unterstreichen – angesichts dieser Beispiele für überzogen, davon zu sprechen, unsere Stadt sei pleite oder stehe vor dem finanziellen Ruin. Solche Bemerkungen sind sachlich nicht gerechtfertigt. Sie schaden dem Wirtschafts- und Wachstumsstandort Köln.

Wir gehören zu den bevorzugten Wachstumsräumen in Deutschland; man kann sogar sagen: in Europa. Der Motor im Wohnungsbau rollt; am Waidmarkt, im Gerlingquartier, an der Gaedestraße oder im Waldbadviertel in Ostheim – um nur einige zu nennen – entstehen neue große Wohngebiete. Der Neubau mehrerer großer Hotels erweitert die Beherbergungskapazitäten ganz erheblich.

(Martin Börschel [SPD]: Trotz Kulturförderabgabe!)

Das vergangene Jahr war ein Rekordjahr in der Immobilienvermittlung; neue Bürostandorte entstehen am Weichserhof, rund um den Hauptbahnhof einschließlich der ehemaligen Eisenbahndirektion. Viele Städte beneiden uns um die Unternehmensansiedlungen der letzten Zeit; Lanxess, Detecon, Peugeot/Citroën, die neue Germanwings sind Ansiedlungserfolge, die die Wirtschaftskraft erhöhen und Beschäftigung fördern.

(Beifall bei der SPD)

Nicht zuletzt auch die Entscheidung der Deutschen Bahn, das größte und modernste ICE-Instandhaltungswerk Deutschlands in Köln-Nippes zu errichten, ist ein Vertrauensbeweis in die Leistungsfähigkeit und Zukunftsfähigkeit unserer Stadt.

Vertrauen verpflichtet; mit unserem Haushaltskonzept nehmen wir die Verpflichtung auf. Das gelingt aber nur, wenn uns Bund und Land von den kommunalfernen Belastungen befreien. Das gilt vor allem für Sozial- und Infrastrukturmaßnahmen. Die Kosten für soziale Aufwendungen steigen dynamisch an. Der Anstieg der sozialen Aufwendungen ist seit 40 Jahren ungebrochener Trend.

Demgegenüber erleben wir einen drastischen Rückgang bei den Investitionen, nicht nur bei uns in Köln, sondern bundesweit. Die Haushalte entwickeln sich bundesweit von Investitionshaushalten zu Sozialhaushalten. Lag der Anteil der Investitionen vor drei Jahrzehnten noch bei etwa einem Drittel des Haushaltsvolumens, so liegt er heute gerade einmal bei einem Zehntel. Bund und Land

übertragen uns immer mehr Aufgaben, ohne vollständig für die damit verbundenen Kosten aufzukommen. Wir als Kommune haben uns die sozialen Leistungen ja nicht selbst auferlegt. Sie werden von Bund und Land beschlossen, wir müssen die Umsetzung garantieren.

Ich bin sehr dankbar, dass der Präsident der IHK Köln, Paul Bauwens-Adenauer, immer wieder auf die strukturelle Unterfinanzierung unserer Stadt hinweist und letztlich auch auffordert, dies stärker nach außen zu artikulieren. Wir müssen im engen Schulterschluss gegenüber Bund und Land auftreten. Folgende Punkte erscheinen mir dabei von besonderer Wichtigkeit:

Erstens. Die ab 2014 vom Bund zu übernehmende Grundsicherung im Alter darf nicht durch das Auslaufen des Bildungs- und Teilhabepakets konterkariert werden.

Zweitens. Die uns besonders finanziell belastende Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung muss vollumfänglich vom Bund getragen werden.

Drittens. Nicht zuletzt wegen der steigenden Energiekosten brauchen wir eine größere Beteiligung des Bundes an den Kosten zur Unterkunft.

Viertens. Der Ausgleich für die zusätzlichen Lasten, zum Beispiel für die U-3-Betreuung und die Umsetzung der Inklusion, muss ehrlich und fair erfolgen. Für Personal, Umbau und Ausstattung der Inklusionsschulen werden wir Kommunen bundesweit schätzungsweise 660 Millionen Euro jährlich ausgeben müssen. Gleichzeitig müssen wir uns auch gegen die schleichende Aushöhlung der Konnexität zur Wehr setzen.

Fünftens. Die Modernisierung und Sanierung unserer Infrastruktur, insbesondere der Brücken, Wege und Tunnel, ist eine gesamtstaatliche Aufgabe; wir werden gleich in der Aktuellen Stunde darüber diskutieren. Da dürfen wir Kommunen nicht allein gelassen werden. Ich will noch einmal meinen Vorschlag erneuern, den Solidaritätsbeitrag Ost, der uns bis 2019 jährlich über 70 Millionen Euro kostet, in einen Infrastruktur-Soli für ganz Deutschland umzuwandeln.

(Beifall bei SPD und Bündnis 90/Die Grünen)

Denn die Infrastruktur ist in allen Landesteilen erneuerungsbedürftig, nicht nur im Osten Deutschlands.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, so berechtigt unsere Forderungen auch sind und so nachdrücklich wir sie auch erheben müssen, so darf uns dies nicht davon abhalten, unsere *eigenen Hausaufgaben* zu machen: „Eigene Kraft“ heißt, alle Hebel in Bewegung zu setzen, um aus der Finanzkrise herauszukommen. Wir wollen unsere Stadt zukunftsfähig erhalten. Alle Aufgaben, die der Zukunftssicherung dienen, genießen im Finanzhaushalt besondere Priorität.

Dazu gehört: Wir wollen unser Erziehungs-, Schul- und Bildungssystem weiter ausbauen. Wir wollen wirtschaftliches Wachstum, weil dies Arbeitsplätze und Steuereinnahmen sichert. Wir wollen unsere städtische Infrastruktur in überschaubarer Zeit modernisieren, damit wir den Anschluss an andere Metropolen nicht verlieren. Wir wollen dem Auseinanderdriften zwischen Arm und Reich, zwischen wohlhabenden und benachteiligten Stadtteilen tatkräftig entgegenwirken. Für uns in Köln ist der soziale Friede ein Grundrecht.

(Beifall bei SPD und Teilen von Bündnis 90/Die Grünen )

Um dies zu erreichen – und anderes mehr –, müssen wir unser Finanzierungssystem neu justieren. Wir müssen uns von Aufgaben trennen, die für die Zukunftsfähigkeit keine höchste Bedeutung haben. Wir haben dazu einzelne Vorschläge gemacht; weitere kommen dazu. Die Reduzierung von Qualitätsansprüchen und Standards ist bei dieser Haushaltssituation unverzichtbar. Wir können uns vieles, was wünschenswert und erstrebenswert ist, schlicht und einfach nicht mehr leisten. Weniger architektonische Wettbewerbe im Schul- und Kitabau, dafür mehr serielle Fertigung! Ansprüche an Ausstattungen sind auf einfache und kostengünstige Leistungen zu überprüfen. Zudem ist bei allen Bau- und Sanierungsmaßnahmen der künftige Unterhaltungsaufwand im Voraus und in vollem Umfang zu untersuchen und vor der Entscheidung hier im Rat mit entsprechender Umsetzung zu benennen. Für alle baulichen Großvorhaben werden obligatorisch eine Projektsteuerung und ein striktes Kostencontrolling vorgeschrieben.

(Martin Börschel [SPD]: Sehr gut! - Karl, da kannst du applaudieren!)

Dies sind nur einige Ansätze zur Neuaufstellung unserer städtischen Finanzpolitik. Insgesamt müssen Aufgabenabbau und Standardreduzierung auch zu einer Entlastung

unserer städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter führen. Haushaltssanierung darf nicht auf dem Rücken unserer Beschäftigten vollzogen werden. Ich möchte, dass wir die Konsolidierung nicht gegen, sondern mit den Beschäftigten erfolgreich fortführen.

(Beifall bei Teilen der SPD)

Wir sind damit beschäftigt, innerhalb der städtischen Verwaltung Geschäftsprozesse zu optimieren, Verwaltungsabläufe zu straffen und dabei Hierarchien abzubauen. Wie Sie wissen, haben wir einen extrem hohen Anteil an Pflichtaufgaben. Auch diese Aufgaben werden einer Effizienzkontrolle unterworfen und auf mögliche Einsparungseffekte überprüft. Zeitliche Begrenzungen von Modellvorhaben und Pilotprojekten werden in Zukunft strikt eingehalten. Eine Weiterführung dieser Projekte wird dann nicht mehr automatisch erfolgen.

Gelegentlich wird die Forderung erhoben, wir sollten ab sofort auf größere Investitionsvorhaben und größere Bauprojekte verzichten. Ich halte diese Aussage für zu pauschal. Denn wir können uns keinen Stillstand erlauben, das schadet unserer Wettbewerbsfähigkeit. Die Entwicklung des Deutzer und des Mülheimer Hafens ist eine Zukunftsaufgabe von überragender Dimension.

(Beifall von Karl Klipper [CDU])

Ich bin auch überzeugt davon, dass die zukünftige Archäologische Zone eines der großen Zukunftsprojekte unserer Stadt ist.

(Beifall bei SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP)

Andere Projekte, wie etwa die Bewerbung für die Bundesgartenschau 2025 oder der Umbau des ehemaligen Rautenstrauch-Joest-Museums, sollten wir uns bei der derzeitigen Finanzsituation zurzeit nicht zumuten.

Konsolidierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist das beharrliche Wahrnehmen von Aufwandsreduzierungen. Auch wenn man an vielen kleineren Stellen schraubt, kann dies im Ergebnis eine nachhaltige Wirkung, einen großen Wurf erzeugen. Eine Reihe von Konsolidierungszielen lassen sich nur mittelfristig umsetzen. Sie bedürfen einer gründlichen und systematischen Vorbereitung. Ich erwarte mir von dem eingesetzten Effizienzteam Impulse und Aufträge. Die Idee, die großen Aufgabenblöcke einer finanzkritischen Betrachtung zu

unterziehen, kann uns ein gutes Stück nach vorn bringen.

Der soziale Zusammenhalt unserer Stadt wird durch eine Vielzahl von Projekten gesichert, die aus unterschiedlichen, ja, unterschiedlichsten Quellen finanziert werden. Die soziale Stadt wird nicht allein daran gemessen, wie hoch der Sozialetat ist. Entscheidend ist, ob die Mittel zielgenau und effizient eingesetzt werden. In Zukunft müssen wir die Jugend- und Familienpolitik, die Sozial- und Seniorenarbeit stärker als Einheit sehen und alle diesbezüglichen Fördermaßnahmen stärker bündeln. Die Förderung muss auf das überschaubare Quartier bezogen sein: nahe an den Menschen und ihren Bedürfnissen.

Ein hervorragendes Beispiel für moderne Quartiersarbeit ist die Kalkschmiede in Kalk Nord. Hier arbeiten Wohnungsbauunternehmen, örtliche Initiativen, Anwohner, die Schulen und soziale Einrichtungen ganz eng und integrativ zusammen. Eine solche Quartiersarbeit ist eine der wichtigsten Zukunftsaufgaben unserer Stadt.

Trotz der bedrohlichen Lage werden wir auch weiterhin in die Zukunftsfähigkeit unserer Stadt und damit in ihre Infrastruktur investieren. Beispielsweise haben wir für die reine Bausanierung unserer Rheinbrücken bereits über 150 Millionen Euro und für die Sanierung unserer Tunnel und Haltestellen 60 Millionen Euro im Finanzplanungszeitraum in den Haushalt eingestellt. Für Straßen, Wege und Plätze sind darüber hinaus im Zeitraum von 2013 bis 2017 190 Millionen Euro für Baumaßnahmen vorgesehen. Aufgrund der steigenden Kinder- und Geburtenzahlen in Köln werden wir in der U-3-Betreuung im Kindergartenjahr 2012/13 insgesamt 2 500 neue Plätze schaffen. Damit werden wir insgesamt einen Ausbau auf 11 000 Plätze erzielen, was einer Versorgungsquote von 38 Prozent entspricht. Damit nehmen wir eine führende Position in Nordrhein-Westfalen ein. Die zur Verfügung stehende Landes- und Bundesförderung wird dabei in vollem Umfang ausgeschöpft.

Auch die Nachfrage nach Plätzen in der Offenen Ganztagschule ist gerade in Köln enorm. Wir planen einen Ausbau auf 24 000 Plätze bis zum neuen Schuljahr, was einer Versorgungsquote von 70 Prozent entspricht. Die Stadt Köln wird einen Eigenanteil von rund 25 Millionen Euro erbringen.

Köln erlebt derzeit einen massiven Einbruch im geförderten Wohnungsbau. Angesichts der sich

verschärfenden Situation auf dem Wohnungsmarkt, die insbesondere Studierende sowie Haushalte mit geringem Einkommen betrifft, stellt die Stadt für das kommunale Wohnungsbauprogramm 35 Millionen Euro als revolvingende Finanzmittel zur Verfügung. Auch das Neu- und Umbauprogramm für städtische Sozialhäuser zur Unterbringung und Integration von Obdachlosen wird weiter fortgesetzt. Die Investitionen ab 2012 betragen hier insgesamt 34 Millionen Euro.

Aufgrund des drastischen Anstiegs von Menschen, die in unserer Stadt Hilfe und Unterschlupf suchen, erbringen wir für deren Unterbringung – also Flüchtlingsunterbringung – seit 2012 Investitionen in Höhe von annähernd 10 Millionen Euro.

Meine Damen und Herren, wir werden unsere Haushaltsplanungen transparent halten; denn den beschwerlichen Weg können und wollen wir nicht alleine gehen. Wir sind dabei auf die Unterstützung der Bürgerinnen und Bürger angewiesen. Die Bereitschaft der Bürgerinnen und Bürger und der politisch Verantwortlichen, die Konsolidierung ernsthaft anzupacken, ist erkennbar. Ich bin fest davon überzeugt, dass wir in dieser Stadt, mit ihrer Stärke und ihrer Tradition, zuversichtlich in die Zukunft schauen können.

Vielen Dank.

(Beifall bei SPD und Bündnis 90/Die Grünen)

**Beigeordnete Gabriele C. Klug:** Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Bis der Beamer angeworfen ist, kann ich die Zeit für eine Klarstellung nutzen: Ich bin verschiedentlich darauf angesprochen worden – Herr Oberbürgermeister, auch wir haben uns eben unterhalten –, was denn im Zeitraum einer möglichen vorläufigen Haushaltsführung unter Anwendung des § 82 GO NRW mit den Freien Trägern passiert.

Es war selbstverständlich – darüber waren wir uns immer einig –, dass aus Anlass der vorläufigen Haushaltsführung und auf diesen Rahmen beschränkt keine strukturellen Einbrüche in die Finanzierung der Tätigkeit der Freien Träger erfolgen sollen. Insofern bleibt es bei dem, Herr Oberbürgermeister, was Sie bereits zum Doppelhaushalt 2010/2011 mitgeteilt haben und wir in unseren gemeinsamen Gesprächen mit den Freien Trägern immer

gesagt haben: § 82 GO NRW soll die Tätigkeit der Freien Träger nicht zunichte machen.

Das bedeutet aber nicht, dass man aus dieser vorübergehenden Situation irgendwelche grundsätzlichen, langfristigen Erwartungshaltungen ableiten könnte.

Ich wollte die Zeit nutzen, um dies klarzustellen, weil diese Frage ja auch gestern im Finanzausschuss nicht angesprochen wurde und weil sich die Verwaltung der Öffentlichkeit gegenüber noch nicht positioniert hatte – wohl aber in jedem einzelnen Gespräch, das wir mit Freien Trägern hatten.

So viel, meine sehr geehrten Damen und Herren, zu einem auch sehr wichtigen, grundsätzlichen Element. „Wenn über das Grundsätzliche keine Einigkeit besteht, ist es sinnlos, miteinander Pläne zu machen.“, soll Konfuzius vor 2000 Jahren einmal gesagt haben. Vielleicht ist das ein gutes Motto in diesem „Jahr des Drachen“ für die Kennzeichnung des Haushaltes und den Weg des Prozesses, auf den wir uns gemacht haben.

Krise - Eurokrise – Haushaltskrise – Konzentration auf das Wesentliche – manche reden von „neuer Bescheidenheit“. Diese Schlagworte waren in den letzten Wochen zu hören und zu lesen. Sie machen deutlich, dass erkannt ist: „Business as usual“ ist nicht ausreichend, es bedarf einer sehr grundlegenden, radikalen Änderung in der Haltung zur Finanzierung öffentlicher Aufgaben. Das gilt auch und in besonderem Maße für die kommunale Ebene. Was ist das Wesentliche einer Kommune? Wo müssen Schwerpunkte gesetzt werden? Was ist entbehrlich, was veränderbar? Was bedeutet das für diesen Doppelhaushalt?

Diese Fragen, meine sehr geehrten Damen und Herren, begleiten die Einbringung des Doppelhaushalts 2013/2014 in Köln.

Eines steht für die meisten Teilnehmer an der öffentlichen Debatte fest: Kernaufgabe, Kerngeschäft der Kommune ist die Gewährleistung der Daseinsvorsorge für ihre Einwohnerschaft. Wie die Leistungen organisiert werden, wo die Schwerpunkte liegen und wie sie bedarfsgerecht entwickelt werden müssen, ist Gegenstand eines strategischen und sehr politischen Prozesses.

Es liegt auf der Hand, dass die Fragen zur strategischen Entwicklung nicht in ein, zwei

Jahren beantwortet werden können; Herr Oberbürgermeister Roters hat darauf bereits hingewiesen. Vermessen wäre die Behauptung, *dieser* Haushalt böte bereits Lösungen. Aber er lässt erkennen, wie dieser politische Prozess geführt wird und er bietet Reibungsfläche für alle, die sich für die Fortentwicklung der öffentlichen Aufgaben engagieren. So ist der Haushaltsprozess in Köln auch in diesem Jahr angelegt worden.

Der heute eingebrachte Haushaltsplanentwurf ist gekennzeichnet von Konsolidierungsmaßnahmen über die gesamte Breite des Haushalts, um Spielräume für Schwerpunktsetzungen zu gewinnen – nicht nur für den wichtigen, kurzfristig wirksamen fiskalischen Effekt, die Pflichtkonsolidierung zu vermeiden; sondern dieser Haushalt enthält darüber hinaus, worauf Herr Oberbürgermeister Roters eben sehr ausführlich hingewiesen hat, Schwerpunkte bei der Gewährleistung der Daseinsvorsorge in Köln.

Es stellt sich die Frage, wie Daseinsvorsorge in Köln in den nächsten Jahren gestaltet werden soll, wie eine stabile Finanzierung von Sozialem, Bildung, Kultur sowie Energie, Mobilität und Klimaschutz am Standort Köln und im Konzern Stadt Köln aussehen muss, wie Infrastruktur in all diesen Bereichen finanziert werden soll; wie – neben den kernstädtischen Akteuren – die städtischen Beteiligungen zur Lösung der anstehenden Aufgaben beitragen.

Der Haushalt beantwortet diese Fragen nicht, aber er spiegelt auch die Arbeitsteiligkeit im Konzern Stadt bei der Gewährleistung der Daseinsvorsorge in Köln wider. Ob es die richtigen Schwerpunkte sind, ob sie so bleiben, ob es andere Lösungen gibt, werden die weiteren Beratungen im Rat und mit der Bürgerschaft zeigen.

„Es ist Krise, da geht nichts mehr“, meinen manche. Falsch, es geht noch eine Menge. Aber es geht nicht mehr alles, nicht mehr alles sofort und es muss geteilt und eingeteilt werden.

Das setzt höhere Ansprüche an die Qualität städtischen Handelns. Planungskompetenz und Controlling werden bedeutender. Die Verwaltung braucht ergänzendes Handwerkzeug, um die mittel- und langfristigen Aufgaben im Spannungsverhältnis von Fach- und Finanzverantwortung praktisch zu lösen. Es ist gut, dass dies viele so sehen. Das ist die Voraussetzung, damit in Köln der nächste Schritt geschafft wird: raus aus dem jahresbezogenen

Kraftakt. Stetigkeit, Planungssicherheit, Stabilität heißen die Leitgedanken, die auch diesen Entwurf für den Doppelhaushalt 2013/14 und den mittelfristigen Finanzplanungszeitraum bis 2017 prägen.

Stärkere Priorisierung und damit auch stärkere Posteriorisierung waren gefragt. Dazu hat der Stadtvorstand mit diesem Doppelhaushalt 2013/2014 einen Aufschlag gemacht.

Sanierung ist und bleibt ein sehr konfliktreicher Prozess. Viele Gespräche und zuletzt die Stadtkonferenz haben gezeigt: An der Frage, wie und wo konsolidiert werden soll, scheiden sich die Geister. Die einen sagen, wir hätten zu wenig gespart, andere sagen, wir hätten zu viel gespart, wieder andere, wir hätten an den falschen Stellen gespart. Aufgabenausweitungen oder neue Projekte werden infrage gestellt. Alles das ist richtig und gut und bildet die Grundlage für eine Fortentwicklung – ein radikales Umdenken ist nötig.

Das richtige Vorgehen liegt eben nicht auf der Hand. Nicht nur in Köln fehlen einvernehmliche Methoden und Spielregeln, die von allen Beteiligten als gerecht und fair empfunden werden.

Wie wird ein solcher Prozess des Umsteuerns gestaltet? Welche Prioritäten sind zu setzen? Darüber muss in den nun folgenden Wochen eine Verständigung erfolgen: zwischen Verwaltung, Politik und Stadtgesellschaft. Erforderlich ist eine strategische Ziele- und Wirkungsdebatte. Das hat die Stadtkonferenz am vergangenen Donnerstag ganz deutlich gemacht. Es muss gelingen, die Aufwendungen besser zu steuern im Hinblick auf die Wirkungen, die erzielt werden müssen und auf den Zeitpunkt, zu dem die Leistungen erbracht werden sollen. Unter dem Stichwort „wirkungsorientierter Haushalt“ laufen die Vorarbeiten zu Verbesserung dieses Steuerungsprozesses.

Eine so bedeutende Stadt wie Köln muss sich weiterentwickeln. Vorhandene Strukturen einzufrieren, nicht an Altbewährtem zu rütteln, kann nicht die Lösung sein. Deshalb sind gerechte und neue Wege durch Verwaltung, Rat und Bürgerschaft weiterhin erforderlich.

Es geht darum, die kommunale Handlungsautonomie zu verteidigen. Mehr noch, es geht darum, Kommunalautonomie darüber hinaus mit Leben zu erfüllen. Das bedeutet vor allem, die Bürgergesellschaft zu stärken, den

Rahmen für bürgerschaftliches Engagement zu entwickeln, Dialog und Diskurs weiterzuentwickeln.

Dieser erforderliche Diskurs hat begonnen, es folgen die Konsultationsphase im Bürgerhaushaltsverfahren vom 7. Januar bis zum 1. Februar 2013 und die Beratungen in den Ausschüssen des Rates. Den Abschluss bilden die Entscheidung des Rates über die Schwerpunktsetzung in der Stadtpolitik für die nächsten zwei und fünf Jahre und der Ausblick für die nächsten zehn Jahre.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, dieser Doppelhaushalt ist ein Sanierungshaushalt, aber er ist nicht von einem nominalen Abbau der Ressourcen geprägt. Mit Aufwendungen in Höhe von 3,7 Milliarden Euro ist dies der größte Haushalt, den die Stadt Köln je aufgestellt hat.

Dieser Haushalt ist auch genehmigungsfähig. Mit viel Anstrengung wurde erreicht, die Aufstellung eines pflichtigen Haushaltssicherungskonzepts zu vermeiden. Mit viel Anstrengung wurde das Defizit im Planungszeitraum verringert.

(Schaubild: „Modellrechnung Haushaltsausgleich bis 2022“)

Die Folie veranschaulicht, wie die Entwicklung der Erträge und der Aufwendungen sich aufeinander zubewegen.

Die Entwicklung, die in diesem Haushalt 2013/2014 angelegt worden ist – nämlich die Wachstumsrate der Aufwendungen so zu begrenzen, dass sie 1 Prozentpunkt unter der Wachstumsrate der Erträge verläuft –, führt bei einer Fortschreibung nach 2017, zu einem Ausgleich des Haushalts in 2022.

Dieses Ziel liegt vor Augen. Damit die Zahlen Wirklichkeit werden, sind allerdings weiterhin große Anstrengungen erforderlich. Zu dem eingeschlagenen Weg gibt es keine Alternative. Dies wird bei der längerfristigen Betrachtung deutlich:

(Schaubild: „Ergebnis der Tragfähigkeitsanalyse“)

Ein erstes Ergebnis der Tragfähigkeitsanalyse, die wir beim Finanzwissenschaftlichen Institut an der Universität in Köln in Auftrag gegeben haben, zeigt, dass die Finanzierungslücke, also die Kluft zwischen Erträgen und Aufwendungen, größer wird und infolgedessen die Verschuldung bis 2030 von jetzt 6,5 Prozent des

Bruttoinlandsprodukts auf über 25 Prozent ansteigt, wenn nicht gegengesteuert wird.

Die finanziellen Handlungsspielräume sind begrenzt. Jedes Jahr werden aufgrund der derzeitigen wirtschaftlichen Entwicklung durchschnittlich circa 80 Millionen Euro mehr Steuern eingenommen. Davon sind die Umlagen – Landschaftsverband, Gewerbesteuer, Fonds „Deutsche Einheit“ – zu finanzieren und die Tarifierhöhungen für das Personal. Zudem ist ein Teil für den Abbau des Defizits zu verwenden. Diese wenigen Zahlen machen deutlich, dass nicht sehr viel zusätzlich zu verteilen ist und jeder gewünschte Mehraufwand an einer Stelle nur durch eine Kürzung an anderer Stelle finanziert werden kann. Das ist die aktuelle Dynamik der Haushaltslage: Die Erträge steigen zwar, aber sie reichen nicht aus, um neue Aufgaben bzw. die Ausweitung von Aufgaben und den Ausbau der Infrastruktur bzw. die dringende Sanierung vorhandener Infrastruktur zu finanzieren.

Ich komme zu den Eckdaten.

(Schaubild: „Entwicklung der Fehlbeträge und Entnahme aus der Rücklage“)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wie bereits zu Anfang ausgeführt, ist der Entwurf zum Doppelhaushalt 2013/2014 mit einem Gesamtvolumen bzw. Gesamtaufwendungen von 3,77 Milliarden Euro in 2013 und 3,83 Milliarden Euro in 2014 der größte Haushalt, den die Stadt Köln jemals aufgestellt hat.

Diesen Aufwendungen stehen Erträge in Höhe von 3,46 Milliarden Euro in 2013 und rund 3,6 Milliarden Euro in 2014 gegenüber.

Das daraus resultierende Defizit beträgt in 2013 317,8 Millionen Euro und in 2014 233,3 Millionen Euro. Der auffällig hohe Fehlbetrag in 2013 resultiert insbesondere aus der Bilanzierung des StEB Trägerdarlehens in Höhe von 73 Millionen Euro – eine Erhöhung des Eigenkapitals ist die Folge. Im Ergebnisplan verringern sich entsprechend die Erträge.

Aufgrund der Defizite verringert sich die in der Bilanz ausgewiesene allgemeine Rücklage in 2013 um 5,71 Prozent und in 2014 um 4,45 Prozent.

Im Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung – 2015 bis 2017 – führt die Entwicklung der Defizite zur einer weiteren Reduzierung der allgemeinen Rücklage: in 2015 um 4,64 Prozent,

in 2016 um 4,29 Prozent und in 2017 um 4,34 Prozent.

Der Haushaltsplanentwurf 2013/2014 zeigt: Es ist möglich, auch unter den harten gegenwärtigen Bedingungen, den Ausgleich zwischen Konsolidieren und Investieren zu schaffen. Köln wird nicht kaputtgespart, es wird mehr Geld ausgegeben als im Vorjahr, um, untechnisch gesprochen, in die Zukunft der Stadt zu investieren. Aber – und das zeigte die Modellrechnung – auf den Gesamtaufwendungen liegt ein Deckel, sie müssen langsamer wachsen als die Erträge. Nur so können wir den Haushaltsausgleich erreichen.

Ich komme zur Ertragssituation. Wie bereits gesagt, verläuft die Entwicklung der Gesamterträge im Planungszeitraum 2013 bis 2017 mit durchschnittlich 3 Prozent Zuwachs positiv.

(Schaubild: „Gesamtertrag“)

54 Prozent der Gesamterträge sind Erträge aus Steuern und ähnlichen Abgaben – immerhin. Hierzu zählen unter anderem die Gewerbesteuer und der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer. Insgesamt werden aus Steuern und Abgaben 1,83 Milliarden Euro in 2013 und 1,9 Milliarden Euro in 2014 erzielt.

(Schaubild: „Entwicklung der wichtigsten Steuern“)

Das Gewerbesteueraufkommen der Stadt Köln, in 2013 etwa 1 Milliarde Euro brutto, hat bislang nicht die Zuwachsraten erreicht, die in manchen Kommunen erzielt werden. Das Steueraufkommen wächst derzeit auf reduziertem Niveau. Im Ergebnis liegt die Aufkommenserwartung bei der Gewerbesteuer ohne Sondereffekte für das Jahr 2013 nur geringfügig über dem Niveau des Jahres 2008. Basierend auf dem Ergebnis 2012 – ohne Berücksichtigung des Einmaleffekts – wurde auf Basis der Vorauszahlungen mit Zuwachsraten von nominal 1,5 Prozent in 2013, 3,5 Prozent in 2014, 3,4 Prozent in 2015, 3,1 Prozent in 2016 und 2,9 Prozent in 2017 gerechnet. Diese Zuwachsraten basieren auf der Steuerschätzung vom November 2012.

Der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer entwickelt sich in 2012 überplanmäßig gut. Es zeichnet sich ein zweistelliger Mehrertrag – 32 Millionen Euro – gegenüber der Veranschlagung ab, sodass in 2012 circa 414 Millionen Euro vereinnahmt werden. Für das

Jahr 2013 wird gemäß der Steuerschätzung ein Zuwachs von nominal 5,8 Prozent und für 2014 ein weiteres Ansteigen um 5,7 Prozent eingeplant. In den Jahren 2015 bis 2017 liegen die Zuwachsraten bei 5,5 Prozent, 5,3 Prozent und 4,9 Prozent.

Über 400 Millionen Euro aus Steuererträgen werden zur Finanzierung von Landschaftsverbandsumlage, Gewerbesteuerumlage und der Kosten der deutschen Einheit aufgewendet.

(Schaubild: „Entwicklung der gesamten Steuererträge“)

Die Grafik zeigt: Die Entwicklung der gesamten Steuererträge abzüglich Gewerbesteuerumlage, Kosten der deutschen und Landschaftsverbandsumlage in Millionen Euro. Sie macht deutlich, welches beachtliche Volumen aus diesen Steuern in die Umlagen fließen.

Die Entwicklung der Erträge aus Steuern und ähnlichen Abgaben hängt sehr stark von der wirtschaftlichen Entwicklung ab; das ist bekannt. Die Konjunktur hat sich in 2012 verlangsamt. Der Sachverständigenrat geht in seinem jüngsten Gutachten davon aus, dass die Lage sich in 2013 nicht sonderlich aufhellen wird. Er rechnet mit einem realen Wachstum von 0,8 Prozent, die meisten Wirtschaftsforschungsinstitute ebenfalls, die Bundesregierung erwartet 1 Prozent reales Wachstum.

Da das Wirtschaftswachstum in Köln unter dem Bundesdurchschnitt und unter dem Durchschnitt in Nordrhein-Westfalen liegt, werden möglicherweise die Zuwächse bei den Gewerbesteuereinnahmen weiterhin hinter denen anderer Städte zurückbleiben. Köln ist deshalb gezwungen, die Möglichkeiten zur Erzielung von Erträgen voll auszuschöpfen. Hierher gehören die Stichworte Steuerfindungsrecht und Kulturförderabgabe. Das Grundgesetz gewährt den Kommunen ein beschränktes eigenes Steuerfindungsrecht. Nach Art. 106 Abs. 6 GG können die Kommunen örtliche Verbrauchs- und Aufwandsteuern selbst durch Satzung einführen und erheben.

Aus diesem Grund halten wir an der Kulturförderabgabe fest. Die Beurteilung der damit zusammenhängenden Rechtsfragen ist bedeutend, insbesondere die verfassungsrechtliche Beurteilung. Wir werden zu diesem Thema später noch kommen.

Zuwendungen und allgemeine Umlagen – GFG: 11 Prozent der Erträge bezieht Köln aus dem Gemeindefinanzierungsgesetz, dem Finanzausgleich der Kommunen mit dem Land. In 2013 stellt das Land seinen Kommunen 235 Millionen Euro zusätzlich zur Verfügung.

(Martin Börschel [SPD]: Bravo! Sehr gut!)

Davon profitiert auch die Stadt Köln. Die Erträge aus dem GFG steigen von 350 Millionen Euro in 2012 auf 415 Millionen Euro in 2014.

Herr Börschel, wir sind von der positiven Erwartung ausgegangen, dass die Kölner Fraktion es schafft, dass wir nicht unter der zweiten Phase des GFG-Stärkungspakets leiden müssen.

(Martin Börschel [SPD]: Wir arbeiten dran!)

- Danke sehr.

Die Erstattung der Aufwendungen für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung entwickelt sich ebenfalls sehr positiv. Im Jahr 2013 wächst sie von circa 77 Millionen Euro auf 100 Millionen Euro ab 2014, sodass wir bis 2017 circa 150 Millionen Euro durch Erträge aus dieser Erstattung verbuchen können. Somit trägt die Erstattung der Grundsicherung erheblich zur Haushaltsentlastung bei.

Weiterhin sind zusätzliche Mittel vom Land für den Ausbau der Kindertagesstätten zu verbuchen. Im Planungszeitraum 2013 bis 2017 können 21 Millionen Euro Mehrerträge verbucht werden. Betrachtet man den Zeitraum ab 2012, sind es sogar 44 Millionen Euro Mehrerträge.

Diese Verbesserungen sind sehr willkommen, weil sie zur Haushaltsentlastung beitragen. Aber sie sind nicht ausreichend. Steigende Aufwendungen an anderer Stelle führen dazu, dass die positiven Effekte auf das Haushaltsdefizit der Stadt Köln wieder zunichte gemacht werden, insbesondere durch die Entwicklung der Aufwendungen im Bereich Bildung und Soziales.

Ob und mit welchen weiteren Entlastungen zukünftig seitens des Bundes oder des Landes zu rechnen ist, bleibt abzuwarten. In der Abstimmung über den Fiskalpakt ist den Kommunen eine Entlastung bei der Eingliederungshilfe in Aussicht gestellt worden; es war von 4 Milliarden Euro die Rede. Noch

aber gibt es darüber keine ernst zu nehmenden Beschlüsse. Die kommunalen Spitzenverbände fordern zudem eine Entlastung bei den Kosten der Unterkunft. Eine sich hieraus ergebende Entlastung käme auch Köln in erheblichem Maße zugute.

Ich komme zu den Entwicklungen der Aufwendungen. Bevor ich auf einzelne Fachgebiete eingehe, möchte ich den Blick gerne auf die einzelnen Aufwandsarten richten.

(Schaubild: „Gesamtaufwand“)

Die Folie zeigt: Von den 3,77 Milliarden Euro Gesamtaufwendungen werden 1,34 Milliarden Euro – das sind 34 Prozent der gesamten Aufwendungen – für Transferzahlungen aufgewendet. 432 Millionen Euro werden für Umlagen aufgewendet, darüber habe ich bereits weiter oben gesprochen – Landschaftsverband, Gewerbesteuer, Fonds „Deutsche Einheit“ –, für den Bereich Kinder, Jugend, Familie werden insgesamt 378 Millionen Euro aufgewendet; für soziale Hilfen 328 Millionen Euro, um zwei weitere wesentliche Positionen zu benennen.

Die nächste größere Gruppe bei den Transferaufwendungen sind die Personalaufwendungen mit einem Anteil von 23 Prozent bzw. 862 Millionen Euro. Darin enthalten sind unter anderem Rückstellungen in Höhe von circa 155 Millionen Euro. Das ist die rote Markierung in der Säule. Zudem werden 57 Millionen Euro für die Versorgung der städtischen Beamten aufgewendet. Das ist die gelbe Markierung.

In dem Anstieg der Personalaufwendungen von 2012 nach 2013 sind 38 Millionen Euro für Tarifsteigerungen – 16 Millionen Euro – sowie Rückstellungszuführungen in Höhe von 22 Millionen Euro berücksichtigt sowie Mittel für zu erwartende Stellenmehrerträge in Höhe von 21 Millionen Euro.

(Schaubild: „Personal- und Versorgungsaufwand“)

Unter der Überschrift „sonstige ordentliche Aufwendungen“ werden insgesamt 796 Millionen Euro verbucht. Hier finden sich etwa Mietzahlungen in Höhe von 267 Millionen Euro – darin enthalten auch ungefähr 214 Millionen Euro für Schulmieten – sowie die Kosten der Unterkunft in Höhe von 296 Millionen Euro. Also knapp 300 Millionen Euro jedes Jahr!

Für Sach- und Dienstleistungen werden 402 Millionen Euro oder 11 Prozent der

Gesamtaufwendungen aufgewendet. In dieser Position finden sich unter anderem neben rund 55 Millionen Euro für Schülerbetreuungsmaßnahmen auch 45 Millionen Euro für die Unterhaltung des Infrastrukturvermögens.

Die bilanziellen Abschreibungen – im Wesentlichen für Straßen und Grundstücke – schlagen mit 183 Millionen Euro zu Buche und stellen 5 Prozent der Gesamtaufwendungen dar.

Ich komme nun zu Schwerpunkten im Haushalt, zu den größten Zuschuss- und Zuwachsbereichen. Die größten Zuschussbedarfe haben die beiden Bereiche Jugend und Bildung mit 740 Millionen Euro und Soziales mit knapp 600 Millionen Euro in 2013.

(Schaubild: „Zuschussbedarf 2013 je Dezernat“)

Die nächste Folie zeigt die jeweiligen Produktgruppen, also die sachliche Zuordnung: Im Bereich Jugend und Bildung sind es die Produktgruppen Schulträgeraufgaben, Kindertagesbetreuung und Hilfen für junge Menschen und ihre Familien und im Bereich Soziales die Produktgruppen kommunale Leistungen nach dem SGB XII, die Leistungen nach dem SGB II.

(Schaubild: „Produktgruppen mit den absolut höchsten Zuschussbedarfen“)

Die Folie zeigt auch die Zuwächse bei diesen Produktgruppen im Verlauf von 2010 bis 2017. Auffällig sind die starken Zuwächse bei den Schulträgeraufgaben und den Hilfen für junge Menschen und ihren Familien. Auffällig wegen ihres Knicks sind aber auch die Verläufe bei den kommunalen Leistungen nach dem SGB XII und der Kindertagesbetreuung infolge der Konnexitätserstattungen vom Bund bzw. der Zuwendungen des Landes für die Kindertagesbetreuung.

In der stark nach unten gerichteten – hier lila gezeichneten – Linie drückt sich die Übernahme der Grundsicherung durch den Bund aus; in der dunkelroten Linie drücken sich die Zuwendungen des Landes für die Kindertagesbetreuung aus.

Im Einzelnen möchte ich einige wesentliche Gruppen herausgreifen:

Für den Schulhausbau sind für den Planungszeitraum 2013 bis 2017 erhebliche zusätzliche Mittel vorgesehen. Der Aufwand steigt von 369 Millionen Euro in 2013 auf 403

Millionen Euro in 2017. Abzüglich der Erträge, die diesem Bereich zufließen, verbleibt in 2013 ein Zuschussbedarf in Höhe von 303 Millionen Euro und 340 Millionen Euro in 2017. Dies bedeutet eine Steigerung von 37 Millionen Euro im Finanzplanungszeitraum.

In diesen Zahlen stecken nicht die Investitionen selbst, sondern der Mietaufwand, der aus Investitionen in den Schulen resultiert, zum Beispiel für den Ausbau des Offenen Ganztags.

Im Offenen Ganztags des Primarbereiches stehen seit dem Schuljahr 2012/2013 insgesamt 24.000 Plätze zur Verfügung. Ein Ausbau der Platzkapazität erfolgt vor dem Hintergrund der städtischen Haushaltssituation und des hohen freiwilligen kommunalen Anteils nur durch Verschiebungen im Rahmen dieses Gesamtkontingentes an Schulstandorten in Wohnbereichen mit besonderem Jugendhilfebedarf.

Ich komme zu den Kindertagesstätten. Für den Ausbau der Kindertagesstätten sind im Planungszeitraum ebenfalls erheblich zusätzliche Mittel vorgesehen. Der Aufwand steigt von 382 Millionen Euro in 2013 auf 421 Millionen Euro in 2017. Aufgrund der zusätzlichen Mittel vom Land entwickelt sich der Zuschussbedarf von 184 Millionen Euro in 2013 auf 203 Millionen Euro in 2017.

Auch in diesen Zahlen sind keine Investitionen enthalten, sondern Mieten oder Transferleistungen, die der städtische Haushalt an Dritte leistet, die die Kitas führen.

Mit zusätzlichen Aufwendungen von 39 Millionen Euro wird das Platzangebot für U 3 und Ü 3 ständig verbessert. Im laufenden und im nächsten Kindergartenjahr werden weitere 3 658 Ü-3-Plätze geschaffen. Im Bereich der unter Dreijährigen werden in 2013 2 553 zusätzliche Plätze eingerichtet.

Ich komme zur wirtschaftlichen Jugendhilfe. Ein weiterer stark wachsender Bereich ist die wirtschaftliche Jugendhilfe. Die Aufwendungen steigen von 197 Millionen Euro in 2012 auf 236 Millionen Euro in 2017. Der Zuschussbedarf steigt von 184 Millionen Euro in 2012 auf 220 Millionen Euro in 2017. Im Zeitraum 2007 bis 2017 werden sich die Fälle, in denen wir Hilfe leisten, von circa 4 000 auf 7 600 fast verdoppelt haben.

Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch XII: Im Bereich SGB XII steigen die Aufwendungen von

316 Millionen Euro in 2013 auf 377 Millionen Euro in 2017. Immer mehr ältere Menschen in Köln brauchen Unterstützung. Während in 2008 noch knapp 27 000 Menschen die Grundsicherung im Alter oder bei Erwerbsminderung, Hilfen zur Pflege oder andere Hilfeleistungen des SGB XII in Anspruch genommen haben, werden es in 2017 41 500 Menschen sein. Insbesondere die Aufwendungen für die Grundsicherung haben sich in den letzten Jahren von 76 Millionen Euro auf 152 Millionen Euro verdoppelt. Allerdings steigen auch die Fälle, in denen Hilfe zur Pflege gewährt werden muss. Im Vergleich von 2011 und 2012 sind die Aufwendungen um 20 Millionen Euro gestiegen. In 2017 wenden wir knapp 100 Millionen Euro für die Hilfen zur Pflege auf.

Allerdings: Aufgrund der Erstattung der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung durch den Bund bleibt der Zuschussbedarf von 209 Millionen Euro im Planungszeitraum nahezu stabil.

Ich komme zur Kultur: Mit der Sanierung von Opernhaus, Schauspielhaus und Opernterrassen am Offenbachplatz hat der Rat die eigenbetriebsähnliche Einrichtung Bühnen beauftragt. Die Bruttobaukosten sind auf 253 Millionen Euro limitiert worden.

Ab 2016 wird die neue Oper geöffnet werden, und der Eigenbetrieb Bühnen wird mit Abschreibungen in Höhe von 20 Millionen Euro zusätzlich belastet. Die höheren Verluste des Eigenbetriebs werden durch einen höheren städtischen Betriebskostenzuschuss ausgeglichen.

Darüber hinaus sind im Kulturbereich investive Mittel in Höhe von 21,6 Millionen Euro in 2013 und 21,8 Millionen Euro in 2014 vorgesehen, unter anderem für die Archäologische Zone und das Jüdische Museum, die Sanierung des Römisch-Germanischen Museums und das Kölnische Stadtmuseum. Nach Fertigstellung der Museen werden die Abschreibungen die Ergebnisrechnung der folgenden Jahre belasten. In welcher Höhe diese Investitionen spätere Haushalte belasten werden, wird noch im Einzelnen zu berechnen sein.

Ich komme zum Straßenbau: Im Bereich der städtischen Infrastruktur liegt ein Hauptaugenmerk weiterhin auf der Unterhaltung der Straßen, Wege und Plätze. In der Ergebnisrechnung 2013 werden 176 Millionen

Euro aufgewendet, in 2014 168 Millionen Euro; so viel ist dem Teilplan 1201 zu entnehmen.

Für den Bereich Brücken und Tunnel, sowie Stadtbahn und ÖPNV – das ist der Teilplan 1202 – werden noch einmal 133 Millionen Euro jährlich aufgewendet. Hinzu kommen investive Mittel in Höhe von 70 Millionen Euro in 2013 und 83 Millionen Euro in 2014, die im Finanzplan zu Buche schlagen. Die Abschreibungen dieser Investitionen sind zukünftige Belastungen der Ergebnisrechnung.

Es bleibt erklärtes Ziel, auch mit reduzierten Mitteln einen vertretbaren Standard zu bewahren. Im Vergleich zur Mittelfristplanung der Vorjahre wurden ab 2014 Einsparungen vorgenommen. Dennoch wird die Stadt Köln weiterhin alles Erforderliche für die Verkehrssicherheit tun.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Brücken sind Großprojekte verkehrlicher Infrastruktur. Diese Projekte kann heute im erforderlichen Umfang keine Metropole allein stemmen. Welche Wege im Straßen- und Brückenbau zu gehen sind, wird im Benehmen zwischen Bund, Land und Stadt zu regeln sein, die Diskussion wird unter den Stichworten „Maut für Pkw“ und „Citymaut“ geführt. Unabhängig davon gilt: Die Kölner Rheinbrücken bedürfen einer kurzfristig wirksamen Sanierungsförderung durch den Bund, wenn nicht durch die Europäische Union.

Weitere Investitionen tätigen wir mit diesem Doppelhaushalt: Insgesamt werden in 2013 und 2014 jeweils 297 bzw. 280 Millionen Euro investiert. Davon werden jährlich 32,5 Millionen Euro in den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden investiert, 140 Millionen Euro in 2013 und 137 Millionen Euro in 2014 in Baumaßnahmen, und circa 62,5 Millionen Euro in 2013 bzw. 56,7 Millionen Euro in 2014 in bewegliches Anlagevermögen.

Ich komme zur Entwicklung der Verschuldung: Die Kreditaufnahme für Investitionen beträgt in 2013 109 Millionen Euro, in 2014 163 Millionen Euro. Die Nettoneuverschuldung beträgt in 2013 5,5 Millionen Euro und 52 Millionen in 2014. Im Planungszeitraum bleiben die Kapitalmarktschulden bei circa 2,7 Milliarden Euro nahezu konstant.

(Schaubild: „Voraussichtliche  
Schuldenstände zum jeweiligen  
Jahresende“)

Die Kassenkredite betragen zum 31. Dezember 2012 aus heutiger Sicht etwa 330 Millionen Euro kalkuliert, unter Berücksichtigung sämtlicher Sonderentwicklungen.

Strategische Haushaltsplanung – strategische Konsolidierung: Meine sehr geehrten Damen und Herren, vielfach wurde gefragt, warum sind keine fachlichen Schwerpunkte der Konsolidierung erkennbar? Die Antwort ist einfach: Die Haushaltssituation erforderte eine starke Konzentration auf die kurzfristig ergebniswirksam zu konsolidierenden Leistungen einerseits, um das Eintreten der doppelten 5-Prozent-Entnahme aus der Rücklage zu vermeiden bzw. zu unterschreiten und andererseits die Bereitstellung der im positiven Sinne unabdingbaren Schwerpunkte im Bildungs- und Sozialbereich. Das führt zu dem in diesem Haushalt vorgesehenen breiten Konsolidierungsspektrum, das primär von den kurzfristig finanzwirksamen Maßnahmen getragen ist. Unverändert bleibt die Entwicklung der strategischen Ziele und der Managementziele auf der Tagesordnung.

Erstmals sind in diesem Doppelhaushalt Budgetvorgaben gemacht worden, um die Zuwächse zu begrenzen. Die Ermittlung der Zuschussbudgets erfolgte nach transparenten Regeln. Die Regeln hierfür werden unter Berücksichtigung der vorliegenden Erfahrungen weiterentwickelt. In diesem mehrstufigen Kommunikationsverfahren in der Verwaltung sind die in den Haushalt eingeflossenen Konsolidierungsmaßnahmen entwickelt worden.

Was ist zu tun? Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Sanierung des Kölner Haushalts – eine nachhaltige Sanierung – ist, wie ausführlich dargestellt, möglich. Aber sie setzt voraus, dass Verwaltung, Rat und Bürgerschaft ihre gemeinsamen Sanierungsanstrengungen weiter verstärken und eine mittel- und langfristig wirksame Sanierungsstrategie mit Zielen und Prioritäten entwickeln. Es ist ein mühsamer Weg, auf den sich Köln gemacht hat. Wichtige strukturelle Eckpunkte sind in diesen Haushalt bereits eingeflossen: Der fiskalische Rahmen ist erkannt und wird fortentwickelt.

Dabei tragen folgende Erkenntnisse:

Erstens. Es gibt Handlungsspielräume. In diesem Haushaltsplanentwurf gehen wir von jährlich steigenden Steuererträgen in Höhe von durchschnittlich 80 Millionen Euro aus. Das bedeutet: Nicht alles geht gleichzeitig. Wir müssen uns sehr genau überlegen, wie wir diese

Mittel verteilen wollen. Wir können uns vieles leisten, aber nicht unbegrenzt. Nicht alle Schulen können gleichzeitig saniert werden und daneben noch neue gebaut werden. Hinzu kommen der Kitausbau, der Wohnungsbau, Straßensanierung usw. Das wird gründlich angepackt. Ziel muss es sein, den Rahmen unserer finanziellen Möglichkeiten dauerhaft zu berücksichtigen. Hier setzt das Erfordernis der strategischen Priorisierung an.

Zweitens. Aus fiskalischer Sicht sind verschiedene neue Instrumente entwickelt und zur Erprobung im Finanzplanungszeitraum vorgesehen. Hierzu gehören Budgets und Budgetierung. Sie helfen, den erforderlichen Deckel zu definieren und einzuhalten. Gemeinsam mit der nun verstärkten Anstrengung bei der Fortentwicklung der IT bieten sie bei der unterjährigen Bewirtschaftung des Haushalts ein gutes Instrument zur Unterstützung der Sanierungsbemühungen, die wirkungsorientierte Steuerung. Sie ermöglicht einen zielgenaueren Mitteleinsatz. Denn: Mehr Geld bedeutet eben nicht zwangsläufig mehr Wirkung.

Drittens. Über allem steht aus fiskalischer Sicht die Aufgabe, finanzielle Stabilität zu schaffen, unter der Überschrift „Nachhaltige Finanzen – nachhaltige Infrastruktur“. Das setzt eine vermögensorientierte Betrachtung voraus, deren Ziel ist, langfristig einen ausgeglichenen Haushalt zu erhalten und zu vermeiden, dass das Vermögen aufgezehrt wird. Hierzu ist die Tragfähigkeitsanalyse ein geeignetes Instrument, gemeinsam mit einer langfristigen konzernbezogenen Finanzstrategie. Erste Erkenntnisse liegen in einer vom Deutschen Institut für Urbanistik gemeinsam mit dem Finanzwissenschaftlichen Institut der Uni Köln für die Stadt Köln erarbeiteten Vorstudie vor.

Wenn nicht umgesteuert wird, besteht die Gefahr, dass in den nächsten 20 Jahren zwei Drittel des Vermögens aufgezehrt werden, wie die Grafik zeigt. Nicht zuletzt deswegen war eine Gesetzesänderung, die eine höhere Entnahme aus der allgemeinen Rücklage zugelassen hätte, aus Kölner Sicht konsequent abzulehnen!

(Schaubild: „Entwicklung des Eigenkapitals“)

Allerdings ist mehr erforderlich: Ein langfristig ausgeglichener Haushalt bedingt auch, so zu investieren, dass man morgen noch Erträge erzielt. Erforderlich sind zügig strategische Ziele für Köln. Die Gemeindeordnung sieht diesen Strategieprozess beim Rat. Es ist seine Aufgabe,

diese Ziele festzulegen, und zwar unter Berücksichtigung der Ressourcen. So sieht das § 41 Abs. 1 Buchstabe t der Gemeindeordnung vor. Der Stadtvorstand hat erste Vorarbeiten dazu geleistet. Eine Bürgerkonsultation muss auch diesen Teilprozess begleiten.

„Wenn über das Grundsätzliche keine Einigkeit besteht, ist es sinnlos, miteinander Pläne zu machen“ – diese chinesische Weisheit erinnert auch daran, wie eng die Verknüpfung zwischen strategischem Handeln und tagtäglichen Aufgaben ist.

Abschließend möchte ich dem Oberbürgermeister sowie meinen Kolleginnen und Kollegen aus dem Stadtvorstand, die sich unermüdlich mit den Vorgaben der Finanzpartie auseinandersetzen mussten, danken. Einen ganz besonderen Dank möchte ich an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dieser Stadtverwaltung richten. Meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, insbesondere der Leitung der Kämmerei, die in diesem Jahr gleichzeitig Krisenmanagement, Sanierungsprozess unter NKF-Bedingungen, zwei Haushaltsverfahren und das alltägliche Geschäft unter einen Hut bekommen mussten, und dies unter schwierigen personellen und organisatorischen Rahmenbedingungen, möchte ich darüber hinaus neben dem Dank meinen großen Respekt vor dieser Leistung ausdrücken.

(Beifall bei SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU und FDP)

Ich wünsche Ihnen, meine sehr geehrten Damen und Herren, gute Beratungen über den jetzt eingebrachten Haushaltsplanentwurf für den Doppelhaushalt 2013/2014 und bedanke mich herzlich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei SPD und Bündnis 90/Die Grünen)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Vielen Dank, Frau Stadtkämmerin Klug.

Wir kommen jetzt zur Beschlussfassung:

TOP 1.1.: Kenntnisaufnahme und Überweisung des soeben vorgestellten Entwurfs des Doppelhaushalts für das Haushaltsjahr 2013/2014 und Überweisung an die Fachausschüsse. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist der Beschluss so gefasst.

Nun zur Beschlussfassung über TOP 1.2. Da geht es um die Festsetzung der bezirksbezogenen Haushaltsmittel nach § 37 Abs. 3 Gemeindeordnung. Gibt es Stimmen dagegen? - Enthaltungen? - Bei Enthaltung der Fraktion pro Köln ist der Beschluss so gefasst.

Meine Damen und Herren, bevor wir jetzt zur Aktuellen Stunde kommen, noch ein kurzer Hinweis: Wir schätzen unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sehr, insbesondere diejenigen, die hier in der letzten Reihe sitzen und uns regelmäßig assistieren. Es ist allerdings vorgesehen, dass die Pulte den Ratsmitgliedern vorbehalten sind. Ich sehe einen Mitarbeiter der Fraktion pro Köln, der nicht in der letzten Reihe sitzt. Ich bitte Sie, das Pult für die Ratsmitglieder zu räumen.

Ich rufe jetzt den Tagesordnungspunkt 2.2 auf:

**2.2 Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Durchführung einer Aktuellen Stunde betreffend "Durchführung einer Aktuellen Stunde zum Thema ‚Sanierung und Ausbau der Verkehrsinfrastruktur im Verkehrsknoten Köln‘"**  
**AN/2021/2012**

Ich hoffe, Sie haben keine Einwände dagegen, dass Herr Dr. Reinkober, Geschäftsführer des VRS, heute anwesend ist und unter Umständen für Antworten zur Verfügung steht.

Als erste Rednerin rufe ich Frau dos Santos auf.

**Susana dos Santos Herrmann (SPD):** Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir befinden uns mitten im Jahrzehnt der Infrastruktur. Ob wir wollen oder nicht: Wir müssen uns damit auseinandersetzen, Straßen, Brücken und Eisenbahnwege zu sanieren und instand zu halten und damit unsere Zukunftsfähigkeit und die Kraft unserer Wirtschaft zu sichern.

Dass die Autobahnbrücke über den Rhein bei Leverkusen für Lkw-Verkehre ab 3,5 Tonnen teilgesperrt werden musste, zeigt die Dramatik. Erlauben Sie mir, eine Zahl aus der Sendung „Westpol“ zu zitieren. Die Redakteure haben in einem am vergangenen Sonntag ausgestrahlten Beitrag dargestellt, dass allein die Umwegkilometer, die tagtäglich wegen der Sperrung dieser Brücke entstehen, „nach vorsichtigen Schätzungen bei 560 000 Kilometer pro Tag“ liegen. 560 000 Kilometer! Diese Zahl

muss man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen. Das entspricht 14 Umrundungen des Äquators oder anderthalb Mal die Strecke bis zum Mond. Und das Tag für Tag! Man mag sich gar nicht vorstellen, welcher volkswirtschaftlicher Schaden dahintersteckt. Man mag sich auch nicht vorstellen, wie groß der Umwelt- und Klimaschaden ist, der allein dadurch entsteht.

Und noch etwas: Der dringend notwendige Ausbau auch der Wasserstraßen, insbesondere für die Güterverkehre, wird ohne gute Straßeninfrastruktur nicht funktionieren. Die letzten Kilometer vom Hafen zum Endverbraucher müssen in der Regel mit Lkw überwunden werden. Schauen wir uns noch einmal das Beispiel Leverkusener Autobahnbrücke an, so bedeutet das: Der kurz angebundene Niehler Hafen kann im Augenblick nicht so gut genutzt werden; denn die Autobahnbrücke ist ja gesperrt und der kürzeste Weg zum Endverbraucher von dort aus eben nicht nutzbar.

Kurzum: Wir brauchen Investitionen in unsere Infrastruktur: auf der Straße, auf der Schiene und letztlich auch auf dem Wasser. Ich bin froh, dass die SPD-Fraktion bereits im August darauf aufmerksam gemacht hat, dass dies keineswegs nur Land und Bund trifft, sondern gerade auch die Kommunen. In unserer Stadt haben wir einen Investitionsstau von circa 200 Millionen Euro auf den Straßen, und wir haben einen noch höheren Bedarf an Investitionen bei unseren Brücken und Schienenwegen, nämlich rund 260 Millionen Euro.

(Zuruf von der CDU)

- Ja, das ist ja die Sache. - Wir können das nicht alleine stemmen. Wir brauchen Hilfe von Land und Bund. Das Land ist bereit, uns zu unterstützen. Der Bund in Person von Verkehrsminister Ramsauer hat zwar großmündig angekündigt, 1 Milliarde Euro zusätzlich zur Verfügung zu stellen; aber nach meinen Informationen ist dem Minister vor nicht allzu langer Zeit die Luft ausgegangen, weil die die Koalition tragenden Fraktionen diese 1 Milliarde Euro mal eben halbiert haben. Also: Liebe Freundinnen und Freunde der CDU und der FDP, wir brauchen da auch Ihre Unterstützung!

(Zurufe von der CDU: Oh! - Martin Börschel [SPD]: Nur bis September!)

Es bedarf einer gemeinsamen Anstrengung für die gesamte Verkehrsinfrastruktur, wenn wir nicht

am Ende untergehen wollen in einem Investitionsstau, der uns alle nicht nur Wirtschaftskraft, sondern auch Lebensqualität kostet. Fragen Sie die Menschen in den Stadtteilen, die mit steigenden Lkw-Verkehren zu kämpfen haben. Das geht inzwischen bis in kleinste Nebenstraßen.

Mit unserer Resolution wollen wir das unterstützen, was das Land letzte Woche bereits deutlich zum Ausdruck gebracht hat: Wir brauchen zusätzliche Mittel für die Sanierung unserer Straßen, unserer Brücken und der Eisenbahnwege. Wir brauchen aber auch die Unterstützung des Bundes. Und wir brauchen die eigene Kraftanstrengung in der Kommune.

Herr Oberbürgermeister und die Stadtkämmerin haben ja vorhin in Ihren Reden zum Haushalt deutlich gemacht, dass sie diese Notwendigkeit erkannt haben und sich der Herausforderung stellen wollen. Das sollten wir gemeinsam angehen. Wir sollten uns auch die Frage stellen: Wie bekommen wir das hin? Herr Oberbürgermeister, ich danke Ihnen für Ihre deutlichen Worte, dass der Solidaritätsbeitrag, der seit nunmehr über 20 Jahren geleistet wird, in einen Infrastrukturfonds umgewandelt werden sollte. Das ist gut und richtig. Das Geld sollte dort eingesetzt werden, wo der Bedarf ist.

(Beifall bei der SPD)

Dass dieser Infrastrukturfonds in den nächsten Jahren zu einem Gutteil im Westen der Republik gebraucht werden wird, steht außer Frage.

Ich bin allerdings auch der Auffassung, dass es einer fairen Beteiligung derjenigen bedarf, die die Infrastruktur besonders stark nutzen: zu ihrem eigenen wirtschaftlichen Wohl, aber auch zum volkswirtschaftlichen Wohl. Eine fair ausgestaltete Lkw-Maut auch für Bundesstraßen und andere Straßen halte ich für sinnvoll, solange wir uns der Verpflichtung und der Zusage stellen, das Geld, was dort eingenommen wird, für die Instandsetzung, für die Sanierung und dort, wo notwendig, auch für den Neubau einzelner Projekte einzusetzen, damit wir unsere Wirtschaftskraft und unsere Zukunftsfähigkeit erhalten - und das mit einer Aufteilung der Verkehrsnutzung, die auch den Ansprüchen von Umwelt- und Klimaschutz gerecht wird. - Ich danke Ihnen vielmals.

(Beifall bei der SPD sowie bei Teilen von Bündnis 90/Die Grünen)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Dann kommt Herr Wolter.

**Andreas Wolter** (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Erst einmal vielen Dank für die Initiative, die Sie gemeinsam mit den Landräten und dem OB von Leverkusen zur schnellen Sanierung und Beseitigung der Mängel an der Leverkusener Brücke gestartet haben. Wie eben schon anklang: Es bedarf einer Allianz für Sanierung und Infrastruktur, für Köln und auch für das Umland.

Bei aller Schwierigkeit, die von dieser Brücke ausgeht: Diese wichtige Brücke, dieses Nadelöhr ist gleichermaßen Signal und Symbol für die marode Infrastruktur im Land. Sanierung und Erhalt werden die zentrale Verkehrsinfrastrukturaufgabe der nächsten 15 bis 20 Jahre sein. Wie verheerend sich Störungen auf den nationalen Verbindungen im Stadtgebiet auswirken können, erleben wir derzeit im Kölner Norden und in Mülheim. Wir haben das aber auch schon vergangenes Jahr im Kölner Westen bei der Sanierung bzw. dem Neubau des Lövenicher Tunnels erlebt. Deshalb sind wir der Meinung: Lkw-Transit durch die Stadt muss unterbunden werden,

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

weil Köln Folgekosten durch den Sanierungsaufwand entstehen, weil es dadurch mehr Staus in der Stadt gibt und dies zu Problemen für die heimische Wirtschaft führt und weil die Umweltbelastung für die Stadt steigt. Deshalb brauchen wir eine verbindliche Regelung für den Lkw-Transit, der über den Kölner Autobahnring geführt wird.

Und: Wir wollen den Modal Split im Güterverkehr verändern. Wir wollen die Straßen und Brücken entlasten. Wir wollen mehr Güter auf dem Schiff und auf der Schiene transportieren.

(Winrich Granitzka [CDU]: Godorfer Hafen!)

Aber, Herr Granitzka, der Eisenbahnknoten Köln ist an seiner Kapazitätsgrenze, und viele Brücken sind sehr marode. Sie weisen akute Mängel auf. Vielleicht kann Herr Dr. Reinkober zum Schluss noch ein paar Takte dazu sagen. Die Bahn hat zum Beispiel letztes Jahr ihre Planungen für den zweiten Zugang von der Zülpicher Straße zum Bahnhof Süd gestoppt mit der Begründung, dass nahezu alle

Bogenbrücken in Köln erneuert werden müssen. Seitdem hat sie auch die dringend erforderliche barrierefreie Sanierung der Bahnhöfe West und Süd gestoppt.

Wenn wir Köln als Drehkreuz für den Nord-Süd- bzw. Ost-West-Güter- und Fernverkehr attraktiv halten wollen, wenn wir einen funktionierenden SPNV wollen und wenn wir den Verkehrskollaps verhindern wollen, dann bedarf es einer schnellen Sanierung der Kölner Brücken, einer zügigen Umsetzung der Knoten-Köln-Maßnahmen für die Bahn, wie von Rat und NVR schon beschlossen, einer Verknüpfung der Sanierung der Brücken mit sechsgleisigem Ausbau zwischen Hansaring und Eifeltor und je zwei Gleisen für Güter-, Nah- und Fernverkehr auf dieser Trasse, einem Überwerfungsbauwerk in Kalscheuren und einer guten Koordination der Maßnahmen zwischen Stadt, Land, NVR und Bahn, Herr Beigeordneter.

Die Stadt muss sicherstellen, dass die Umsetzung der überregional bedeutsamen Projekte effizient begleitet wird. Verzögerungen durch die Stadt müssen vermieden werden. Wir müssen zum Treiber statt zum Bremser für diese Projekte werden.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Bereits jetzt werden Container aus den sogenannten ZARA-Häfen - Zeebrügge, Amsterdam, Rotterdam und Antwerpen - nur bis Gent per Binnenschiff transportiert. Dann werden sie auf Lkws umgeladen, weil ein Weitertransport per Bahn wegen des Engpasses im Knoten Köln nicht möglich ist.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Wir wollen das doch nicht in Köln haben!)

Die wichtigen Verkehrsprojekte, die der Bund plant, liegen mehrheitlich im Süden der Republik; so weit zur Aktualität dieses Punktes. Aber auch hier im Westen muss mehr saniert werden, nicht nur in Bayern, Baden-Württemberg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Stattdessen hätte das Bundesverkehrsministerium einen Sanierungsfonds auflegen müssen und die Mittel in Erhaltungsmaßnahmen investieren sollen. Wir können uns in Zukunft eine solche Politik und übrigens auch Großprojekte mit fehlerhafter Planung, die finanziell völlig aus dem Ruder laufen wie Stuttgart 21 oder den Bau des Berliner Großflughafens, nicht mehr leisten, wenn

gleichzeitig durch Rost und Risse in Stahl und Beton die Verkehrsinfrastruktur förmlich unter der Last des Verkehrs zusammenbricht.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Mehrere hundert Autobahn- und Eisenbahnbrücken sind sanierungsbedürftig. Laut VDV-Studie brauchen wir in NRW für die Sanierung der U- und Stadtbahnsysteme in den nächsten fünf Jahren 1,1 Milliarde Euro für Ersatzinvestitionen. Wir haben in unserem Resolutionsentwurf einen Vorschlag gemacht, wie wir meinen, das notwendige Geld zusammenzubekommen. Wir brauchen eine nutzerorientierte Finanzierung und damit eine Lkw-Maut auf allen Straßen, und zwar für alle Lkws ab mindestens 7,5 Tonnen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen sowie bei Teilen der SPD)

Einen letzten Punkt möchte ich noch ansprechen, der sehr ärgerlich ist. In letzter Zeit wurde ja viel darüber geschrieben, und man wurde auch oft angeschrieben. Zum Beispiel haben wir einen Brief von der IHK Köln erhalten, in dem es im Zusammenhang mit der Leverkusener Brücke heißt, es soll Schaden von der Wirtschaftsregion abgewendet werden. Aber die gleiche IHK in Person von Herrn Bauwens-Adenauer, der uns ständig in seinen Reden und Pressekonferenzen erklärt, wir müssten die Steuer- und Abgabenlast senken, die Neuverschuldung müsse gesenkt werden, wir sollten mehr Geld in die Bildung investieren, fordert jetzt hierfür mehr Geld. Und diese Eier legende Wollmilchsau können wir nicht bieten. Deshalb müssen wir sehen: Woher kommt das Geld für die Sanierung der Straßen?

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ein letzter Punkt: Wir brauchen jetzt auch Gespräche von Bund und Land sowie mit den Häfen von Rotterdam und Amsterdam. Wir wollen eine klare Zielvorgabe für den Modal Split, nämlich die Verschiebung bis 2030 einschließlich einer entsprechenden Ausgabe der Verkehrswege. Denn wenn wir jetzt nicht konzentriert und klug handeln, drohen uns massive Schäden in den nächsten Jahren, insbesondere für den Wirtschaftsstandort Köln, aber auch für den ganzen Westen der Republik.

Herr Oberbürgermeister, diese Herausforderung liegt nicht nur im Kölner Interesse, sondern ist von nationaler Bedeutung, egal wer in Düsseldorf oder Berlin regiert. Wir laden alle

Fraktionen zur Mitwirkung ein und bitten Sie, diese Resolution mit zu unterstützen. - Danke schön.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen sowie bei Teilen der SPD)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Gibt es weitere Wortmeldungen? - Von Herrn Möring, Frau Kirchmeyer und Herrn Uckermann. Bitte, Herr Möring.

**Karsten Möring (CDU):** Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Frau dos Santos, lieber Herr Wolter, ein bisschen wundere ich mich jetzt.

(Lachen und Beifall bei pro Köln)

Liebe Frau dos Santos, die Dramatik, die Sie in Ihrem Vortrag deutlich gemacht haben, teile ich. Nur, die Konzentration und die Beschränkung des Themas allein auf die Leverkusener Brücke und deren Umfeld sowie auf Themen, die überwiegend vom Bund aus gesteuert werden, irritieren mich angesichts der Situation, in der wir uns hier befinden, doch ernsthaft.

(Martin Börschel [SPD]: Das ist bedauerlich!)

Sie haben über das Problem der Substanzerhaltung und der Investitionen gesprochen. Ich habe das Wort „Investitionen“ vernommen; das habe ich seit Jahren von Ihnen hier kaum noch gehört.

(Martin Börschel: Dann haben Sie immer weggehört! - Susana dos Santos Herrmann [SPD]: Da waren Sie im Urlaub!)

Wir sollten über dieses Problem aber auch im Bereich der Stadt Köln sprechen. In den letzten Jahren habe ich eigentlich immer nur erlebt, dass wir in diesem Bereich wesentlich zu wenig Mittel eingesetzt haben. Von Investitionen im Sinne von Neubau war so gut wie nie die Rede.

(Susana dos Santos Herrmann [SPD]: Zwischenfrage!)

- Bitte schön.

**Susana dos Santos Herrmann (SPD):** Verehrter Herr Kollege Möring, vielleicht können Sie sich erinnern: Es gab bei der Einbringung

des Haushalts 2012 einen Vorschlag des damaligen Beigeordneten Streitberger, Gelder aus dem Bereich der Brückensanierung zur Einsparung vorzusehen. Stimmen Sie mir zu, dass das eine falsche Einschätzung war und dass es richtig war, dass Rot-Grün das zurückgenommen hat?

(Beifall bei der SPD - Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Da müssen Sie den Herrn Streitberger fragen!)

**Karsten Möring** (CDU): Liebe Frau dos Santos, selbstverständlich. Auch wir waren der Auffassung, dass wir die Mittel dafür nicht reduzieren dürfen. Nur, Sie hatten in diesen Haushalt so viele Giftpillen gepackt,

(Martin Börschel [SPD]: Uns kommen die Tränen!)

dass wir dem deshalb nicht zustimmen konnten.

(Beifall bei der CDU)

Das bedeutete nicht, dass wir im Einzelfall zu einigen Punkten sehr wohl Ja sagen. Es gibt ja viele Punkte im Haushalt, zu denen wir Ja sagen, ohne dass wir dem insgesamt zustimmen können.

Zurück zum Thema. Wenn Sie mich mit Ihrer Zwischenfrage aus dem Konzept bringen wollten,

(Martin Börschel [SPD]: Welches Konzept?)

dann kann ich nur sagen: Das ist Ihnen nicht gelungen. Hier geht es ja nicht um die Frage, ob wir irgendwo keine Einsparungen vornehmen sollten. Vielmehr geht es darum, was wir in unserem eigenen Beritt machen sollten, um das zu vermeiden, was jetzt mit der Leverkusener Brücke passiert ist. Es geht nicht nur um die Kölner Straßenbrücken, sondern auch um die Kölner Straßen. Und da haben wir einige Baustellen, die wir bearbeiten sollten. Ich erinnere mich, dass Sie, Herr Oberbürgermeister, vor zwei Jahren angekündigt hatten, ein 10-Jahres-Programm aufzulegen, um den Rückstand in diesem Bereich aufzuarbeiten. Ich glaube, das ist der aktuellen Lage zum Opfer gefallen.

Insofern befinden wir uns sehr wohl in der gleichen Situation wie Bund und Land mit deren jeweiligen Infrastrukturbereichen einschließlich Schiene. Deswegen macht es wenig Sinn, den

Finger bei anderen in die Wunde zu legen, wenn wir ihn nicht auch bei uns selbst in die Wunde legen.

(Beifall bei der CDU)

Gleichwohl sind die meisten Punkte, die Sie in dem Resolutionsvorschlag aufgelistet haben, richtig und zutreffend. Die Punkte 1, 2, 3, 4 und 5 sind Punkte, die wir genau so mittragen. Man könnte sogar noch einige mehr nennen.

(Martin Börschel [SPD]: Nur zu!)

Aber dann fügen Sie noch einen Punkt an, in dem Sie sagen: Okay, lieber Bund, wir sagen dir jetzt auch, wie du das finanzieren sollst: Mach einfach eine Maut für Lkws über 7,5 Tonnen auf allen Straßen!

(Martin Börschel [SPD]: Ist doch gut!)

Abgesehen davon, dass dieser Punkt sehr wohl sehr intensiv diskutiert wird und dass dies nicht nur Vorteile bringt, sondern auch Nachteile hat - Wie hoch ist der Aufwand? Wie hoch ist der Ertrag? Ist das der richtige Weg, um zusätzliche Gelder einzunehmen? -, ist das nicht ein Punkt, den wir hier beschließen sollten. Bedauerlicherweise haben Sie darauf bestanden, diesen Punkt in der Resolution zu belassen. Ansonsten hätten wir zu einem gemeinsamen Beschluss kommen können. So wird es uns wahrscheinlich nicht gelingen.

(Martin Börschel [SPD]: Macht doch getrennte Abstimmung!)

- Das werden wir tun.

Lassen Sie mich noch ganz kurz auf ein paar Punkte eingehen, die in diesem Zusammenhang wirklich wichtig sind, und auch paar Legenden aus der Welt schaffen. Es klang eben auch bei Herrn Wolter so an, als würde das Land Nordrhein-Westfalen gegenüber anderen Teilen des Bundesgebietes schlechter wegkommen.

(Martin Börschel [SPD]: Allerdings!)

Das ist nicht ganz falsch. Aber zur Wahrheit gehört auch, dass die Summen bzw. Beträge, die hier genannt werden, völlig überzogen sind. Das Ministerium in Berlin hat ganz klar festgelegt, nach welchen Kriterien die Mittel verteilt werden.

(Martin Börschel [SPD]: CSU heißen die!)

Eines der zentralen Kriterien ist die verkehrliche Bedeutung.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Von Traunstein? - Heiterkeit bei SPD und Bündnis 90/Die Grünen)

Alle Projekte - das werden Ihre Leute in Berlin auch bestätigen können -, die vom Bund gesteuert werden, werden über die standardisierte Bewertung priorisiert. - Das ist der eine Punkt.

Der zweite Punkt, liebe Freunde, ist, dass wir nur dann solche Investitionen tätigen können, wenn wir einen Planungsstand haben, der eine Realisierung zulässt. Das 740-Millionen-Euro-Zusatzprogramm, was jetzt als Infrastrukturbeschleunigungsprogramm II auf den Weg gebracht wird, soll nach der Länderquote verteilt werden. Das heißt: Nordrhein-Westfalen erhält seinen üblichen Anteil,

(Martin Börschel [SPD]: Der ist ja schon zu schlecht!)

wenn es genug umsetzbare Projekte hat. Aber: Unsere Landesregierung hat vor einiger Zeit die Liste der zu planenden Maßnahmen massiv zusammengestrichen mit der Begründung, dass sie in absehbarer Zeit sowieso nicht realisiert werden können. Auch nicht ganz falsch; aber man sollte das Kind nicht mit dem Bade ausschütten. Wenn nämlich plötzlich aus irgendeinem Grund Gelder avisiert werden, muss man etwas in der Hand haben, um sagen zu können: Dafür hätten wir es gerne. Und daran hapert es bei uns auch.

Der letzte Punkt in diesem Zusammenhang betrifft das Thema „Hausaufgaben machen“. Es wurde ja hier eben nur angedeutet, dass es bei der Finanzierung von Straßen- und Brückenbauprojekten auch auf die Hilfe des Bundes und des Landes ankommt. Ja, im GVFG, das 2019 ausläuft, ist zwischen Bund und Ländern vereinbart worden, dass die Länder bis 2019 jährlich 1,33 Milliarden Euro bekommen - Nordrhein-Westfalen hat die Zweckbindung erhalten, erfreulicherweise; denn nicht alle Länder haben sie -, aber das hatte ein Gegengeschäft zur Folge, nämlich dass diese Aufgabe zukünftig von den Ländern wahrgenommen wird. Ich sehe im Augenblick noch nicht, dass das Land Nordrhein-Westfalen seine Hausaufgaben macht, was die Möglichkeit der Finanzierung von solchen Projekten angeht.

(Martin Börschel [SPD]: Das ist doch nach 2013!)

Ich erwähne das hier nur deswegen, damit uns klar wird, dass es zwar richtig ist, dass wir bei solch großen Projekten in Infrastrukturerhalt und -ausbau auf allen politischen Ebenen des Landes agieren müssen; aber es macht keinen Sinn - oder, sagen wir vorsichtig, es macht nur partiell Sinn -, so wie heute zu sagen: Ich nehme die Dramatik der Leverkusener Brücke zum Anlass und haue jetzt mal auf den Bund ein, er soll uns mehr Mittel geben. - Das soll er in diesem Fall tun. Tut er auch; das haben die Minister Ramsauer und Groschek vereinbart; das wird geschehen. Das ist auch notwendig, keine Frage. Das darf uns aber nicht so viel Sand in die Augen streuen, dass wir nicht mehr in der Lage sind, zu sehen, was wir vor unserer eigenen Tür kehren müssen. Dort haben wir genügend Aufgaben.

(Martin Börschel [SPD]: Tragt mal dazu bei!)

Deswegen: Wir werden den Punkten 1 bis 5 der Resolution zustimmen. Den Punkt 6 werden wir ablehnen. Hoffen wir, dass wir damit ein Stück weiterkommen und dass das zur Kenntnis genommen wird. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Frau Kirchmeyer, bitte.

**Christtraut Kirchmeyer (FDP):** Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Meine Überraschung war genauso groß wie die von Karsten Möring, als ich heute den Titel der Resolution gelesen habe, hatten wir doch schon im Verkehrsausschuss eine ähnliche Diskussion wie diese Aktuelle Stunde zur Leverkusener Autobahnbrücke, bei der auch der Landesbetrieb Straßen zu Gast war. Ich hatte im ersten Moment das Gefühl, hier hat sich der Bock zum Gärtner gemacht; denn die Töne, die Sie in Ihrer Resolution anschlagen, höre ich sonst hier fast nie. Straßenverkehr, Pkw-Verkehr oder überhaupt das Autofahren auf Straßen sind ja Unworte im Kölner Rat; sie dürfen hier eigentlich nicht ausgesprochen werden.

(Martin Börschel [SPD]: Da sind Sie ideologisch verblendet!)

Umso überraschender finde ich die Resolution, die uns heute hier vorliegt. Allerdings haben wir ja - das muss ich auch sagen - einiges schon mehrfach beraten und beschlossen, darunter

auch eine Resolution zum Bahnknoten Köln, datiert vom 2. Februar 2010. Fakt ist: Wir haben über den Bahnknoten hier schon mehrfach debattiert; aber da die Bundesbahn in diesem Punkt scheinbar beratungsresistent ist, müssen wir immer wieder darauf zurückkommen.

Die Teilspernung der Leverkusener Brücke ist selbstverständlich ein akuter Fall; das haben wir im Verkehrsausschuss auch schon festgestellt. Aber dieser Fall kann ja, wie ich dort auch schon gesagt habe, nicht vom Himmel gefallen sein. Wenn die Prüfungen dieser Brücke nämlich regelmäßig durchgeführt worden wären - ich gehe davon aus, dass sie erfolgt sind -, dann muss ja irgendjemand, der mit den Prüfergebnissen befasst ist, geschlafen bzw. den Straßenbetrieb und das Land nicht rechtzeitig gewarnt haben: Freunde, an der Brücke muss unbedingt was getan werden! - Das hatte ich schon im Verkehrsausschuss an Herrn Dewes so weitergeleitet.

Die Brückensanierungen der Bahn sind seit langem überfällig; das wissen wir. Aber auch in dieser Hinsicht ist die Bahn ziemlich beratungsresistent. Es bleibt uns nicht anderes übrig, als weiter zu bohren und sie aufzufordern, daran zu arbeiten.

Da wir beim Thema Brücken sind: Auch hier muss ich mit Blick auf die Kollegen von Rot-Grün eine leichte Kritik aussprechen. Im letzten Verkehrsausschuss haben wir, wenn ich mich recht erinnere, über die Weiterleitung des Bundesverkehrswegeplans über den Regionalrat gesprochen. Darin war eine weitere Rheinquerung im Kölner Süden vorgesehen. Diese ist freundlicherweise aufgrund der Stimmenmehrheit von Rot-Grün jetzt herausgenommen worden.

(Lachen beim Bündnis 90/Die Grünen - Martin Börschel [SPD]: Wir müssen erst mal sanieren, Frau Kollegin, bevor wir neu bauen!)

Insofern verstehe ich nicht, dass Sie heute hier so ein Theater machen, es sei ja alles so furchtbar und in Köln klappe das mit den Brücken nicht. Außerdem, meine Damen und Herren, habe ich mich am Freitag im Regionalrat ausgesprochen gewundert über das Abstimmungsverhalten der Kollegen vom Bündnis 90/Die Grünen, die dort einige Dinge aus dem Bundesverkehrswegeplan, der dort zur Weitergabe beschlossen wurde, abgelehnt hat, die insbesondere den Verkehrsknoten Köln betreffen. Auch aus diesem Grunde wundere ich

mich, dass heute eine solche Resolution zur Abstimmung gestellt wird. Vielleicht fehlt da intern die Abstimmung, aber das kann man ja nachholen; das ist sicherlich kein Problem.

Zu den Punkten, die Sie in Ihrer Resolution aufgelistet haben: Auch wir werden den Punkten 1 bis 5 zustimmen. Dem Punkt 6 können wir nicht zustimmen, weil die Diskussion auch bei uns in eine andere Richtung zielt als bei Ihnen. Deswegen beantrage ich für die FDP-Fraktion, die Punkte einzeln abstimmen zu lassen, vielleicht ohne endgültige Abstimmung der gesamten Resolution. Ich bitte Sie, Herr Oberbürgermeister, dies bei der Abstimmung zu beachten. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP sowie bei Teilen der CDU)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Herr Uckermann, bitte.

(Zuruf vom Bündnis 90/Die Grünen:  
Wer hat den denn rausgelassen? -  
Martin Börschel [SPD]: Freigänger! -  
Heiterkeit)

**Jörg Uckermann** (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Sie haben heute eine Aktuelle Stunde zur Verkehrsinfrastruktur in Köln beantragt. Da hat wieder jemand Fernsehen gesehen und sich gedacht: Jetzt musst du was tun. Das alles, was wir da gesehen haben, ist ja schlimm. - Wir fragen uns nur: Warum ist das nicht schon viel früher aufgegriffen worden? Sie regieren doch in Nordrhein-Westfalen seit 40 Jahren und tun nichts. Sie müssen erst „Westpol“ schauen, um sagen zu können: Jetzt muss ich etwas tun, damit unsere Infrastruktur erhalten wird. Konkret bedeutet das: Man wartet so lange, bis der Statiker sagt, es geht nicht mehr. Man ist nicht bereit, in den Werterhalt unserer Infrastruktur, die der Steuerzahler bezahlt hat, zu investieren.

Stellen Sie sich mal vor, ein Einfamilienhausbesitzer würde so vorgehen: Wenn er die Gelder, die er für den Werterhalt des Hauses braucht, immer nur dafür ausgäbe, um in den Urlaub zu fahren, würde er irgendwann vor einem Desaster stehen, nämlich dann, wenn sein Haus zusammenkracht. Genau dasselbe tun Sie und meinen noch, der Bürger würde das nicht merken.

Eben wurde ein Haushalt eingebracht, wo die Stadt Köln gedenkt, 3 800 Millionen Euro auszugeben. Da frage ich mich: Ist wirklich kein Geld da für den Werterhalt? Muss immer erst der Statiker kommen und sagen: Hier muss gesperrt werden, das geht nicht mehr? Ich erinnere nur an die Zoobrücke. Da musste man eine Baustelle simulieren, damit nicht mehr so viele Leute über die Brücke fahren, weil man Angst hatte, dass sie einkracht. Und mit einstürzenden Neubauten haben wir ja in Köln auch Erfahrung, Stichwort Stadtarchiv und Ähnliches.

Genau das wollen wir verhindern. Wir von der Fraktion pro Köln wollen, dass hier eine Bestandsaufnahme gemacht wird. Wir wollen für die Bürger den Werterhalt unserer Infrastruktur gewährleisten. Da versagen Sie als Altparteien auf ganzer Linie. Bedenken Sie bitte, dass ein Drittel des Kölner Trinkwassers im Rohrnetz bzw. im Erdreich versickert, ohne den Verbraucher zu erreichen! Auch dort gibt es Probleme. Auch über die gehen Sie einfach hinweg, indem Sie den Leuten sagen, das wäre ein Naturgesetz. - Nein, Sie brauchen noch mehr Einnahmen. Zu den 3 800 Millionen Euro, die Sie ausgeben wollen, brauchen Sie noch mehr Einnahmen; da wollen Sie den Bürgern jetzt in die Tasche greifen. Dazu sagen wir: Nein, so geht es nicht. Die Politik muss ihre Hausaufgaben machen. Die Bürger haben einen Anspruch darauf. Dafür steht die Fraktion pro Köln. Wir werden jetzt immer genau hingucken. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei pro Köln)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Vielen Dank. - Gibt es weitere Wortmeldungen? - Herr Wolter, Sie wollen noch einmal etwas sagen?

**Andreas Wolter** (Bündnis 90/Die Grünen): Ja, ich hätte noch eine Frage an den Vertreter des NVR, Herrn Dr. Reinkober. Können Sie uns noch einmal kurz die Zusammenwirkung der Förderprojekte, die jetzt geplant sind, erläutern?

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Das kennen wir doch schon alles! Das können wir im Verkehrsausschuss machen!)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Ich würde auch vorschlagen, diese Dinge im Einzelfall im Verkehrsausschuss zu klären.

(Beifall bei der FDP)

Wenn Sie darauf bestehen, kann ich es nicht verhindern. Mein Vorschlag ist, diese Dinge im Verkehrsausschuss zu beraten, weil sie von hohem Spezialisierungsgrad sind. Deswegen sollten wir jetzt auf eine Erörterung hier verzichten. Im Übrigen begleitet mich Herr Dr. Reinkober zum Gespräch bei Verkehrsminister Groschek, der morgen, 8.30 Uhr, dazu eingeladen hat, dieses Thema in einer Gemeinschaftsrunde mit anderen Betroffenen zu erörtern. Dort werden wir uns wiedersehen. Okay? - Ja.

Dann kommen wir jetzt zur Abstimmung über die Resolution. Wie eben gehört, treffen die Punkte 1 bis 5 auf große Zustimmung. Deswegen lassen wir zunächst über die Punkte 1 bis 5 abstimmen. Wer für die Punkte 1 bis 5 der Resolution ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD-Fraktion, die Fraktion Die Linke, die Fraktion der Grünen, die Fraktion der CDU, die Fraktion der FDP und die Fraktion pro Köln sowie Herr Zimmermann. Also: einstimmig angenommen.

Wir kommen zur Beschlussfassung über Punkt 6 der Resolution. Wer für Punkt 6 ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion der SPD, die Fraktion Die Linke, Herr Zimmermann und die Grünen natürlich. Wer Enthält sich? - Keine Enthaltungen. Damit ist auch Punkt 6 der Resolution angenommen.

Wir kommen damit zur Beschlussfassung über die Resolution insgesamt. Wer für die Punkte 1 bis 6 dieser Resolution ist, bitte ich um das Handzeichen. - Die Fraktionen der SPD, der Linken, der Grünen sowie Herr Zimmermann. Wer Enthält sich? - Bei Enthaltung der CDU, der FDP und der Fraktion pro Köln ist die Resolution damit - einstimmig - angenommen.

(Beifall bei Teilen der SPD)

Wir fahren jetzt in der Tagesordnung fort. Ich rufe Tagesordnungspunkt 3 auf:

### **3 Annahme von Schenkungen / Vermächtnissen / Erbschaften**

Zu Tagesordnungspunkt 3.1:

#### **3.1 Annahme einer Schenkung an die Stadt Köln, Museum Ludwig hier: Schenkung eines Werkes der Künstlerin Klara Lidén 4083/2012**

Gibt es Wortmeldungen? - Keine Wortmeldungen. Gegenstimmen? -

Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Das ist angenommen. Wir bedanken uns bei der Künstlerin ganz herzlich.

Zu Tagesordnungspunkt 3.2:

**3.2 Annahme einer Schenkung an die Stadt Köln, Museum Ludwig hier: Schenkung eines zweiteiligen Werkes des Künstlers Tony Matelli 4085/2012**

Keine Wortmeldungen. - Keine Gegenstimmen. - Keine Enthaltungen. - Damit ist diese Schenkung so angenommen.

Wir kommen zu den Punkten unter Tagesordnungspunkt 4:

**4 Anträge des Rates / Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen**

Zu Tagesordnungspunkt 4.1.1:

**4.1.1 Antrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion betreffend "Fortführung der Schulsozialarbeit im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepakets der Bundesregierung" AN/1947/2012**

**Änderungsantrag der Fraktion Die Linke. AN/2030/2012**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Herr Philippi, bitte.

**Franz Philippi** (SPD): Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es kommt ja nicht allzu häufig vor, dass die vier großen demokratischen Fraktionen dieses Hauses einen gemeinsamen Antrag einbringen. Das dokumentiert hier und heute die besondere Bedeutung der Ihnen vorliegenden Resolution, vor allen Dingen für die Schülerinnen und Schüler an unseren Kölner Schulen, aber darüber hinaus auch für alle an der Bildung beteiligten und interessierten Menschen hier in unserer Stadt.

Für die Bildungslandschaft in Köln war es ein entscheidender Impuls, die kommunale Schulsozialarbeit über das Bildungs- und Teilhabepaket der Bundesregierung auf insgesamt 129,5 Stellen zu erweitern. Im Zuge der Veränderungen der Schullandschaft von reinen Lerninstitutionen hin zu

bildungsfreundlichen Lebens- und Lernräumen ist es wichtig, unsere Schulen für andere Berufsgruppen zu öffnen, deren Arbeit für die Entwicklungsprozesse junger Menschen relevant ist. Die rechtsverbindliche Forderung nach schulischer Inklusion beinhaltet geradezu den Einsatz von Teams unterschiedlicher Professionen. Nur mit ihnen zusammen lässt sich jedes einzelne Kind gezielt und sachgerecht fördern.

Meine Damen und Herren, wir müssen anfangen, die Bereiche Ganztage, Inklusion und Schulsozialarbeit zusammenzudenken. Die Schulsozialarbeit ist ein wichtiger Baustein für eine individuell zugeschnittene sozialpädagogische Beratung und Aufarbeitung von sozialen und familiären Problemsituationen bei jungen Heranwachsenden.

Ich möchte auf die fachlich-inhaltliche Darstellung der Schulsozialarbeit hier nicht weiter eingehen. Wer sich dafür interessiert, empfehle ich einen Blick auf den neu eingestellten Internetauftritt der Landesarbeitsgemeinschaft der Schulsozialarbeiter in Nordrhein-Westfalen, nämlich: *schulsozialarbeit.eu*. Sie hat sich gerade erst vor vier Wochen gegründet, auch dies ein Hinweis auf die Aktualität und die Wichtigkeit dieses Themas.

Die Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter sind vor Ort präsent. Sie können verlässliche Beziehungen zu Kindern und Jugendlichen aufbauen und mit ihren Angeboten präventiv wirken. Dadurch können teure Hilfen nachgehender Jugendhilfe erspart und Folgeerscheinungen wie Kriminalität oder Suchtabhängigkeit verhindert werden.

Meine Damen und Herren, die derzeit an unseren Schulen beschäftigten, qualifizierten Fachkräfte arbeiten sehr erfolgreich. Es gibt zahlreiche positive Rückmeldungen von Schulleitungen, die deutlich machen, dass Schule aufgrund der Unterstützung durch Schulsozialarbeit dem Erziehungsauftrag besser gerecht werden kann. Die Zahl der Schulabbrecher in Köln sinkt, erfreulicherweise.

Die Startphase wurde nun erfolgreich eingeleitet. Wichtig ist aber die dauerhafte und nachhaltige Förderung. Neben der fachlichen Qualifikation ist die personelle Kontinuität ein wesentlicher Garant für eine erfolgreiche Schulsozialarbeit. Deshalb brauchen wir die 88 befristeten Stellen selbstverständlich über den 31. Dezember 2013 hinaus. Angesichts der Botschaften, die wir eben

über den städtischen Haushalt gehört haben, geht unser gemeinsamer Appell somit nach Berlin: Wir brauchen qualifizierte und nachhaltige Schulsozialarbeit für unsere Schülerinnen und Schüler, und wir wünschen uns im gleichen Zug eine sichere berufliche Perspektive für die in Köln arbeitenden Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter.

Den Änderungsantrag der Linken lehnen wir ab. Es geht uns in unserer Resolution dezidiert um Schulsozialarbeit. Wir glauben, jede weitere Forderung nach anderen Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket verwässert nur unser wichtiges Anliegen hier in Köln.

Meine Damen und Herren, ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit und freue mich auf eine breite Zustimmung zu unserer gemeinsamen Resolution. - Danke schön.

(Beifall bei der SPD sowie bei Teilen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Danke schön. - Dann Herr Dr. Schlieben, bitte.

**Dr. Helge Schlieben (CDU):** Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Am 4. Oktober 2011 schrieb eine große Kölner Zeitung einen interessanten Artikel unter dem Titel „Schulen bekommen Schulsozialarbeiter“.

Das Bildungspaket des Bundes macht's möglich: Die Stadt kann ab November 87 zusätzliche Stellen für Sozialarbeiter an Schulen einrichten. Ein wahrer Geldsegen in Zeiten knapper Kassen versetzt die Kommunen in die Lage, etwas zur Verbesserung der Chancen benachteiligter Kinder und Jugendlicher zu tun. ...

Der Haken des Bundesprogramms: Das Geld fließt nur bis Ende 2013. Wie es danach mit den befristeten Arbeitsverhältnissen weiter geht, ist unklar. Der Bund geht davon aus, dass dann die Kommunen in die Finanzierung einsteigen. Köln wie andere Städte halten das für ausgeschlossen. „Ich kann mir aber auch nicht vorstellen, dass man die Stellen dann alle wegspart“, so Schul- und Jugenddezernentin Agnes Klein.

„Wir werden mit dem Bund verhandeln müssen.“

Ich hoffe, unsere Resolution trägt dazu bei, dass die Verhandlungsposition unserer Jugenddezernentin in Berlin erfolgreich sein wird, und danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU sowie bei Teilen der FDP)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Dann kommt Frau Jahn, bitte.

**Kirsten Jahn (Bündnis 90/Die Grünen):** Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Über diesen einvernehmlich gestellten Antrag haben wir schon vieles gehört. Es freut mich sehr, dass wir das als Vierer-Antrag stellen. Nichtsdestotrotz ist es für mich nicht leicht, hier als Dritte zu reden, ohne Sie langweilen. Wir sind uns ja alle einig; das ist wunderbar. Hier muss man keinen überzeugen; das ist sehr schön.

Meine Vorredner haben schon viel Richtiges gesagt und die Bedeutung und den Umfang der Schulsozialarbeit, die wir in Köln haben, hervorgehoben. Es geht um knapp 130 Stellen, die wir Köln in Gänze behalten wollen. Wir wollen dieses Programm in Gänze fortsetzen.

Um Ihnen noch einmal klarzumachen, worüber wir hier eigentlich reden und warum wir als Schul- und als Jugendpolitiker das für besonders wichtig halten, ein kurzer Exkurs: Schulsozialarbeit ist keine Erfindung des frühen dritten Jahrtausends. Sie ist auch kein Instrument allein der Schulbehörde. Bereits in den 70er-Jahren haben zahlreiche Organisationen der Kinder- und Jugendhilfe wie das Deutsche Jugendinstitut die Notwendigkeit einer besseren Zusammenarbeit von Schule und Jugendhilfe erkannt, gefordert und diskutiert. Und darum geht es heute: um die bessere Zusammenarbeit der beiden Einrichtungen Schule und Jugendhilfe.

Sie sehen, Schulsozialarbeit leistet genau das, nämlich bessere Zusammenarbeit. Das ist nicht neu. Das ist auch kein neuer Trend, der mal ausprobiert werden sollte, um festzustellen, welche Effekte er hat. Das ist ein bewährtes Instrument gegen Bildungsarmut, gegen die Folgen wirtschaftlicher Armut wie soziale Exklusion von Kindern und Jugendlichen sowie deren Familien. Schulsozialarbeit ist somit ein

Teil von Integration. Deswegen brauchen wir in Köln auch weiterhin dieses verlässliche, gut ausgebaute Netz an Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeitern.

Aber warum brauchen auch wir als Politik das? Warum ist es aus Sicht der Politik wichtig? Damit können wir Synergien herstellen; denn mit Schulsozialarbeit ist eine bessere Vernetzung möglich. Die verschiedenen personellen und finanziellen Ressourcen können besser ausgeschöpft werden. Der Brückenschlag zwischen Schule und Jugendhilfe kann endlich gelingen. Dazu trägt Schulsozialarbeit bei. Ich finde es wichtig, dass der Bund dies auch anerkennt und die nun angestoßenen wesentlichen Strukturverbesserungen nicht wieder auf die kommunale Ebene abwälzt, sondern dies als eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe wertet, bei der sich der Bund nicht wegducken und sagen kann: Nach 2013 müsst ihr als Kommune das selbst stemmen.

Ich finde es schön, dass der Rat der Stadt Köln diese gesamtgesellschaftliche Aufgabe wahrnimmt und heute diesen Vierer-Antrag beschließen wird.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen sowie bei Teilen von SPD und CDU)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Danke schön, Frau Jahn. - Wir kommen zu Frau Hoyer.

**Katja Hoyer (FDP):** Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Damen und Herren! Nach den Redebeiträgen von Rot und Grün, von Herrn Philippi und Frau Jahn, und deren Lob für die Schulsozialarbeit muss ich sagen: Ein bisschen kann man heute an ein Weihnachtswunder glauben; denn schließlich wird die Schulsozialarbeit durch das Bildungspaket der schwarz-gelben Bundesregierung finanziert. Ich habe mich wirklich darüber gefreut, dass Sie einmal anerkannt haben, was dieses Bildungspaket geleistet hat.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Das ist nämlich genau dasselbe Bildungspaket, das SPD und Grüne nach seiner Einführung mit großer Häme und scharfer Kritik überzogen und stattdessen den KölnPass wie eine sozialpolitische Monstranz vor sich her getragen haben.

(Beifall bei der FDP)

Zugegeben: Es gab Schwierigkeiten bei der Einführung des Bildungspaketes, insbesondere bei dessen Umsetzung. Aber geärgert hat es mich schon, dass Rot-Grün mit dem fast ständigen Verweis auf den KölnPass dafür gesorgt hat, dass die Möglichkeiten des Bildungspaketes, insbesondere dessen finanzielle Möglichkeiten, nur zögernd genutzt worden sind. Das wurde uns im Sommer dieses Jahres sogar von der rot-grünen Landesregierung bestätigt. In einem Schreiben des Sozialministeriums wurde festgestellt, dass die Stadt Köln die Mittel des Bildungspaketes im Vergleich zu anderen nordrhein-westfälischen Städten nur unterdurchschnittlich nutzt.

(Zuruf von der FDP: Hört! Hört! - Reinhard Houben [FDP]: Hochmut ist so etwas!)

Meine Damen und Herren, die FDP-Fraktion ist der Meinung: Angesichts der angespannten Haushaltssituation - das haben wir ja heute noch einmal belegt bekommen - kann es sich Köln nicht leisten, Gelder, die die Bundesregierung zur Verfügung stellt, liegen zu lassen.

(Beifall bei der FDP)

Wenn an diesem Punkt jetzt ein Umdenkprozess in der Verwaltung und vielleicht auch bei der rot-grünen Ratsmehrheit stattgefunden hat, ist das ein schöner Erfolg: sowohl ein finanzieller Erfolg, weil es sich Köln in Zeiten knapper Kassen, wie gesagt, nicht leisten kann, Finanzmittel liegen zu lassen, aber auch ein sozialpolitischer Erfolg, weil durch das Bildungspaket soziale Maßnahmen in dieser Stadt finanziert werden können; ich nenne nur das Stichwort „Lernförderung“. All dies würde es ohne das Bildungspaket nicht geben.

Ich könnte jetzt noch einmal auf die Bedeutung von Schulsozialarbeit eingehen; das werde ich aber nicht tun. Stattdessen will ich einen Punkt aufgreifen, den Sie, Herr Oberbürgermeister, in Ihrer Rede angesprochen haben, nämlich dass man nicht davon ausgehen dürfe, dass zeitlich begrenzte oder Pilotprojekte automatisch weiter verlängert werden. - Wenn es aber um ein zeitlich begrenztes Projekt der Bundesregierung wie die Finanzierung von Schulsozialarbeit geht, dann heißt es bei Rot-Grün sofort: Kein Thema, das muss verlängert werden! Ich glaube, wenn wir das fordern, dann muss auf allen Ebenen mit gleichen Maßstäben gemessen werden. Das würde ich mir auch in diesem Fall wünschen.

(Beifall bei der FDP)

Wir unterstützen diese Forderung und werden uns auch bei unseren Abgeordneten dafür einsetzen. Nur: Gleiches Maß für alle!

(Beifall bei der FDP sowie bei Teilen der CDU)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Dann kommen wir zu Frau Stahlhofen.

**Gisela Stahlhofen** (Die Linke.): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben einen Änderungsantrag zu diesem Tagesordnungspunkt eingebracht. Ich beziehe mich sowohl darauf als auch auf eine Anfrage unserer Bundestagsabgeordneten sowie auf die Antwort der Verwaltung auf unsere Anfrage hier im Rat, die Ihnen als Tischvorlage vorliegt.

Ich bin davon überzeugt, dass unser Änderungsantrag die Sache nicht - wie Sie gesagt haben - verwässern würde. Ganz im Gegenteil, er würde unsere Position stärken. In den Beiträgen hier hat man sich eigentlich gar nicht mehr mit der Schulsozialarbeit befasst, sondern nur auf das Bildungspaket an sich hingewiesen.

Unseren Abgeordneten wurde vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales mitgeteilt, dass die Mittel für das Bildungs- und Teilhabepaket 2012 spitz abgerechnet werden und die Kommunen ab 2013 nur noch Gelder in Höhe der in 2012 abgerufenen Mittel erhalten werden. Das konterkariert all unsere Bemühungen und all unser Werben für diese Maßnahmen. Auch wenn wir das Bildungspaket von Frau von der Leyen für handwerklich schlecht gemacht halten, gibt es uns als Kommune doch die Möglichkeit, Bildung für Kinder, die sonst ausgegrenzt werden, zu finanzieren.

Leider machen immer noch viel zu wenig arme Kinder bzw. deren Eltern ihre Ansprüche geltend. Hier ist auch Bürokratieabbau gefordert. Bei der Kürzungssorgie, die im sozialen Bereich ansteht, werden selbst beim Mittagessen fast 50 Prozent der Kinder zurückgelassen. Frau Kraft hatte es sich ja einmal groß auf die Fahne geschrieben, kein Kind zurücklassen zu wollen. In anderen Leistungsbereichen haben wir zum Teil nur eine Inanspruchnahme im einstelligen Bereich.

Deshalb werbe ich für die Erweiterung Ihres Antrags. Die Kommunen müssen die Mittel im bisherigen Rahmen zur Verfügung gestellt bekommen, damit auch künftige Antragstellerinnen und Antragsteller nicht zurückgelassen werden.

Zu Ihrem Antrag: Wir unterstützen ihn natürlich. Schulsozialarbeit ist sinnvoll. Die nach ihrer Einarbeitungszeit jetzt gut vernetzten und gut angenommenen Schulsozialarbeiter auszutauschen, würde die Strukturen zerstören und an den Schulen ein großes Loch hinterlassen. Aber Bildung ist auch Ländersache. Darum wollen wir die Landesregierung nicht aus ihrer Verantwortung entlassen.

Das Land hatte, zumindest was die Inklusion betrifft, den richtigen Weg eingeschlagen. Doch dann stellte das rot-grüne Schulministerium in einem Entwurf zur Änderung des Schulgesetzes klar, dass Inklusion keine Pflichtaufgabe ist, sondern dass die Kommunen, die Inklusion ernst nehmen, dies selbst tragen müssen. So geht es natürlich nicht. Es reicht nicht aus, in der Bildungspolitik zu behaupten, dass man alle Schüler mitnehmen will - das tut man ja mit diesem Gesamtschulkurs ohnehin nicht -; die Landesregierung muss sie auch so finanzieren, dass an den Schulen qualitätsbewusste Arbeit möglich ist.

Als Fazit: Es ist richtig und notwendig, die Beteiligung des Bundes einzufordern, ebenso aber auch eine stärkere Beteiligung des Landes. Im Interesse der Kinder bitte ich Sie, unserem Ergänzungsantrag zuzustimmen. - Danke schön.

(Beifall bei der Linken.)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Danke schön, Frau Stahlhofen. - Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit kommen wir zur Abstimmung über diesen Antrag.

Wir stimmen zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion Die Linke. ab. Wer für diesen Antrag ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion Die Linke. und Herr Zimmermann. Wer Enthält sich? - Keine Enthaltungen. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Antrag von SPD, CDU, Grünen und FDP. Wer gegen diesen Antrag ist, bitte ich um das Handzeichen. - Keiner. Wer Enthält sich? - Keine

Enthaltungen. Damit ist er einstimmig angenommen.

Wir kommen zum nächsten Tagesordnungspunkt:

#### **4.1.2 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend "Keine Preiserhöhung bei der KVB" AN/1925/2012**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Herr Wiener.

**Markus Wiener** (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Bürger auf der Zuschauertribüne! Nach so viel Harmonie wie beim letzten Antrag kommen wir jetzt zu einem etwas strittigeren Thema, wobei die Intention unseres Antrags nach meiner festen Überzeugung auch mehrheitsfähig in der Kölner Bevölkerung wäre. Ob er hier mehrheitsfähig ist, werden wir gleich erleben.

„Alle Jahre wieder“ möchte man fast sagen. Pünktlich zum Jahreswechsel werden die Preise bei der Bahn erhöht. Dem darf selbstverständlich der Nahverkehr in deutschen Städten nicht nachstehen und hat, bundesweit gesehen, eine durchschnittliche Erhöhung der Fahrpreise um 3,5 Prozent angekündigt. Hier wiederum kann auch die Kölner KVB nicht fehlen. Sie kündigt sowohl für das Jahr 2013 als auch für das Jahr 2014 Preiserhöhungen an: 2013 um 3,9 Prozent, 2014 um mindestens 3,6 Prozent. Dies trifft vor allem Pendler und Geringverdiener.

Die Begründung für diese Preiserhöhungsorgie ist zudem mehr als abenteuerlich. Hauptgrund seien gestiegene Benzin- und Energiekosten, wird angeführt. Diese Kosten steigen zwar in der Tat für jeden Normalbürger, aber nur unwesentlich für Bahn und KVB; denn die Steigerung der Energiepreise ist in der Erhöhung der EEG-Umlage begründet. Diese steigt um rund 50 Prozent. Jedoch ist die KVB von dieser Abgabe vollständig befreit. Für sie entstehen in diesem Bereich überhaupt keine neuen Kosten. Zudem gaben mehrere Nahverkehrsbetriebe und selbst die Deutsche Bahn zu, dass für sie als Großkunden die Strompreise insgesamt gesehen sogar rückläufig seien. Dies bedeutet: Die Nahverkehrsunternehmen zahlen sogar weniger Energiekosten als früher. Die Preiserhöhung dient also in erster Linie zur Ausweitung der Gewinnmarge. Das muss man einfach mal zu den Hintergründen festhalten.

Auch bei den Benzinkosten sind Nahverkehrsbetriebe privilegiert. Zusätzlich zum Mengenrabatt als Großkunden kommen deutliche Steuervorteile. Wo in diesem Bereich also eine Verteuerung für Nahverkehrsunternehmen bestehen soll, ist nicht ersichtlich.

Auf der anderen Seite - das muss man auch festhalten, wenn die Bürger mal wieder zur Kasse gebeten werden sollen - leistet sich die KVB sehr teure Vorstände und Luxusrentner wie den skandalträchtigen Christdemokraten Walter Reinarz, der auf unser aller Kosten hier sein Pensionärsdasein führt, nachdem er sowohl als CDU-Chef als auch als KVB-Vorstand gescheitert ist. Wieso spart man nicht erst einmal in diesem Bereich?

Die Verhältnismäßigkeit bei kommunalen Betrieben bzw. stadtnahen Konzernen im gesamten Bereich der Managementvergütung ist schon länger aus den Fugen geraten. Die Bürger werden immer mehr zur Kasse gebeten, während Politiker der Altparteien in den Aufsichtsräten - auch da gibt es ein Missverhältnis - und diversen Aufsichtsgremien stadtnaher Konzerne oder städtischer bzw. kommunaler Betriebe oder auch bei der Sparkasse Köln-Bonn teilweise hohe fünfstelligen Summen pro Jahr einfach mal so nebenbei bekommen. Erinnerung sei hier nur an die 47 000 Euro, die zum Beispiel der SPD-Multifunktionsrat Martin Börschel im Verwaltungsrat der Sparkasse Köln-Bonn einstreicht.

Der KVB und den anderen stadtnahen Dienstleistern der kommunalen Daseinsvorsorge sei abschließend ins Stammbuch geschrieben: Wenn wenigstens Service, Angebot, Sicherheit und Komfort im gleichen Maße steigen würden wie die Preise alljährlich, dann wären wir ja schon fast zufrieden. Doch bekanntlich verhalten sich diese Parameter zumeist leider umgekehrt proportional zur Höhe der Preise.

Die Fraktion pro Köln spricht sich deshalb klipp und klar gegen diese neue Preistrunde bei der KVB aus und fordert die anderen Parteien im Kölner Stadtrat auf, dies ebenfalls zu tun. Dafür haben wir heute hier diesen Antrag eingereicht. - Vielen Dank.

(Beifall bei pro Köln! - Ralph Sterck  
[FDP]: Freie Fahrt nach Ossendorf! -  
Heiterkeit!)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Wir kommen jetzt zur Abstimmung. Wer für den Antrag der Fraktion pro Köln ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion pro Köln. Wer Enthält sich? - Keine Enthaltungen. Damit abgelehnt.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 4.1.3:

**4.1.3 Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "Kölner Richtlinie für ein kooperatives Baulandmodell" AN/1948/2012**

**Änderungsantrag der CDU-Fraktion AN/2014/2012**

Dazu gibt es Wortmeldungen. Zunächst hat Herr Zimmermann das Wort.

**Michael Zimmermann (SPD):** Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Schon 2006 hat der Rat auf rot-grüne Initiative beschlossen, Rahmenbedingungen für eine sozial gerechte Bodennutzung festzulegen. Geschehen ist bisher leider wenig. Der lange Jahre zuständige Bau- und Planungsdezernent hat dies leider nicht zu seiner Sache gemacht. Wir bedauern das. Deshalb heute unsere erneute Initiative.

Was ist das Ziel? Investoren und Bauherren, die in größerem Umfang von einer städtischen Bauplanung profitieren, sollen einen Beitrag zur Entwicklung Kölns leisten. Mit der Einführung einer Baulandrichtlinie können klare und transparente Rahmenbedingungen geschaffen werden. Die Begünstigten werden angemessen am Planungsaufwand beteiligt. Leere städtische Kassen bieten den Kommunen immer weniger Spielraum für städtebauliche Investitionen und den Ausbau der notwendigen Infrastruktur, was bisher dazu führt, dass selbst vorhandene Bauflächen nur mit großer Verzögerung entwickelt werden können.

Gemeinsam mit den Grundstückseigentümern wollen wir neues Bauland mobilisieren, indem kurzfristig finanzielle Mittel auch für die Erschließung verfügbar gemacht werden. Wir erhoffen uns eine Erhöhung der Bautätigkeit sowie schnellere Planungs- und Umsetzungsverfahren. Im Gegenzug können alle Investoren darauf vertrauen, dass sie verbindliche Zusagen erhalten und durch klare Rahmenbedingungen auch eine Gleichbehandlung erfahren.

Die Erfahrungen in anderen Städten zeigen, dass dadurch preisbewusster und transparenter geplant werden kann. Das einheitliche Verfahren zwingt alle Beteiligten zur frühen Kostenermittlung. Für Grundeigentümer und Investoren werden die Forderungen der Stadt ebenfalls transparenter, da auch hier die Kosten belegt werden müssen.

Die Einführung einer solchen Richtlinie wird insbesondere dem Kölner Wohnungsmarkt zugutekommen. Sie wissen ja, dass sich der Druck auf den Wohnungsmarkt in den letzten Jahren erheblich verstärkt hat, wie auch auf unsere Haushaltslage. Das Baulandmodell ist unserer Einschätzung nach ein geeignetes und wirkungsvolles Instrument, um dem Mangel an preisgünstigem Wohnraum in Köln zu begegnen - einer Stadt, deren Bevölkerung in den nächsten Jahren voraussichtlich weiter wachsen wird, einer Stadt aber auch, wo jeder zweite Haushalt Anspruch auf einen Wohnberechtigungsschein hat. Schon Durchschnittsverdiener müssen heute einen unverhältnismäßig hohen Anteil ihres Einkommens für Miete ausgeben; nach Untersuchungen des Mietervereins über 34 Prozent. In einkommensschwächeren Haushalten liegt die Belastung bei über 45 Prozent. Dazu kommt: Ende 2011 gab es in Köln nur noch 41 600 öffentlich geförderte Wohnungen; das sind gerade mal 7,7 Prozent am Gesamtwohnungsbestand. Das ist natürlich entschieden zu wenig. Im Vergleich: 1990 standen noch über 100 000 Sozialwohnungen zur Verfügung.

Wir haben in der Vergangenheit verschiedene Maßnahmen ergriffen, um mehr bezahlbare Wohnungen zu schaffen, wie zum Beispiel das „Handlungskonzept Preiswerter Wohnungsbau“. Im letzten Jahr haben wir den Wiedereinstieg in ein kommunales Wohnungsbauförderungsprogramm beschlossen. Damit wollten und wollen wir die Landesförderung ergänzen und dem geförderten Wohnungsbau Darlehen zur Verfügung stellen. Doch diese Maßnahmen - das zeigt sich mittlerweile - reichen nicht aus. Wir wissen: Niedrige Zinsen und Mieten jenseits von 10 Euro pro Quadratmeter machen für Investoren - zumindest derzeit - den Bau von Sozialwohnungen in Köln unattraktiv. Da helfen Förderprogramme von Land und Stadt noch zu wenig.

Wie können wir vor diesem Hintergrund unser Ziel erreichen, in Köln jährlich 1 000 bezahlbare, öffentliche geförderte, neue Wohnungen zu

schaffen? Das ist ja unser aller Ziel; das ist einvernehmlich. In 2012 haben wir gerade mal ein Drittel geschafft; das ist viel zu wenig. Ich denke, wir müssen unsere Instrumente schärfen. Unserer Meinung nach ist ein wichtiges Instrument das kooperative Baulandmanagement. Dazu wird meine Frau Moritz

(Heiterkeit)

- wir müssen uns das ein bisschen aufteilen - in ihrer Rede sicherlich gleich noch weitere Einzelheiten nennen. Daher will ich mich jetzt darauf beschränken, zu sagen: Leider haben wir sechs Jahre verloren. 2006 waren wir mit dieser Idee - neben München - noch Vorreiter. Inzwischen gibt es andere Städte in vergleichbarer Situation wie Köln, die dieses Modell bereits erfolgreich eingeführt haben, darunter das damals CDU-regierte Hamburg, das damals CDU-regierte Stuttgart und andere Städte mehr. Auf diesen Erfahrungen wollen wir aufbauen.

Wir erwarten kurzfristig einen Vorschlag der Verwaltung. Ich bin zuversichtlich, dass unser neuer Baudezernent engagiert und zügig an dieser Richtlinie arbeiten wird.

(Ralph Sterck [FDP]: Das ist eine Drohung!)

Gemeinsam mit der Bauwirtschaft, Investoren und Interessenverbänden wollen wir ein erfolgreiches Modell für Köln erarbeiten. In diesem Sinne bitte ich um Unterstützung unserer Antragsinitiative. - Danke schön.

(Beifall bei SPD und Bündnis 90/Die Grünen)

Noch ein Satz zum Ergänzungsantrag der CDU: Die CDU möchte noch einen Punkt 4 hinzufügen. Dieser lautet wie folgt:

Die vorgenannten Planungen dürfen weder zu Mietsteigerungen im frei finanzierten Wohnungsbau, noch zu höheren Preisen für Eigentumswohnungen bzw. Einfamilienhäusern führen. Auch für Bürgerinnen und Bürger, die die Einkommensgrenzen für einen Wohnungsberechtigungsschein nicht erreichen, muss Wohnen in Köln attraktiv und leistbar bleiben.

Das ist ein Punkt, den wir gerne übernehmen können. Ich freue mich, dass wir dieses Projekt

gemeinsam angehen. Denn je breiter das Ganze getragen wird, desto besser ist es und desto erfolgreicher sind wir. - Danke schön.

(Beifall bei SPD und Bündnis 90/Die Grünen)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Wir kommen dann zu Frau Moritz.

**Barbara Moritz** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Darf ich ein bisschen Eigenwerbung machen? Unsere allseits beliebte Zeitung

(Die Rednerin hält die Zeitschrift *Rathaus Ratlos* hoch)

macht ganz groß auf mit „Eigentum verpflichtet“. Ich will das mal vorausschicken; denn das ist die eigentliche Idee, die dahintersteht. Die sozial gerechte Bodennutzung, hier „Kooperatives Baulandmodell“ genannt - das ist im Prinzip dasselbe, nur in einem anderen Gewand -, setzt auf § 1 Abs. 6 des Baugesetzbuches auf, in dem davon die Rede ist, dass mit der Bauleitplanung eine soziale Verantwortung verbunden ist. Darauf setzen wir.

Ich will jetzt nicht alles wiederholen, was Herr Zimmermann schon gesagt hat; denn ein Teil dessen, was ich sagen wollte, hat er schon vorgetragen. Ich möchte hier keinen langweilen. Daher möchte ich auf den Prozess eingehen. Warum hat es eigentlich so lange gedauert: von 2006 bis heute?

(Ralph Sterck [FDP]: Das ist nur die Schuld vom Beigeordneten! Das haben Sie doch gehört!)

- Also, wollen Sie meine Meinung hören oder nicht?

(Ralph Sterck [FDP]: Sie wollen doch dem Kollegen nicht widersprechen!)

Ich sage Ihnen, was ich glaube, warum das so lange gedauert hat. Wir haben nämlich großen Wert darauf gelegt, eine lange Debatte darüber zu führen: mit den Akteuren des Wohnungsmarktes und auch mit anderen gesellschaftlichen Kräften, die nicht gerade im rot-grünen Lager angesiedelt sind, beispielsweise mit der IHK. Wir wollten, dass die IHK das unterstützt; denn wir wollen ja nichts gegen die Wirtschaft machen, sondern wir wollen

mit der Wirtschaft im Prinzip eine Kooperation eingehen, um mehr Wohnraum zu schaffen.

Ich kann mich gut daran erinnern, wie dieses Hearing damals abgelaufen ist. Ich weiß nicht, ob Sie damals beim Hearing dabei waren, Herr Sterck. Bevor die Verwaltung ihre Gäste auffordern konnte, Erfahrungen aus anderen Ländern vorzutragen, wusste die IHK schon, welche Schlüsse daraus zu ziehen sind. Das ist sehr interessant. Man geht in ein Hearing, man hört - -

(Zuruf von Ralph Sterck [FDP])

- Ach, ist das anstrengend, wenn einer immer dazwischen quatscht.

(Ralph Sterck [FDP]: Wie in der Schule!)

- Ich mache das auch immer, deswegen nehme ich Ihnen das nicht übel. Trotzdem ist das anstrengend, weil ich nämlich gerade versuche, Ihnen nicht meine schriftlich vorbereitete Rede zuzumuten, sondern frei zu sprechen. Sie aber quasseln dauernd dazwischen. Herr Oberbürgermeister, ich finde das anstrengend.

(Martin Börschel [SPD]: Ich würde den Sterck in die Ecke stellen! Oder auf die stille Treppe!)

Ich wollte gerade von diesem Hearing erzählen. Die Verwaltung hatte aus verschiedensten Städten - kleinen und großen, darunter auch Hamburg und München - Verwaltungsmitarbeiter eingeladen, die vorgetragen haben, welche Erfahrungen mit diesem Modell bereits gemacht worden sind. Die IHK wusste vorher schon, welche Schlüsse man aus diesen Erfahrungen ziehen muss. Das finde ich ausgesprochen traurig, und das hat mich sehr enttäuscht.

Anders war es dann im Wohnungsbauforum; denn in der Zeit von 2005 - als sich die einjährige Große Koalition glücklicherweise dem Ende zuneigte - bis heute, gab es sechs unterschiedliche Beschlüsse zu einem ganzen Instrumentenkoffer der Wohnungspolitik. Es war also hier immer ein Thema, das uns alle sehr umgetrieben hat, ein Thema, das übrigens jeden Tag in den Medien in allen Wachstumsstädten Deutschlands ist.

Noch eine Randbemerkung: Köln ist übrigens die letzte der Wachstumsstädte in Deutschland, die noch kein Modell der sozial gerechten Bodennutzung hat. Auch das ist interessant.

Dann sind wir mit dem Thema ins Wohnungsbauforum gegangen. Das war wiederum interessant, auch weil sich die Akteure, das heißt Investoren und Finanziers, gegenüber diesem Modell sehr viel aufgeschlossener gezeigt haben. Was haben sie daran so geschätzt? Sie haben sich davon drei Dinge versprochen: erstens gleiche Bedingungen für alle - das ist in Köln nämlich noch lange nicht der Fall -, zweitens Planungssicherheit und drittens Transparenz. Das war es, was sie sich erhofften, und das ist gut.

Ich bin auch dafür, den Änderungsantrag der CDU zu beschließen. Ich finde, er schadet nichts, aber er nützt auch nichts, weil man das, was die CDU vorschlägt, gar nicht überprüfen kann.

(Ralph Sterck [FDP]: Wenigstens ehrlich sind Sie!)

- Ich bin ehrlich. Im Ziel sind wir uns einig, Herr Sterck. Wenn man sich im Ziel einig ist, dann kann man das unterstützen, muss aber überlegen, mit welchen Maßnahmen man sein Ziel am besten erreichen kann.

Eines steht fest, Herr Klipper: Je mehr Wohnungen wir bauen, umso positiver wirkt sich das auf die Mietentwicklung aus. Das ist einfach so. Das Angebot muss ausgeweitet werden, insbesondere für Menschen, die das nicht selber bezahlen können, und auch für diejenigen - das sage ich in Richtung Verwaltung; das könnte auch in ein für Köln maßgeschneidertes Programm aufgenommen werden -, die knapp über den Transferleistungsgrenzen liegen, damit auch sie preiswerte Wohnungen beziehen können. Das sind nämlich die Menschen, die am meisten gekniffen sind. Auch für sie wollen wir ein Angebot vorhalten. Das würde allerdings bedeuten, dass die Miete deutlich unter der 10-Euro-Marke liegen muss. Zwischen 5,25 Euro und der 10-Euro-Marke ist ja noch ein sehr großer Unterschied.

Ein Schlusssatz: Meine Damen und Herren, wir möchten dieses Instrument auch dafür einsetzen, damit sich die Mischung in den Stadtteilen verbessert. Deshalb wollen wir auf jeden Fall auch eine sozialräumliche Betrachtung in dieses maßgeschneiderte Kölner Modell einfließen lassen. Ich hoffe, dass die Verwaltung es schafft, dass wir wirklich Mitte des Jahres 2013 einsteigen können. Wir hoffen natürlich, dass wir damit wirklich auch alle Ziele - wir sind

uns ja eigentlich alle einig, dass wir das wollen - treffsicher erreichen. - Danke schön.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Danke schön, Frau Moritz. - Dann Herr Klipper, bitte.

**Karl-Jürgen Klipper** (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich glaube, wir müssen die ganze Sache unter dem Aspekt betrachten: Sind Wohnungen in Köln überhaupt noch bezahlbar? Unter Beachtung dieses Aspekts werden wir beurteilen können, ob Ihr Antrag hilfreich ist, den Mietpreisanstieg und den Preisanstieg für Wohnungen in Köln zu dämpfen, ja oder nein. Sollte das nämlich nicht gelingen, werden wir der Vorlage, die ja im März, April oder Mai vorgelegt werden soll, nicht zustimmen. Ich sage das nur, weil die Erfahrungen, die Stuttgart, München und Hamburg mit diesem Modell gemacht haben, bezüglich der Mietpreisentwicklung äußerst negativ ausfallen.

Gestatten Sie mir einen kurzen Rückblick. Seit Jahren wird in der Stadtgesellschaft beklagt, dass es in Köln - Frau Moritz und Herr Zimmermann haben es schon gesagt - zu wenig preiswerte Wohnungen gibt. Der Anteil des öffentlich geförderten Wohnungsbaus an der Gesamtzahl ist zu gering. Insbesondere in den letzten fünf Jahren - das muss man klar feststellen - haben sich die Mietpreise im frei finanzierten Wohnungsbau extrem nach oben entwickelt. Die Preissteigerungen bei Eigentumswohnungen, Einfamilienhäusern und Mietwohnungen sind so extrem, dass die Leute das kaum noch bezahlen können.

Aber, meine Damen und Herren von Rot-Grün, das war abzusehen. Ich habe im Wohnungsbauforum - es gab ja mehrere - immer wieder das Problem benannt, nämlich: Wenn wir nicht an Planungsgeschwindigkeit zulegen - das heißt, wenn Bauland ausgewiesen wird, müssen sofort Grundstücke zur Verfügung gestellt werden -, können wir so viel beschließen wie wir wollen, dann passiert nichts. Das ist nach meiner Auffassung der entscheidende Punkt, an dem wir etwas ändern müssen.

Seit 2006 hat Rot-Grün - Barbara Moritz hat es eben erwähnt - jedes Jahr einen Antrag zum Wohnungsbau gestellt. Meist kam er im

November/Dezember; das war der Jahresaufschlag.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Und im September!)

- Ja, einmal kam er schon im September.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Sommer!)

- Einmal kam er sogar schon im Mai, nämlich als das neue Modell vorgestellt wurde. Ja, auch das gab es.

Lassen Sie mich aber über diese Ihnen ja scheinbar unheimlich wichtigen Termine hinweggehen und stattdessen festhalten, was aus Ihrer Forderung „Wir wollen jedes Jahr 1 000 neue öffentlich geförderte Wohnungen schaffen“ geworden ist. Ergebnis: Dies wurde kein einziges Mal erreicht. Die Zahl öffentlich geförderter Wohnungen lag bei jährlich 300 bis 400 - mehr nicht.

Wir wollten insgesamt jährlich 3 500 neue Wohnungen - als Einfamilienhaus, Eigentumswohnung oder Mietwohnung - schaffen. Auch diese Zahl ist in der Zeit von 2006 bis heute nie erreicht worden. Nie! Eher waren es 500 bis 600 Wohnungen weniger. Es waren teilweise unter 3 000 wie in 2007. Aber das Ziel, 3 500 Wohnungen im Jahr zu schaffen, ist nie erreicht worden.

Wir wollten alle Wohnungsbaufördermittel in Düsseldorf abrufen. Auch dies ist nicht erfolgt. Das lag am System: dreimal gefordert, aber nie passiert. Für das Wohnungsbauprogramm, das Sie aufgelegt haben, ist keine müde Mark abgeflossen.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Also, bitte bei der Wahrheit bleiben!)

- Als ich das abgefragt habe, habe ich genau diese Auskunft erhalten. Das ist so. Wenn es anders ist, muss die Verwaltung sagen, wie viel abgeflossen ist. Ich will damit nur sagen, dass von dieser Seite nicht viel passiert ist.

Infolge des enormen Ansturms von Studenten haben wir frühzeitig gefordert - uns allen war bekannt, dass die doppelten Abiturjahrgänge kommen -, dass Studentenwohnungen geschaffen werden. Was ist passiert? Nichts.

Also: Von diesen fünf, sechs Initiativen, die gestartet worden sind, hat Rot-Grün nichts

umgesetzt. Zusammenfassend lässt sich sagen: Viel Wind erzeugt, Hoffnungen geweckt, Ergebnisse dürftig und Problemlösungen nicht vorhanden. Grund dafür ist, dass es keinerlei politische Konzeption von SPD und Grünen gibt, mit deren Hilfe die Probleme gelöst werden können.

Ich will das an ein paar Beispielen aus den letzten zwölf Monaten deutlich machen: Man reibt sich an kleinsten - kleinsten! - Bebauungsplänen, weil Klientelpolitik im Vordergrund steht, wie zum Beispiel bei der Ohmstraße in Porz. Man verzögert in Mülheim die Wohnbebauung wegen einer schrägen Ebene. SPD und Grüne lehnen in der BV Rodenkirchen - ich sage extra BV - die Hinterlandbebauung ab, weil fünf Häuser in einem Gebiet von 6 000 Quadratmeter Grundfläche zu viel sind.

(Michael Zimmermann (SPD): Ihr aber auch!)

- Nein, wir haben zugestimmt. Die Grünen lehnen die weitere Bebauung im Sürther Feld ab. Das sind die Beschlüsse aus der letzten BV; Sie können das ja noch einmal nachlesen.

Für mich stellt sich daher die Frage: Wie soll dann ein so massives Problem wie das der fehlenden Wohnungen gelöst werden? Ich sage es noch einmal ganz deutlich, auch wenn ich mich jetzt wiederhole: Das kann nur durch verbesserte und schnellere Abläufe in der Verwaltung sowie mehr Grundstücksausweisungen gelöst werden. Ich sage hier ganz klar: Auch Randbebauung bzw. Erweiterung der Ränder an der Stadtgrenze muss einbezogen werden. Es müssen Innenverdichtungen durchgesetzt werden, auch gegen die eigene Klientel. Ich sage auch mit Blick auf Frau Berg: Wir müssen uns ebenso über Umnutzungen bei Brachen unterhalten, nämlich darüber, ob es nicht sinnvoller ist, Wohnungsbau im Innenstadtbereich zu realisieren, statt alte Strukturen zu erhalten. Auch das muss einbezogen werden. Ansonsten werden wir das Problem nicht lösen können.

Nun kommt ein neuer Antrag zur Wohnraumförderung in Form des kooperativen Baulandmodells. Wir stehen diesem Modell, Frau Moritz, das aus München abgekupfert ist, äußerst kritisch gegenüber, weil in München die höchsten Mieten und Mietpreissteigerungen in den letzten Jahren festgestellt wurden, trotz und gerade wegen der Einführung der sozialen Wohnraumordnung.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Och nö!)

Um dies einzudämmen - Frau Moritz, ich kann Ihnen gleich noch ein paar Zahlen nennen -, hat selbst der Deutsche Bundestag eine Mietpreisbegrenzung beschlossen - im Deutschen Bundestag als Lex München bezeichnet - und die Steigerung von 20 Prozent innerhalb von drei Jahren und auf 15 Prozent heruntergesetzt.

Die Mietpreissteigerungen sind so extrem, dass auch immer mehr Menschen mit mittlerem Einkommen gezwungen sind, aus ihrem Viertel wegzuziehen und weit ins Umland auszuweichen. Neben der Spekulation in einen boomenden Markt ist auch die Überwälzung der Kosten, wie Planungskosten, Bereitstellungskosten, Übernahme sozialer Infrastruktur, dafür verantwortlich, dass die Belastung der Bauträger und Grundstückseigentümer mit allgemeinen Kosten dazu führt, dass diese an die Wohnungseigentümer bzw. anschließend an die Mieter weitergeben werden müssen.

Dies - das sage ich ganz deutlich; das bringen wir auch in unserem Antrag zum Ausdruck - wollen wir nicht. Das Modell, das im April/Mai hier vorgestellt wird, muss ganz klar eine solche Zielsetzung haben.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Bis April!)

- Von mir aus bis April. - Ich sage das deswegen, weil wir es nicht mehr verantworten können, dass diese Preissteigerung letztlich dazu führen wird, dass es auch hier in Köln zu einer Gentrifizierung kommt.

Ich will noch einige Sätze zu München verlieren. In 15 Jahren sind nach diesem Modell auf Grundlage von über 100 Bebauungsplänen zwischen 1994 und 2005 insgesamt 8 450 öffentlich geförderte Wohnungen entstanden. Wenn Sie das umrechnen, stellen Sie fest: Das sind noch nicht einmal 550 Wohnungen pro Jahr. Auf diesem Modell basierte damals die gesamte Bauplanung in München. Das heißt, aufgrund dieses Modells - -

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Und ohne wären gar keine gebaut worden!)

- Das weiß ich nicht, ob dann keine gebaut worden wären. Die extreme Preissteigerung, Frau Moritz, dürfen Sie nie vergessen. München

ist, gemessen an Mieten, an Preisen für Grundstücke, für Einfamilienhäuser und Eigentumswohnungen der teuerste Fleck, den es in ganz Deutschland gibt.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Das hat doch nichts mit sozialem Wohnungsbau zu tun!)

- Doch, das hat auch damit zu tun, weil die Kosten überlagert werden. Sie blenden das immer aus, Frau Moritz. Fragen Sie doch mal die Leute, wie die Kosten entstehen. Alle diese Posten werden hinzuaddiert. Das ist der Anfangspreis, auf den der Gewinnaufschlag kommt.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Ist doch widersprüchlich!)

- Natürlich, das ist so. Wir werden uns ja noch im Einzelnen damit zu beschäftigen haben.

Unsere Zielsetzung ist, jede Möglichkeit auszuloten, um neuen preiswerten Wohnraum zu schaffen, sowohl für Studenten als auch für die anderen. Da Sie unseren Ergänzungsantrag übernommen haben, werden wir Ihrem Antrag heute zustimmen, werden aber - das sage ich heute auch ganz klar -, sobald der Vorschlag von der Verwaltung vorliegt, ganz genau prüfen, welche Effekte damit erzielt werden. Erst dann werden wir entscheiden, ob wir diesem Modell zustimmen, ja oder nein. - Danke.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Aber vorher schon dagegen stimmen!)

- Nein, ich habe nicht dagegen gestimmt.

(Beifall bei der CDU)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Danke, Herr Klipper. - Wir kommen dann zu Herrn Sterck.

**Ralph Sterck (FDP):** Werter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Als wir den Antrag das erste Mal bei uns in der Fraktion beraten haben, hat Ulrich Breite gesagt, bei „kooperativ“ falle ihm direkt ein, das könne eigentlich nur Sozialismus bedeuten. - Viel anders hört es sich hier jetzt auch nicht an.

Ich bin Ihnen ja dankbar, Frau Moritz, für die sehr ehrliche Rede, die Sie hier gehalten haben. Sie

haben gesagt: Das ist genau dasselbe, was wir schon 2006 beschlossen haben. Es ist halt alter Wein in neuen Schläuchen. Jetzt wurde nur der Begriff ausgetauscht: 2006 hieß es: Entwicklung einer Kölner Richtlinie zur „Sozialgerechten Bodennutzung“, jetzt, 2012: Entwicklung einer „Kölner Richtlinie für ein kooperatives Baulandmodell“. Wenn nur der Titel ausgetauscht wurde und auch in Ihren Forderungen im Grunde keine neuen Aspekte genannt werden,

(Jörg Detjen [Die Linke.]: Die CDU stimmt jetzt dem Sozialismus zu!)

ist das eigentlich zu wenig, uns davon zu überzeugen, plötzlich doch zuzustimmen, nachdem wir im Jahre 2006 den entsprechenden Antrag abgelehnt haben. Denn die Bedenken, die wir haben, sind nach wie vor die gleichen. Das Modell, das Sie hier vorschlagen, macht den Investitionsstandort Köln ohne Grund teurer gegenüber unseren Mitbewerbern, insbesondere gegenüber denen hier auf der Rheinschiene.

(Beifall bei der FDP)

Die Effekte, die in München zu verzeichnen sind - Karl Klipper hat es eben angesprochen -, nämlich teures Bauen, teure Eigentumswohnungen, hohe Mieten, werden einfach von Ihnen ignoriert.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Und in Frankfurt und in Stuttgart und in Hamburg!)

Sie blenden das einfach aus und sagen, ohne dieses Modell wäre alles noch schlimmer. Möglicherweise ist ja dieses Modell ein Grund dafür, dass sich die Situation in München entsprechend verschlechtert hat.

Der Beschlussvorschlag, den SPD und Grüne hier vorlegen, besagt eigentlich nichts Neues. Man fragt sich: Muss man alten Ratsbeschlüssen immer wieder neue hinterherwerfen, um die Verwaltung endlich zum Arbeiten zu bekommen? Sie haben ja Gott sei Dank mit Herrn Streitberger einen CDU-Mann in der Verwaltung gefunden, dem Sie die Schuld dafür, dass sechs Jahre nichts passiert ist, in die Schuhe schieben können.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Ich habe dem gar nicht die Schuld gegeben!)

- Entschuldigung, dieser Vorwurf kam in der Co-Rede von Herrn Zimmermann. - Aber eigentlich

ist es doch Ihr SPD-Oberbürgermeister, der das alles zu verantworten hat, was in den letzten Jahren hier passiert ist.

(Beifall bei der FDP)

Jetzt stellen Sie hier wirklich kraftvoll neue Forderungen für das kooperative Baulandmodell.

(Martin Börschel [SPD]: Sag doch einfach, dass du dagegen bist!)

Sie sagen, es soll ein Vertragsmodell entwickelt werden. Sie wollen noch einmal bei den Institutionen darum werben, unter anderem auch bei der IHK, die Sie hier eben so gescholten haben. Sie wollen also noch einmal viel Liebesmüh investieren,

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Ist wahrscheinlich umsonst!)

um die IHK doch noch von Ihrem Modell zu überzeugen. Und Sie wollen auf die Erfahrungen anderer Städte zurückgreifen. Ja, meine Damen und Herren, all das, was hier beschlossen werden soll, ist doch eine Selbstverständlichkeit! Wenn wir ein Modell entwickeln, bei dem wir auf Erfahrungen anderer Städte wie München verweisen, ist es doch eine Selbstverständlichkeit, dass die Verwaltung die entsprechenden Erfahrungsberichte einholt.

(Beifall bei der FDP)

Deshalb muss man wahrscheinlich schon zu einer Pressekonferenz einladen, um diesen alten Wein in neuen Schläuchen verkaufen zu können und die Presse darauf aufmerksam zu machen.

(Martin Börschel [SPD]: Nur kein Neid!)

Mit diesem Antrag allein hätten Sie es wahrscheinlich nicht geschafft, in die Presse zu kommen, wobei die eigentliche Nachricht die Notwendigkeit ist, hier einen neuerlichen Antrag - jetzt mit einem anderen Titel - einzubringen; denn das ist eigentlich eine Ohrfeige für die Verwaltung, das ist eigentlich eine Ohrfeige für Ihren eigenen Oberbürgermeister, meine Damen und Herren.

(Martin Börschel [SPD]: Das sieht nur keiner außer dir so!)

Zum Änderungsantrag der CDU. Herr Klipper, Ihnen müssen ja die Ohren geklingelt haben, als Frau Moritz eben gesagt hat, dass sie den CDU-Antrag mit beschließen will, weil das ja nachher sowieso keiner überprüfen kann. Wenn Sie hier heute zustimmen und sich damit in die

Verantwortung begeben, sind Sie Rot-Grün auf den Leim gegangen.

(Beifall bei der FDP)

„Wasch mich, aber mach mich nicht nass“ - das ist das Motto. Hier soll massiv eingegriffen werden. Hier sollen massive Auflagen für Investitionen in Köln auferlegt werden. Aber das soll bitte keine zusätzlichen Kosten verursachen für die Nutzer, für Eigentümer, für Mieter. Meine Damen und Herren, das ist doch Augenwischerei!

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Willst du das denn haben?)

Dass Rot-Grün so leicht Ihren Änderungsantrag zu übernehmen bereit ist, Herr Klipper, das sollte Ihnen zu denken geben,

(Michael Zimmermann (SPD): Die CDU ist sozialistisch geworden! - Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Ich will wenigstens Einfluss haben! - Martin Börschel [SPD]: Du bist ja nur neidisch, dass du nicht dabei bist - Lachen bei der FDP)

wie billig Sie hier eingekauft werden. So billig war die CDU schon lange nicht mehr zu haben.

(Beifall bei der FDP - Martin Börschel [SPD]: Das ist der enttäuschte Liebhaber!)

Natürlich sind es fromme Wünsche, die Sie hier formulieren. Deswegen können wir uns da guten Gewissens enthalten.

(Martin Börschel [SPD]: Enthalten?)

Man kann ja gar nichts dagegen haben.

(Zurufe: Oh!)

Aber Sie können sicher sein: Bei der Endabstimmung über diesen geänderten Antrag werden Sie die Stimme der FDP nicht bekommen. Wir werden das ablehnen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Vielen Dank. - Wir haben eine weitere Wortmeldung von Herrn Detjen.

(Martin Börschel [SPD]: Ralph, jetzt lernst du mal, was Sozialismus ist!)

**Jörg Detjen** (Die Linke.): Genau. - Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Die Rede von Herrn Sterck war wenigstens ehrlich. Oder glauben Sie, meine Damen und Herren von SPD und Grünen, dass bei den Kollegen von der CDU das Ahlener Programm durchgedrungen ist? Ich glaube es nicht. Vielmehr glaube ich, dass die CDU die ganze Zeit über Herrn Streitberger die Umsetzung dieses Programms verhindern konnte. Jetzt schaltet sie um, weil sie keinen Dezernenten mehr hat, mit dessen Hilfe sie das verhindern kann

(Lachen bei der CDU)

- so ist es doch! -, und will Sand ins Getriebe streuen. Das ist doch im Prinzip die Strategie der CDU. Ob Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von SPD und Grünen, damit gut fahren, müssen Sie selber wissen. Wir würden den CDU-Antrag ablehnen, einfach weil er blödsinnig ist. Er ist so gesehen völliger Unsinn, weil Sie von der CDU gar nicht erfasst haben, um welches Problem es hier geht.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Sie haben es nicht kapiert!)

Herr Klipper, Sie haben es wahrscheinlich erfasst. Es geht nämlich um eine gewisse Umverteilung.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Genau!)

- Genau.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Deshalb hat die CDU natürlich gesagt: Wir wollen, dass die Einfamilienhäuser - -

(Zuruf von Ulrich Breite [FDP])

- Ja, natürlich. Klar haben Sie recht. Klar wird es, wenn es um ein Grundstück geht und die Verwaltung mit dem Investor verhandelt, gewisse Bestimmungen geben müssen. Herr Breite, wir sind doch völlig einig; wir haben nur völlig verschiedene Meinungen.

(Martin Börschel [SPD]: Oh, ihr seid euch einig mit der FDP! Das ist ja skandalös!)

- Wir sind uns im Dissens völlig einig.

Auch ich möchte das Beispiel München nennen. In München haben die Investoren gesagt: Liebe Verwaltung von München, unsere Grundstücke werden zum Teil von Gewerbefläche

umgewidmet in Wohngrundstücke. Wir wollen einen Ausgleich dafür haben. - Daraufhin hat die Verwaltung gesagt: Okay, dann verzichten wir darauf, 30 Prozent geförderte Wohnungen zu bekommen; das machen wir anders. Das hat die Fraktion der Linken im Münchner Stadtrat erfragt. Die Verwaltung hat das sogar zugegeben. Ergebnis bzw. Quintessenz der Umsetzung der Verwaltung war, dass der Anteil von sozial geförderten Wohnungen auf den entsprechenden Grundstücken nur noch circa 10 Prozent betrug. Daran können Sie erkennen, meine Damen und Herren, dass man sehr wohl Einfluss nehmen kann.

Frau Moritz, Sie haben gesagt, das kann man nicht überprüfen. - Selbstverständlich kann man gewisse Sachen überprüfen.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Aber nicht das, was Sie gesagt haben!)

- Nein, das natürlich nicht. - Aber man kann natürlich nach Abschluss von bestimmten Bauprojekten fragen, wie viele geförderte Wohnungen auf diesen Grundstücken gebaut worden sind. Das ist die Realität. Und deswegen versucht die CDU, jetzt Sand ins Getriebe zu streuen. Die FDP lehnt es gleich ganz ab; damit ist sie außen vor. Das ist ja auch ihr gutes Recht. Die CDU versucht, eine andere Strategie zu fahren. Aber ich glaube, Herr Klipper, Sie werden damit scheitern. Die Verwaltung wird nämlich in einigen Wochen bzw. Monaten - angestrebt ist im nächsten Vierteljahr - eine Verwaltungsvorlage vorlegen, in der sie die entsprechenden Auflagen festhalten wird.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Schauen wir uns an!)

Dann werden wir uns darüber streiten. Denn die von Ihnen vorgeschlagene Passage kann in der Verwaltungsvorlage gar nicht so drinstehen.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Warten wir mal ab!)

- Ich bin mir sicher, dass sie da nicht drinstehen wird.

Insofern können Sie von SPD und Grünen der CDU in dieser Frage nachgeben; das können Sie gerne machen. Ich würde es nicht machen, allein schon deshalb, um klar sagen zu können: So geht es nicht. Herr Klipper hat ja über sieben Jahre lang die Umsetzung dieses Projekts verhindert. Aber Frau Moritz hat immer gesagt: Wir müssen die CDU dabei haben, wir müssen

die CDU dabei haben. Sicher ist es gut, wenn man bei großen Entscheidungen die CDU dabei hat. Aber so ist es ja nicht. Deshalb, meine lieben Kolleginnen und Kollegen von den Grünen, freue ich mich, dass Sie jetzt langsam aufwachen und sagen: Das muss jetzt endlich vorangebracht werden.

Aber wir müssen auch die Fakten feststellen. Ich finde, es ist ein Skandal, dass im Jahre 2012 nur 210 geförderte Mietwohnungen in Köln gebaut worden sind - 210! -,

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Herzlichen Glückwunsch, dass Sie das auch schon erkannt haben!)

während im letzten Jahr noch 663 geförderte Mietwohnungen gebaut worden sind. Das ist doch eine Katastrophe! Ich frage Sie, Kolleginnen und Kollegen von der SPD und den Grünen, die Sie doch im Aufsichtsrat der GAG sitzen: Was findet denn da statt? Ich glaube Ihnen sogar, wenn Sie sagen: Die GAG hat von diesen 210 Wohnungen 180 gebaut. Aber die GAG hat auch schon mal mehr Wohnungen gebaut. Da muss sich doch was tun. Deswegen sind wir dafür, die GAG zu stärken. Es muss geklärt werden, wie die GAG stärker auftreten kann. Außerdem brauchen wir weitere Programme für studentisches Wohnen, Programme für die Unterbringung von Flüchtlingen und andere zusätzliche Programme.

Wenn es uns nicht gelingt, dieses Programm umzusetzen, und wir mit der sozialgerechten Bodennutzung in die Krise geraten, dann werden wir noch einmal darüber nachdenken müssen. Wir müssen aber auch darüber nachdenken, wie wir die GAG stärken und wie wir die GAG eventuell mit weiterem Eigenkapital so aufrüsten, dass sie mehr geförderte Wohnungen bauen kann. Das ist doch ganz klar. Ich glaube, wir sind da zeitlich deutlich im Verzug. Deswegen würde ich Ihnen den heißen Tipp geben: Hoffen Sie nicht auf Leute, die Sand ins Getriebe streuen wollen! Das ist nämlich nichts für Sie. - Danke schön.

(Beifall bei der Linken.)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Frau Moritz wollte gerne noch eine Bemerkung dazu machen, bevor wir zur Abstimmung kommen.

**Barbara Moritz** (Bündnis 90/Die Grünen): Es ist mir ein inneres Bedürfnis, dazu jetzt noch etwas

zu sagen. Wir wollen nicht gegen Investoren oder gegen Leute, die Wohnungen schaffen, etwas durchsetzen, sondern wir wollen mit diesen Leuten zusammen Wohnungen schaffen. Deshalb kommt es sehr wohl darauf an, wie man das macht. Das macht man nicht in einem Durchmarsch. Vielleicht unterscheidet uns das, Herr Detjen. Wir wollen ausdrücklich auch, dass diejenigen, die sich an solche Richtlinien und Verfahren halten, einen Vorteil gegenüber denen haben, die unter Eigentumsbildung immer nur verstehen: Raffen, raffen, raffen und nicht zurückgeben! Das ist ein Unterschied. Das steht sogar in unserem Grundgesetz: „Eigentum verpflichtet“.

(Beifall bei Teilen von Bündnis 90/Die Grünen)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Okay. Danke schön noch mal. - Herr Bürgermeister Wolf will noch eine Bemerkung machen.

**Manfred Wolf** (FDP): Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Hier wird sich ja immer auf die Stadt München berufen. Ich bin sicher, dass Herr Ude, der dort Oberbürgermeister ist, selber nicht daran glaubt. Ich erinnere an den letzten Hauptausschuss des Deutschen Städtetages - Herr Ude ist ja Vorsitzender des Deutschen Städtetages -, wo er einen Beschluss zur Begrenzung von Mietpreissteigerungen ausdrücklich ergänzt hat um die Zielstellung, die Investitionsbereitschaft der Investoren zu fördern. Das heißt, an sein eigenes Modell, nämlich das in München, glaubt er wohl selber nicht mehr.

(Beifall bei der FDP)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Okay. Vielen Dank, Herr Wolf. - Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Dann können wir zur Abstimmung kommen.

Zunächst kommen wir zur Abstimmung über den Änderungsantrag der CDU. Wer dafür ist, bitte ich um das Handzeichen - -

(Martin Börschel [SPD]: Den haben wir mit einem Satz davor übernommen! - Michael Zimmermann [SPD]: „Dabei ist darauf zu achten, dass ...“!)

- Der Änderungsantrag ist übernommen worden. Das heißt: Wir haben einen gemeinsamen

Antrag. Dann lasse ich jetzt abstimmen über den gemeinsamen Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der CDU. Wer dafür ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen der SPD, der Linken, der Grünen, der CDU sowie Herr Zimmermann. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist der Antrag so angenommen.

(Beifall)

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 4.1.4:

**4.1.4 Antrag der CDU-Fraktion betreffend  
"Wiederwahl des Beigeordneten für  
Kunst und Kultur"  
AN/1949/2012**

Wie eingangs beschlossen, werden wir diesen Antrag gemeinsam mit dem Antrag zu TOP 4.1.7 beraten und beschließen, den ich nun ebenfalls aufrufe:

**4.1.7 Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion,  
der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und  
der FDP-Fraktion betreffend  
"Besetzungsverfahren Dezernat VII -  
Kunst und Kultur"  
AN/1966/2012**

Bei mir sind keine Wortmeldungen eingegangen. Ich gehe davon aus, dass hier keine Personaldebatte geführt werden soll. Deswegen kommen wir direkt zur Abstimmung.

Wir stimmen zunächst über den CDU-Antrag - -

(Zuruf von pro Köln: Herr Oberbürgermeister! - Gegenruf von Andreas Köhler [CDU]: Wir sind in der Abstimmung! - Weitere Zurufe von pro Köln)

- Wir sind in der Abstimmung.

(Markus Wiener [pro Köln]: Ich habe mich gemeldet!)

- Ich habe Sie von hier aus nicht sehen können. Wir sind schon mitten in der Abstimmung. Dann hätten Sie sich früher offen melden müssen. Ich habe es nicht gesehen.

(Weitere Zurufe von pro Köln)

Ich habe in Ihre Richtung geschaut und habe kein - -

(Zuruf von Jörg Uckermann [pro Köln])

Also: Wir sind in der Abstimmung. Wer für den Antrag der CDU-Fraktion ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion der CDU und die Fraktion pro Köln sowie Herr Zimmermann. Wer enthält sich? - Enthaltungen bei der Fraktion Die Linke. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über den Änderungsantrag von Herrn Hoffmann unter 4.1.7. Wer für den Änderungsantrag ist, bitte ich um das Handzeichen. - Keiner. Enthaltungen? - Keine. Damit abgelehnt.

Damit kommen wir zur Abstimmung über den Antrag von SPD, Grünen und FDP zu TOP 4.1.7. Wer für diesen Antrag ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion der SPD, die Grünen und die Fraktion der FDP. Wer enthält sich? - Bei Enthaltung der Fraktion Die Linke. ist der Antrag so angenommen.

(Dr. Ralph Elster [CDU]: Wie hat denn der Oberbürgermeister abgestimmt?)

- Er ist mit dafür.

(Dr. Ralph Elster [CDU]: Für was?)

- Für den Antrag, der zum Schluss abgestimmt worden ist und die Mehrheit gefunden hat.

Tagesordnungspunkt 4.1.5:

**4.1.5 Antrag der FDP-Fraktion betreffend  
"Resolution für unabhängigere  
Oberbürgermeister"  
AN/1891/2012**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Herr Houben, bitte.

**Reinhard Houben** (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Es geht ja um Sie, Herr Oberbürgermeister. Ich weiß, nicht mehr viele hier im Saal erinnern sich an die alte, sogenannte britische Verfassung mit Oberbürgermeister und Oberstadtdirektor.

(Manfred Waddey [Bündnis 90/Die Grünen]: Die war gut! Die war sehr gut!)

- Herr Waddey, vonseiten des Rates sind wir vielleicht mit die letzten, die das noch mitbekommen haben.

(Lachen bei Barbara Moritz (Bündnis 90/Die Grünen))

- Ja, so ist das. Der Kollege Bacher war noch dabei, vielleicht auch noch Herr Jung und Herr Ensmann.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Ich auch! Aber da waren Sie gerade nicht mehr da!)

Aber es ist eindeutig eine Minderheit, die sich daran noch erinnern kann.

Und, wer hat's gemacht: die SPD. Sie hat damals die Änderung in der Gemeindeordnung umgesetzt, um einen stärkeren Oberbürgermeister zu installieren, der sich stärker gegen die Oberstadtdirektoren durchsetzen kann, die in den Städten ja häufig das eigentliche Geschäft in der Hand hatten.

Ich habe den Eindruck, dass diese Änderung in der Gemeindeordnung in den Städten unterschiedlich ausgelebt worden ist und auch die Auswahl der Kandidatinnen und Kandidaten sehr unterschiedlich gehandhabt worden ist. Wir haben - das möchte ich doch zu bedenken geben - es hier mit einem ganz besonderen Status zu tun; denn der Oberbürgermeister ist im Gegensatz zur Bundeskanzlerin oder zur Ministerpräsidentin direkt gewählt. Es gibt eigentlich keinen größeren politischen Vertrauensvorschuss als den, den ein Oberbürgermeister durch die direkte Wahl in seiner jeweiligen Stadt oder Gemeinde erhält. Ich finde, das ist ein sehr hohes Gut.

Ich finde es unehrlich, dass gerade SPD und Grüne im Landtag diese Unabhängigkeit durch die Zusammenlegung der Termine wieder schwächen möchte.

(Beifall bei der FDP - Martin Börschel [SPD]: Herr Houben, mir kommen die Tränen!)

Es geht ja darum, meine Damen und Herren, dass man offensichtlich nicht mehr möchte, dass sich eigenständige Persönlichkeiten neben der jeweiligen Ratsmehrheit entwickeln können. Man ist natürlich immer gerne bereit, wie gerade bei der Wahl des Bundespräsidenten, lauthals zu fordern: Ja, wir brauchen eine Direktwahl; aber an der einzigen Direktwahl, die wir in diesem Lande haben, wird herumgefummelt.

(Beifall bei der FDP)

Da wird geändert und dadurch die Reputation der zu Wählenden reduziert. Deswegen haben wir im Landtag den Antrag eingebracht - ich bin mir sicher, wir werden für unseren Antrag hier im

Rat keine Mehrheit bekommen; deswegen bin ich völlig entspannt -, die Amtszeit der Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeister zu verlängern. Wir glauben, dass man durch eine Verlängerung auf acht Amtsjahre durchaus auch andere Persönlichkeiten und Menschen mit einer anderen Entwicklung dafür gewinnen kann, sich für dieses wichtige Amt zur Verfügung zu stellen.

Erlauben Sie mir zwei Bemerkungen zur Kölner Situation; denn ich glaube, in der größten Stadt Nordrhein-Westfalens muss man das anders diskutieren als vielleicht in Hückeswagen-Kobenhofen. Wir stellen hier die Frage in den Raum - das ist in der Presse auch breit diskutiert worden -: Wie ist eigentlich die Vergütung des obersten Repräsentanten der Stadt Köln im Verhältnis zur Bezahlung der Kollegen Steinkamp und Fenske zu sehen? Sie sitzen jetzt gerade hier; tut mir leid, dass Sie dafür zur Verfügung stehen müssen. Aber diese Frage muss natürlich in der politischen Diskussion gestellt und unter Umständen auch beantwortet werden.

(Winrich Granitzka [CDU]: Genau!)

Interessant in diesem Zusammenhang ist, dass die Stadt Köln früher - Herr Granitzka, Sie wissen es? Nein, Sie wissen es nicht -, zum Beispiel mit Konrad Adenauer, die Vergütung frei ausgehandelt hat. Das war eben keine Position eines oberen Verwaltungsbeamten,

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:  
Ach, es geht um Geld!)

sondern es war eine Managementaufgabe, deren Vergütung frei ausgehandelt wurde, wie zum Beispiel mit dem Chef der Stadtwerke oder dem der KVB oder dem der Sparkasse, also durchaus ein anderes Modell.

Wir von der FDP sind ja nun wirklich nicht vom Neidkomplex geplagt.

(Lachen beim Bündnis 90/Die Grünen)

Aber ich finde, man sollte auch diese Frage durchaus offen diskutieren dürfen und welche Verantwortung größer ist: diese Stadt zu führen oder den Schwimmbadbetrieb in unserer Stadt zu organisieren. Ich finde, das muss man diskutieren dürfen.

(Beifall bei der FDP)

Herr Börschel, Ihre Partei hat ja über Jahre hinweg eine äußerst interessante Konstruktion gewählt. Ich finde es ein wenig bedenklich, dass

im Kraftzentrum dieses Rates der Fraktionsvorsitzende über eine Tätigkeit im Landtag und weitere Aufgaben durchaus finanziell freier und vielleicht weniger belastet ist als der Oberbürgermeister unserer Stadt Köln. Auch das muss man mal diskutieren.

(Beifall bei der FDP sowie bei Teilen der CDU)

Letzte Bemerkung: Das ist eine persönliche Bitte an Sie, Herr Oberbürgermeister. Es gibt nun die Diskussion - und die halte ich für wirklich gefährlich -, zu sagen: Um Termine zusammenzulegen, finden wir einen mehr oder minder eleganten Weg, dass die Oberbürgermeister irgendwann zurücktreten, freiwillig. - Vor dem Hintergrund des Vertrauens, das Sie von den Kölner Bürgern bekommen haben, bitte ich Sie, unabhängig von der juristischen Betrachtung, darauf zu verzichten, von Ihrem Amt zurückzutreten, nur um eine terminliche Trickserie zu erleichtern. - Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP sowie bei Teilen der CDU)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Gibt es weitere Wortmeldungen? - Herr Börschel, bitte.

**Martin Börschel** (SPD): Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Eines vorweg, weil sich Herr Houben ja Gedanken bzw. Sorgen um die Einkommenssituation des Oberbürgermeisters gemacht hat: Sie können sicher sein, dass der Oberbürgermeister wie auch ich selbst nach dem Einkommensteuertarif, den die SPD auf Bundesebene vorgeschlagen hat, den Spitzensteuersatz bezahlen müssen, und das täten wir auch gerne, wenn die SPD die Bundesregierung stellt.

Man muss bei Ihrem Antrag, Herr Kollege Houben, ein Stück weit in die Vergangenheit schauen. Ob man allerdings so weit zurückschauen muss, wie Sie es gemacht haben, nämlich bis zur Übernahme der britischen Kommunalverfassung, sei dahingestellt. Eines aber ist richtig: Zu dem besten, was die britische Kommunalverfassung uns in Nordrhein-Westfalen hinterlassen hat, gehörte und gehört es, dass Rat und Oberbürgermeister eine Verantwortungsgemeinschaft bilden. Das war nämlich das Sinnbild der britischen

Kommunalverfassung, das wir hier in Nordrhein-Westfalen übernommen haben.

Zur Stärkung der Verantwortungsgemeinschaft von Oberbürgermeistern und Räten gehört eben, auch gegenüber dem Wahlvolk zu dokumentieren, dass man das, was man wählt, am besten an einem Tag macht, weil man damit zeigt: Da steht nicht der eine über den anderen, sondern wir arbeiten gemeinsam für das Wohl dieser Stadt. Und das können, glaube ich, die Bürgerinnen und Bürger in einem Wahlakt sehr, sehr gut auseinanderhalten. Das haben sie in all den Jahren und Jahrzehnten in anderen Bundesländern immer wieder ordentlich dokumentiert.

Ich will etwas weniger weit in die Vergangenheit zurückblicken. Es beginnt nämlich mit einem klassischen Fehler bzw. einem klassischen Kuhhandel, den, wenn ich mich recht erinnere, die schwarz-gelbe Landesregierung im Jahr 2007 verbrochen hat. Da haben nämlich CDU und FDP zwei Dinge verabredet und damit den - übrigens seit Jahrzehnten bestehenden - breiten Konsens in kommunalverfassungsrechtlichen Fragen im Land verlassen: Sie haben zum einen gemeinsam gegen die rot-grüne Opposition durchgeboxt, dass die Stichwahl für die Wahlen von Oberbürgermeistern und Landräten abgeschafft wird, und sie haben zum anderen verabredet, dass die Wahlen von Räten und Hauptverwaltungsbeamten entkoppelt werden.

Ich habe ja eben gesagt: Das war ein Kuhhandel. Ja, ganz klassisch. Das eine wollte nämlich unbedingt die CDU: Die CDU wollte die Stichwahl abschaffen, weil sie ganz minutiös errechnet hatte,

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Aber falsch!)

über viele Jahre rückwärts, dass die Abschaffung der Stichwahl für die CDU in der Wahl der Hauptverwaltungsbeamten einen Wahlvorteil bringt. Deswegen wollte sie das unbedingt haben und hat dafür die FDP eingekauft. Und was hat die FDP dafür bekommen? Die Entkopplung der Wahlen. Diese wollte die CDU eigentlich nicht so richtig, hat sie aber der FDP zuliebe dann gemacht, damit diese vielleicht in einer der 396 Gemeinden in Nordrhein-Westfalen auch mal einen Bürgermeister oder eine Bürgermeisterin stellen kann. Das Schöne daran ist: Beides wird korrigiert.

Allerdings ist es mit dem Korrigieren nicht so einfach. Man stellt auch an dieser Stelle mal

wieder fest, dass Kaputtmachen schneller und leichter geht als Reparieren. Immerhin: Die Wiedereinführung der Stichwahl haben wir in der Minderheitsregierung gemeinsam - SPD, Grüne und FDP - hinbekommen. Herzlichen Dank dafür, dass Sie sich damals aus diesem Kuhhandel entlassen haben! Die CDU hat jetzt im Landtag freundlicherweise signalisiert, dass sie sich vorstellen kann, gegen die FDP wieder eine Zusammenlegung der Wahlen von Oberbürgermeistern und Räten hinzubekommen. Insofern haben wir also diesen schwarz-gelben Knubbel jetzt wieder entwirrt. Mit den einen machen wir das eine, und mit den anderen das andere. Das ist doch gut, und darüber freue ich mich.

(Beifall bei der SPD sowie bei Teilen von Bündnis 90/Die Grünen)

Noch einmal: Das wird ein bisschen kompliziert, wie gerade schon angedeutet. Insofern hat die rot-grüne Regierung angekündigt, dass wir in einer Expertenanhörung sehr offen überlegen werden, welchen Weg wir am besten wählen müssen, um dieses Ziel - gemeinsame Wahl von Oberbürgermeistern und Räten - hinzubekommen. Dazu liegen verschiedene Vorschläge auf dem Tisch.

Der Vorschlag der CDU lautet: Sie möchte eine Zusammenlegung der Wahlen, will diese aber erreichen, indem die jetzt gerade laufende Wahlperiode der Räte um ein Jahr, nämlich bis 2015, verlängert wird. Dann hätten wir also 2015 die gemeinsame Wahl von Oberbürgermeistern und Räten - übrigens schlägt die CDU eine Amtszeit von sechs Jahren vor - und dann kontinuierlich wieder die gleiche Amtszeit. Das wird geprüft. Das haben wir versprochen. Ich bekenne ganz offen, dass wir verfassungsrechtliche Bedenken haben, weil wir es für ein großes Problem halten, in eine bereits laufende Wahlperiode einzugreifen. Das tut man eigentlich nicht. Üblicherweise sagt man, wenn man etwas am Wahlrecht ändert: immer nur für die Zukunft, nie für die laufende Periode. Aber wir werden ja hören, was die Experten dazu sagen.

Demgegenüber liegt der rot-grüne Vorschlag auf dem Tisch. Er wird genauso geprüft. Die Kolleginnen und Kollegen der CDU im Landtag haben gesagt, das gehen sie genauso ergebnisoffen an. Wir schlagen vor, erst im Jahr 2020 die erste zusammengelegte Wahl durchzuführen, eben weil - ich wiederhole mich da - Reparieren schwerer ist als Kaputtmachen. Daraus folgt, wenn es denn so kommt: Einmalig

wird der nächste Rat auf sechs Jahre und ein paar Zerquetschte gewählt, sodass wir dann im Jahr 2020 die Wahlen wieder auf einem Termin haben.

Es gäbe zwar theoretisch die Möglichkeit, das auch schon 2014 hinzubekommen. Darauf hat Herr Kollege Houben eben hingewiesen. Aber ob das möglich ist, ist zum einen eine Frage, die der Gesetzgeber beantworten muss - das müssen wir sehen; auch das wird in der Expertenanhörung geprüft -, und zum anderen ist es natürlich eine autonome Angelegenheit der jeweiligen Amtsinhaber, wie sie damit umgehen wollen.

Wenn Sie aber, Herr Kollege Houben, für die Begründung Ihrer Überlegung, die Wahlen zu trennen, anführen, durch die bisherige Trennung sei ermöglicht worden - ich zitiere aus Ihrem Antrag -, „dass sich die Bürgerinnen und Bürger für parteiunabhängige Bewerberinnen und Bewerber entscheiden konnten“, dann ist das eine völlig substanzlose Behauptung. Sie können keinen Beleg dafür anführen, dass das tatsächlich so gekommen ist, sondern Sie stellen hier in Ihrer Begründung einen Zusammenhang dar, den es in der Realität überhaupt nicht gibt. Deswegen muss man das auch zurückweisen.

In einem haben Sie vom Grundanliegen allerdings recht - auch das wird im Rahmen der Expertenanhörung im Landtag mit überprüft werden können -: Es gibt auch aus unserer Sicht aus vielen Gründen einen eindeutigen Vorteil bei Bewerberinnen und Bewerbern, die sich für das Amt eines Hauptverwaltungsbeamten bewerben, die aus dem öffentlichen Dienst kommen. Das liegt vermutlich an der versorgungsrechtlichen Situation, weil es eine absolute Privilegierung derjenigen gibt, die sich aus dem öffentlichen Dienst heraus auf ein solches Spitzenamt bewerben. Im Sinne einer Gleichheit, im Sinne einer möglichst optimalen Kandidatenauslese ist es natürlich richtig, über eine Dienstrechtsreform - das ist unser Alternativvorschlag - zu überlegen: Wie bekommt man über ein eigenständiges Dienstrecht von Hauptverwaltungsbeamten, das eben nicht mehr das Dienstrecht des öffentlichen Dienstes ist, tatsächlich eine wirklich breite Auswahlmöglichkeit für alle Berufsgruppen hin? Ich glaube, das ist in der Tat eine Diskussion wert. Das ist aus meiner Sicht aber auch der einzige richtige Gedanke, der aus Ihrem Antrag bzw. der Antragsbegründung hervorgeht. Dazu stehen wir auch zur Diskussion bereit. Die rot-grüne Regierung hat ja angekündigt, in der

Expertenanhörung auch diese Fragen mit in die Überprüfung zu geben.

Was wir auf Bitte der CDU - das habe ich gerade angedeutet - mit in die Überprüfung nehmen werden - das ist ein genereller Vorschlag -, ist: Will man tatsächlich die Wahlzeiten von Räten und Oberbürgermeistern gemeinsam auf sechs Jahre verlängern? Da spricht etwas dagegen, vielleicht spricht aber auch etwas dafür. Das sollten wir abwägen und schauen, was wir für richtig halten. Die CDU hat außerdem vorgeschlagen, wieder eine Sperrklausel für kommunale Räte einzuführen. Das hat sie übrigens in ihrer damaligen Regierungszeit noch abgelehnt; aber sei's drum. Da werden wir in erster Linie verfassungsrechtliche Themen prüfen müssen. Sie wissen, dass aufgrund einer alten Kölner Initiative SPD, CDU, Grüne und FDP einem solchen Gedanken durchaus offen gegenüberstehen. Aber wir werden verfassungsrechtliche Probleme überwinden müssen. Wenn das gelingt, ist es gut; wenn es nicht gelingt, dann wird es so bleiben müssen, wie es ist.

Lange Rede, kurzer Sinn. Es ist gut, dass wir über eine Stichwahl wieder eine möglichst breite Mehrheit für Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeister in den Wahlen haben. Es ist gut, dass die Verantwortungsgemeinschaft durch einen gemeinsamen Wahltermin von Oberbürgermeistern und Räten betont wird. Und es ist gut, dass wir im Landtag wieder dazu zurückkehren, in all diesen kommunalverfassungsrechtlichen Fragen eine möglichst breite, auf Expertise gestützte Mehrheit zu suchen, und genau das sollten wir jetzt auch angehen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Teilen von Bündnis 90/Die Grünen)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Danke, Herr Börschel. - Frau Gärtner, bitte.

**Ursula Gärtner (CDU):** Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Die vorliegende Resolution der FDP greift einen Entschließungsantrag auf, den die FDP-Landtagsfraktion Ende November in den Landtag eingebracht hat, als die Änderung des Kommunalwahlrechts behandelt worden ist. Der Überschrift dieses Antrags „NRW braucht unabhängige und qualifizierte Oberbürgermeister, Bürgermeister und Landräte“

wird niemand widersprechen mögen; aber der Teufel steckt ja bekanntlich im Detail. Oder sollte man diese Überschrift vielleicht populistisch nennen?

Blicken wir kurz zurück. Herr Börschel hat ja auch schon Rückblicke gemacht. Ich möchte das aus unserer Sicht tun. Der Koalitionsvertrag, den CDU und FDP in 2005 geschlossen hatten, enthielt den Auftrag, zu prüfen, ob die Amtszeit der Oberbürgermeister, Bürgermeister und Landräte auf acht Jahre verlängert und damit von den Ratswahlen entkoppelt werden soll. Dies mündete dann tatsächlich 2007 in einen Kompromiss. Die Entkopplung kam.

(Martin Börschel [SPD]: Es war eher ein Kuhhandel!)

Die Amtszeit wurde auf sechs Jahre festgesetzt, nicht zuletzt, weil es viele Stimmen in der Union gab, die eine Entkopplung überhaupt nicht für sinnvoll hielten. Das war schon eine sehr lebhaft diskutierte Diskussion.

Die neue rot-grüne Mehrheit im Landtag dreht das Rad wieder zurück. Die Stichwahl wurde inzwischen wieder eingeführt, und der aktuelle Gesetzentwurf sieht vor, die Amtszeit wieder auf fünf Jahre zurückzuführen. Durch die Verlängerung der kommenden Ratswahlperiode auf sechs Jahre sollen ab 2019 - Sie hatten eben gesagt: 2020; mal schauen, was herauskommt - die Amtszeiten der Oberbürgermeister und der Räte wieder synchronisiert werden. Die ursprüngliche Überlegung der Koalition, Bürgermeister einen vorzeitigen Amtsverzicht zu ermöglichen, um bereits im Jahre 2014 zu gemeinsamen Wahlen zu gelangen, ist hingegen rechtlich äußerst fragwürdig. Wir sehen das schon als ein Problem an.

Die CDU urteilt über die Pläne im Lande sehr differenziert. Auch wir sehen, dass die Wahlen der Räte und der Bürgermeister wieder zusammengeführt werden sollen. Die Erfahrungen mit isolierten Bürgermeisterwahlen haben genau das Gegenteil von dem ergeben, was die FDP mit ihrem Antrag suggerieren will.

(Martin Börschel [SPD]: Gut, dass Sie das einsehen!)

Die isolierten Bürgermeisterwahlen haben nicht dazu geführt, dass sich mehr parteiunabhängige Kandidatinnen und Kandidaten beworben haben.

Schlimmer noch: Die getrennte Wahl hat die Bürgerinnen und Bürger nicht gerade vom Hocker gerissen, im Gegenteil. In den isolierten

Wahlen der letzten Jahre war die Wahlbeteiligung vielfach so gering, dass man oft schon fast die demokratische Legitimation der dabei gewählten Bewerberinnen und Bewerber infrage stellen musste. Bei Wahlbeteiligungen von 25 bis 33 Prozent konnte der jeweils erfolgreiche Bewerber oft nur noch 13 bis 18 Prozent der Wahlberechtigten auf sich vereinen. Das kann überhaupt nicht sinnvoll sein. Wir müssen nach sinnvollen Maßnahmen suchen, die für eine höhere Wahlbeteiligung sorgen. Das kann nur gelingen, wenn die Wahlgänge zusammengeführt werden. Die Wahlberechtigten sind leider oft wahlmüde. Eine zusätzliche Wahl motiviert sie nicht gerade. Eine gleichzeitige Wahl mit attraktiven Spitzenkandidaten und profilierten Programmen der sich zur Wahl stellenden Parteien ist dagegen interessanter für die Bürgerinnen und Bürger.

Auch wenn wir die Pläne zur Zusammenführung der Wahlen unterstützen, sehen wir die von Rot-Grün geplanten Amtszeiten von nur fünf Jahren allerdings kritisch. Sie sind aus unserer Sicht zu gering, um das Amt insbesondere für hochqualifizierte Führungspersonlichkeiten attraktiv zu machen. Diese Überlegungen - Zusammenführung der Wahlen und Attraktivität des Spitzenamtes - führen die CDU zu der Forderung, die Amtszeiten der Räte und der Bürgermeister gleichermaßen auf sechs Jahre festzulegen, wie es übrigens in Bayern seit vielen Jahren erfolgreich praktiziert wird. Das Ansinnen der FDP, die Amtszeit der Oberbürgermeister auf acht Jahre zu verlängern, würde dagegen dazu führen, dass weiterhin getrennte Wahlen stattfinden mit den beschriebenen negativen Folgen. Deshalb können wir der Resolution von der FDP nicht zustimmen.

(Beifall bei der CDU - Martin Börschel [SPD]: Im Himmel ist mehr Freude über einen Sünder, der umkehrt, als über 99 Gerechte! Frau Gärtner, ich bin begeistert!)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Danke schön. - Herr Frank, bitte.

**Jörg Frank** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Werte Damen und Herren! Lassen Sie mich noch zwei, drei Anmerkungen machen.

Eine Anmerkung vorweg zur Begründung von Frau Gärtner, warum die CDU-Landtagsfraktion eher für eine Amtszeit von sechs Jahren als für eine von fünf Jahren wäre: Sie argumentieren ja, man könne ein solches Führungsamt nicht in fünf Jahren wirklich ausfüllen. Dann frage ich mich, warum im GmbH- und Aktienrecht für Geschäftsführung und Vorstände eine Amtszeit von fünf Jahren vorgesehen ist. Das scheint mir nicht ganz konsistent zu sein.

(Widerspruch bei der CDU - Martin Börschel [SPD]: Bringe die nicht auf Gedanken!)

- Vielleicht auf Lebenszeit.

Ich will noch auf einen zweiten Punkt hinweisen. Das Modell von 2007, das ja, wie Herr Börschel plastisch dargestellt hat, auf einem Kuhhandel beruhte, hat nur Nachteile gebracht. Der entscheidende Nachteil ist, dass es tatsächlich nicht zu mehr Wahlbeteiligung geführt hat, im Gegenteil. Es muss eigentlich unser aller Hauptanliegen sein, dass kommunale Demokratie dadurch gestärkt wird, dass sich möglichst viele Bürgerinnen und Bürger an Wahlen beteiligen. Dies wird durch das Zurückführen auf das alte Modell eher gewährleistet.

Zum Dritten: Es ist auch für die Kommunen kostengünstiger, weil sie einen Wahlgang sparen.

Ich will noch auf ein letztes Argument hinaus. Das ist hier durch diverse Zwischenrufe auch schon deutlich geworden. Das alte Modell, das auf der Einführung der Demokratie durch die damalige britische Besatzungsmacht fußte, hat natürlich eminent große Vorteile gehabt, weil es nicht darauf abzielte, zwischen Oberbürgermeister und Rat einen hierarchischen Unterschied zu machen. Wir kommen jetzt wieder in die Richtung, dass die Verbindung zwischen Rat und Oberbürgermeister auf gleicher Ebene gestärkt wird. Was sich sicherlich nicht bewährt, ist, zu versuchen, hier in NRW ein Präsidialsystem einzuführen. Allerdings hatten alle, die an dieser Gemeindeordnung herumgebastelt haben, bei der Stärkung der Position des Oberbürgermeisters eher im Sinn, Präsidialsysteme einzuführen, wobei der Rat dann stark zurücktritt. Ich denke, in der kommunalen Demokratie hat sich gezeigt, dass die enge Verbindung zwischen Rat und Wählerschaft eigentlich die ideale Form ist.

Das bedeutet von der Tendenz her: Wir brauchen starke Räte und nicht noch unabhängigere Oberbürgermeister. Es hat mich eh gewundert, Herr Sterck, dass Sie den Antrag aufrechterhalten haben. Nach der Kritik der letzten Tage war das überhaupt nicht nachvollziehbar.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Herr Wiener.

**Markus Wiener** (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Vonseiten von pro Köln nur zwei Anmerkungen: Der Antrag der FDP ist in der Sache natürlich völliger Quatsch.

(Beifall von Jörg Uckermann [pro Köln])

Es ist eine der wenigen guten Ideen von Rot-Grün, die Wahlen endlich wieder zusammenzulegen und die Entkopplung zu beenden. Wir alle wissen, wie gering die Wahlbeteiligung ohnehin schon bei Kommunalwahlen ist. Durch diese künstliche Aufspaltung wurde sie noch einmal geringer. Die demokratische Legitimation wurde aufgrund dieser geringen Wahlbeteiligung beschädigt. Es ist ganz klar, dass es eine gute Idee ist, die Wahl der Räte und der Oberbürgermeister bzw. Bürgermeister wieder zusammenzulegen. - Das zum Antrag.

Eine zweite Anmerkung, und zwar zur Antragsbegründung durch Herrn Houben: Ich war schon baff, als er das Missverhältnis zwischen der Besoldung des Oberbürgermeisters und der Gehälter der Manager der stadtnahen Konzerne ansprach. Herr Houben, da haben Sie wirklich sehr gut aufgepasst bei unseren letzten Redebeiträgen und bei den letzten Anträgen von pro Köln. Das ist ja eins zu eins Pro-Köln-Argumentation. Nur, da habe ich von Ihnen nie etwas gehört. Da haben Sie ebenso wie jetzt nur wenig aussagekräftig den Kopf geschüttelt. Jetzt übernehmen Sie eins zu eins unsere Argumentation. Das nenne ich Heuchelei. Das ist Politik im Stile der Altparteien: wenig glaubwürdig. Die Bürger merken das auch. - Vielen Dank.

(Beifall bei pro Köln)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Es gibt noch eine Anmerkung von Herrn Sterck.

**Ralph Sterck** (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Man sollte nicht alles so stehen lassen, was Kollege Frank hier gesagt hat. Sonst denken die Zuhörer noch, es sei alles wahr, weil man dem nicht widersprochen hat.

Ich musste erst überlegen, was Sie damit meinen, es sei nicht nachvollziehbar, dass wir unseren Antrag aufrechterhalten haben, auch wegen der Presse in den letzten Tagen. Mir ist dann eingefallen, was Sie möglicherweise gemeint haben könnten. Dass wir Kritik am Vorgehen des aktuellen Oberbürgermeisters der Stadt Köln haben, hat aber nichts mit der grundsätzlichen Frage zu tun, wie wir die Auswahlprozesse gestalten sollten, um die richtigen Persönlichkeiten zu bekommen, die diese großen Städte wie Köln führen können.

(Martin Börschel [SPD]: Haben wir doch!)

Herr Houben hat eben geschildert, wie die Stadt Köln zu Konrad Adenauer gekommen ist. Das war ja kein Zufall. Man muss eben andere Kriterien anlegen, um Personen zu finden, die sich ein bisschen von Parteien freischwimmen. Da ist diese Entkopplung, glaube ich, genau das Richtige.

Wenn wir sagen: Die Beigeordneten wählen wir auf acht Jahre, damit sie in ihrem Bereich etwas bewegen können - das hat Herr Houben ebenfalls angesprochen -, dann halte ich es für durchaus angemessen, auch den Oberbürgermeister als Chef aller dieser Beigeordneten für den entsprechenden Zeitraum zu wählen.

Auslöser dafür, dass ich mich gemeldet habe, war aber, dass Sie hier gesagt, das von Ihnen favorisierte Modell würde eine Wahl einsparen. Das ist falsch. Deswegen muss ich das auch deutlich machen und hier zu Protokoll geben. Wir sehen in unserem Modell vor, dass die Kommunalwahl vollkommen unschädlich mit der Europawahl zusammengelegt wird und die Oberbürgermeisterwahl entsprechend davon getrennt ist. Von daher gibt es hier keinen Unterschied von Wahlterminen oder von Mehrkosten oder weniger Kosten für die Kommunen oder für das Land. Die Anzahl der Wahltermine wäre gleich; es ist nur eine andere Gewichtung. Ich glaube, es ist richtig, wenn wir sagen: Die Europawahl und die Kommunalwahl

tun sich politisch nichts; daher kann man sie an einem Tag durchführen. Man sollte den Oberbürgermeister, der, wie Herr Houben richtig gesagt hat, als Einziger in der deutschen Demokratie direkt gewählt wird, stärken, indem man ihm einen eigenen Wahltermin gibt. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP – Martin Börschel [SPD]: Das ist ja sehr rührend, diese Sorge!)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Damit sind alle Wortmeldungen abgearbeitet. Wir kommen dann zur Abstimmung. Wer für den Antrag der FDP-Fraktion ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die FDP-Fraktion. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Damit ist er abgelehnt.

Wir kommen zum Antrag unter Tagesordnungspunkt 4.1.6:

#### **4.1.6 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend "Keine neuen Asylantenheime in Köln" AN/1956/2012**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Bitte schön, Herr Schiele.

**Karel Schiele** (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Sehr geehrte Mitbürger auf der Zuschauertribüne! Im Jahr 2010 gingen insgesamt 41 332 Asylanträge beim zuständigen Bundesamt für Migration und Flüchtlinge ein, ein Zuwachs von mehr als 50 Prozent gegenüber 2009. Bereits damals standen hinter dem Zuwachs der Asylbewerberzahlen vermehrt Personen aus Serbien und Mazedonien. Seit Dezember 2009 brauchen Bürger dieser beiden Staaten für eine Einreise nach Deutschland kein Visum mehr. Im Jahr 2011 wurden 44 741, bis November 2012 dann 59 441 Asylanträge gestellt. Die Tendenz ist, wie man sehen kann, steigend.

Dieser Tendenz stehen allerdings gefallene Anerkennungsquoten gegenüber. Die Quote der stattgegebenen Asylanträge nach Art. 16 a des Grundgesetzes, der die Asylgründe großzügig und klar formuliert, liegt langfristig nur knapp über dem 1 Prozent, nämlich bei 1,2 Prozent. Ebenso ist für die sogenannte Duldung, also die Gewährung von Flüchtlingsschutz gemäß § 60 Abs. 1 Aufenthaltsgesetz, eine drastisch sinkende Quote zu verzeichnen: von 33,9 Prozent im Jahr 2008 auf 13 Prozent im Jahr

2012, um hier nur einige Beispiele zu nennen. Die Entscheidungen wurden nach dem großzügigen, im Jahre 1993 beschlossenen und später durch die rot-grüne Regierung liberalisierten Ausländergesetz gefällt.

Bereits am 17. Januar 2011 hat der damalige Innenminister Thomas de Maizière zu den Serbien- und Mazedonien-Flüchtlingen erklärt: Da hier aber die Asyl-Kriterien nicht erfüllt seien, würden derartige Anträge - ich zitiere - „auch künftig konsequent und schnell abgelehnt“. Im gleichen Tenor ruft der heutige Innenminister Hans-Peter Friedrich nach schärferen Regeln für Asylbewerber aus Serbien und Mazedonien. Friedrich plädiert sogar für eine Gesetzesänderung. Ich zitiere: „Wer aus einem sicheren Herkunftsland kommt, soll künftig abgesenkte Barleistungen bekommen.“ Diese Entwicklungen und Aussagen von hochrangigen Politikern dieses Landes deuten an, dass fast alle der sogenannten Flüchtlinge binnen kürzester Zeit wieder in ihre Heimatländer werden zurückkehren müssen.

Diese nicht widerlegbaren Fakten führen die Absicht der Stadt Köln, trotz der Haushaltschiffelage allein für den Bau von neuen Unterküften für die sogenannten Flüchtlinge 15 Millionen Euro auszugeben, ad absurdum. Das ist ein nicht nachvollziehbares Vorgehen, das keine Resonanz bei den Bürgern Kölns finden wird. Die Fraktion der Bürgerbewegung pro Köln wird im Vorfeld der Kommunalwahl 2014 auf diese Umstände noch einmal deutlich hinweisen. Dann kann nämlich der Bürger seine Stimme erheben.

Für unsere Senioren, die die Zeiten von Entbehrung erlebt und für den Wiederaufbau gesorgt haben, werden keine Seniorenheime mehr gebaut. Diese Menschen, die den Wohlstand Deutschlands mit ihrem Fleiß erarbeitet haben, sollen jetzt ihre Unterbringung und ihre Pflege teuer aus privaten und familiären Ressourcen finanzieren. Für die Studenten, die keine Unterbringung in Studentenwohnheimen finden und in Turnhallen übernachten müssen, da sie nicht über genug Mittel verfügen, um sich eine teure Wohnung in Köln leisten zu können, für die Kinder, die in maroden Schulgebäuden unterrichtet werden müssen, für die unzähligen Obdachlosen, für die es keine Unterkunft und keine Verpflegung gibt, weil die Stadt Köln sie im Stich lässt, für all die Frauen, die vor häuslicher Gewalt flüchten müssen und zusammen mit ihren Kindern unter erbärmlichen Zuständen in den viel zu wenigen Frauenhäusern leben

müssen - für alle diese Menschen will pro Köln auf diesem Posten kämpfen.

Meine Damen und Herren, diese sogenannten Flüchtlinge erwarten keine Unterkunft unter dem Niveau ihrer Herkunftsländer. Eine solche brauchen sie hier auch nicht zu befürchten; eine solche bekommen sie bei uns nicht. Ebenso wenig können sie eine Unterbringung im Senatshotel erwarten. Ich selbst bin durch die zentrale Stelle des Bundes in Hamm gegangen, eine umfunktionierte alte Kaserne, dann durch die Landeszentrale des Landes NRW in Unna-Massen, eine schäbige Baracke mit Etagenbetten, ohne Verpflegung, wo sich die Wasch- und Kochmöglichkeit in einem anderem Gebäude befand, dann zwei Monate lang durch die Unterbringung in einem Gymnastiksaal der Freiherr-vom-Stein-Schule in Rösrath. Schaut bitte mal her! Ich habe das Ganze wohl überstanden.

(Beifall bei pro Köln)

Es war beschwerlich, aber nicht lebensbedrohlich oder unmenschlich. Mit diesem Wissen sollten wir den uns zugewiesenen Flüchtlingen entgegenreten: zuvorkommend, aber emotionslos und realistisch. Von diesem Platz aus bitte ich um Ihre Unterstützung. - Danke.

(Beifall bei pro Köln)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer für den Antrag der Fraktion pro Köln ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion pro Köln. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Damit abgelehnt.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 4.1.8:

**4.1.8 Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion betreffend "Resolution zum europäischen Richtlinienentwurf über die Konzessionsvergabe"**  
AN/2029/2012

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Herr Detjen.

**Jörg Detjen** (Die Linke.): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Diese Resolution ist im Aufsichtsrat des

Stadtwerke-Konzerns vorberaten worden. Vereinbart wurde, dass alle fünf Parteien im Stadtwerke-Aufsichtsrat diesen Antrag im Rat einbringen. In der Öffentlichkeit dagegen will die Kölner CDU ihr Sektierertum weiter pflegen und hegen. Sie hat den Antrag nicht gemeinsam mit den Linken eingebracht und Gepflogenheiten, wie sie in Landtagen, im Bundestag und auch im Europaparlament inzwischen üblich sind, nicht wahrgenommen. Wir als die Linke können nur sagen: Wir sind nicht sektiererisch und werden der Resolution zustimmen. - Danke schön.

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer für diesen Dringlichkeitsantrag ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion der SPD, die Fraktion der Grünen, die Fraktion Die Linke, die Fraktion der CDU, die Fraktion der FDP. Gibt es Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Dann ist er also einstimmig angenommen.

Damit haben wir die Anträge abgearbeitet. Wir kommen zu den Anfragen unter Tagesordnungspunkt 5:

**5 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**

Zu Tagesordnungspunkt 5.1:

**5.1 Anfrage der Fraktion pro Köln betreffend "Gründung eines Konsortiums zur Erwerbung von 1.199 Wohnungen in Köln-Chorweiler"**  
AN/1847/2012

**Antwort der Verwaltung vom 03.12.2012**  
4341/2012

Gibt es Nachfragen dazu? - Das ist nicht der Fall. Dann ist das so beantwortet.

Zu Tagesordnungspunkt 5.2:

**5.2 Anfrage der Fraktion pro Köln betreffend "Steigende Zahl der Asylbewerber - Folgen für die Stadt Köln"**  
AN/1848/2012

**Antwort der Verwaltung vom 18.12.2012**  
4473/2012

Gibt es dazu Nachfragen? - Das ist nicht der Fall. Dann ist sie ebenfalls erledigt.

Zu Tagesordnungspunkt 5.3:

**5.3 Anfrage der Fraktion Die Linke.  
betreffend "Nicht verausgabte Mittel des  
Bildungs- und Teilhabepaketes"  
AN/2015/2012**

**Antwort der Verwaltung vom 18.12.2012  
4603/2012**

Gibt es dazu Nachfragen? - Keine Nachfragen.  
Dann ist auch diese Anfrage erledigt.

Wir fahren in der Tagesordnung weiter fort. Ich  
rufe Tagesordnungspunkt 6.4.1 auf:

**6.4.1 Antrag des Integrationsrates zu der  
geplanten Kürzung der Finanzmittel im  
Bereich Integration  
4419/2012**

Dazu gibt es vom Vorsitzenden des  
Integrationsrates eine Wortmeldung, der ich nach  
§ 15 Abs. 8 Satz 4 der Geschäftsordnung gerne  
nachkomme. Es spricht Herr Keltec.

**Tayfun Keltek** (Integrationsrat): Sehr geehrter  
Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten  
Damen und Herren! In der letzten Sitzung des  
Integrationsrates wurde der Ihnen vorliegende  
Antrag verabschiedet. Ich möchte die  
Gelegenheit nutzen, Ihnen diesen Antrag zu den  
geplanten Kürzungen der Finanzmittel im  
Bereich Integration zu erläutern.

Die Gesamthematik Integration hat sich im  
Laufe der Jahrzehnte gewaltig geändert. Wir  
müssen daher aufpassen - diese Gefahr  
besteht -, dass wir dieses Thema nicht immer  
wie noch vor 20 Jahren diskutieren. Ich bin mir  
manchmal unsicher, ob die aktuellen  
Anforderungen an eine zeitgemäße  
Integrationsarbeit unter Berücksichtigung des  
demografischen Wandels tatsächlich in der  
Öffentlichkeit angekommen sind. Manchmal  
muss man den Eindruck gewinnen, dass bei  
einigen Diskutanten immer noch der Gedanke im  
Hinterkopf herumschwirrt, irgendwann würde  
sich das Thema Integration in Luft auflösen und  
die Migranten würden schon wieder nach Hause  
zurückkehren.

Meine Damen und Herren, die junge Generation  
mit Integrationshintergrund in Köln hat keine  
andere Heimatstadt außer Köln. Sie ist fester  
Bestandteil der Zukunft dieser Stadt.

(Beifall bei Teilen von SPD, CDU,  
Bündnis 90/Die Grünen und der  
Linken.)

Die öffentliche Diskussion wird leider immer  
wieder zu sehr von älteren Herren beeinflusst,  
die ihre Meinung und ihre unseriösen Analysen  
über vermeintlich gescheiterte Integration in  
Buchform verbreiten müssen. Dabei bedienen  
sie sich der altbekannten rassistischen  
Methoden und ethnisieren bestehende soziale  
Probleme. Sie versuchen, die Ursachen der  
sozialen Probleme mit der ethnischen und  
religiösen Zugehörigkeit der Migranten zu  
erklären. Das ist billiger Populismus, der bis jetzt  
kein Problem gelöst hat, aber zur weiteren  
Entwicklung des Rassismus in unserer  
Gesellschaft auf Kosten der Gebote unseres  
Grundgesetzes beiträgt. Es ist skandalös, wenn  
sich solche Menschen mit dieser Art von  
geistiger Brandstiftung auf Kosten des friedlichen  
und gleichberechtigten Zusammenlebens auch  
noch bereichern.

Meine Damen und Herren, ich möchte hier  
allerdings auch das von allen Fraktionen im  
Landtag Nordrhein-Westfalen verabschiedete  
Teilhabe- und Integrationsgesetz lobend  
hervorheben. Ich zitiere aus dem Gesetzentwurf:

Mit diesem Gesetz soll diese  
integrationspolitische Infrastruktur  
gesichert und weiter optimiert werden.  
Es soll eine vorausschauende,  
aktivierende und unterstützende  
Integrationspolitik für alle Generationen  
ermöglicht werden, die den  
Zusammenhalt in der Gesellschaft  
sichert und dem Auseinanderdriften  
präventiv begegnet. Ob Integration  
gelingt, entscheidet sich vor Ort.

Also: in den Kommunen. Als zentrale inhaltliche  
Ziele werden unter anderem genannt - ich  
zitiere -:

1. eine Grundlage für ein gedeihliches  
und friedvolles Zusammenleben der  
Menschen mit und ohne  
Migrationshintergrund zu schaffen,
2. jede Form von Rassismus und  
Diskriminierung einzelner  
Bevölkerungsgruppen zu  
bekämpfen,
3. eine Kultur der Anerkennung und  
des gleichberechtigten Miteinanders  
auf der Basis der freiheitlichen  
demokratischen Grundordnung zu  
prägen,

4. Menschen mit Migrationshintergrund unabhängig von ihrer sozialen Lage, ihrer Herkunft, ihres Geschlechts, ihrer sexuellen Identität, ihrer Religion oder Weltanschauung insbesondere bei ihrer Bildung, Ausbildung und Beschäftigung zu unterstützen und zu begleiten,
5. die soziale, gesellschaftliche und politische Teilhabe der Menschen mit Migrationshintergrund zu fördern.

Heute hat die Hälfte aller Kinder und Jugendlichen in Köln einen Migrationshintergrund. Die Zukunft unserer Stadt hängt davon ab, ob wir es schaffen, diesen 50 Prozent unserer Stadtgesellschaft das Gefühl zu geben, dass sie vollwertige Kölnerinnen und Kölner sind, dass sie hier ernst genommen werden und gleichberechtigt sind. Aus meiner Sicht haben wir dieses Ziel noch nicht erreicht. Hier gibt es noch viel zu tun.

Es wachsen hier mehrheitlich gut ausgebildete Migrantinnen und Migranten voller Tatendrang heran, die in dieser Stadt ihren Platz finden wollen, aber regelmäßig mit unfairen Mitteln der Diskriminierung daran gehindert werden. Eine aktuelle Untersuchung der Uni Essen hat ergeben, dass zum Beispiel 51 Prozent aller türkischstämmigen jungen Menschen Diskriminierung bei der Arbeitssuche und 47 Prozent Diskriminierung bei der Wohnungssuche erlebt haben.

Dies bedeutet zum Beispiel, dass Menschen mit fremdländisch klingenden Namen trotz sehr guter Zeugnisse oftmals erst gar nicht zum Bewerbungsgespräch eingeladen werden. Junge Farbige erhalten am Telefon eine Zusage zur Wohnungsbesichtigung und werden bei der persönlichen Vorsprache vom Vermieter direkt abgewiesen. Eine interne Abfrage des Netzwerkes NRW unter jungen Lehrerinnen und Lehrern mit Migrationshintergrund hat ergeben, dass nur 6 Prozent von ihnen in der 4. Klasse von ihren Grundschulen eine Gymnasialempfehlung erhalten haben.

Es wachsen hier Kinder heran, die bereits in der Grundschule neben ihrer jeweiligen Muttersprache auch gut Deutsch sprechen und mit Englisch bereits ihre zweite Fremdsprache erlernen. Gleichzeitig wird ihnen aber verboten, ihre Muttersprache auf dem Schulhof zu gebrauchen, anstatt das ungeheure Potenzial an Sprachkompetenz dieser Kinder zu fördern. Dies

können und dürfen wir hier in Köln nicht akzeptieren.

Meine Damen und Herren, früher ging es immer darum, Migrantinnen und Migranten zu unterstützen. Dies ist sicherlich auch weiterhin erforderlich. Das Ziel jetzt ist aber, die Früchte der bisherigen Integrationsarbeit zu nutzen und das brachliegende Potenzial der jungen Migrantinnen und Migranten aktiv auszuschöpfen. Dies geht allerdings nur dann, wenn wir ihre Teilhabemöglichkeiten an der Entwicklung unserer Stadt verbessern.

Ein Paradigmenwechsel, ein komplettes Umdenken in der Integrationspolitik ist erforderlich. Wir müssen wegkommen von der defizitorientierten Sichtweise und stattdessen die Potenziale der Migrantinnen und Migranten erkennen und nutzen. Dies ist für den globalen Wettbewerb von großer Bedeutung.

Diesen Perspektivwechsel haben der Landtag und die Landesregierung mit dem neuen Teilhabe- und Integrationsgesetz vorgenommen. Köln versäumt diesen Wechsel, wenn es das Interkulturelle Referat mitsamt einem großen Teil der dort verwalteten Fördergelder einspart, statt den Schwung des neuen Teilhabe- und Integrationsgesetzes zu nutzen und die städtische Integrationsarbeit nach den demografischen Gegebenheiten völlig neu aufzustellen.

Es ist wichtig, dass es in dieser Stadt eine Stelle gibt, die darauf hinweist, dass es zum Beispiel in den Erziehungsberatungsstellen schlauer ist, anstelle der zusätzlichen Finanzierung eines Dolmetschers direkt einen Erziehungsberater mit Migrationshintergrund einzustellen. Dasselbe gilt für die Sozialarbeiter und die Mitarbeiter im Allgemeinen Sozialen Dienst usw.

Es ist wichtig, dass es in dieser Stadt eine Stelle gibt, die darauf hinweist, dass Schulungen der städtischen Mitarbeiter, insbesondere der Mitarbeiter in ständigem Bürgerkontakt und mit interkultureller Kompetenz äußerst wichtig sind.

Es ist äußerst wichtig, dass es in dieser Stadt eine Stelle gibt, die immer wieder auf die Gefahren von Diskriminierung hinweist und Maßnahmen ergreift, dies zu verhindern und Rassismus zu bekämpfen.

Meine Damen und Herren, ich fordere Sie als Ratspolitiker auf, diesen vom gesamten Landtag Nordrhein-Westfalen einmütig vollzogenen Perspektivwechsel weg von der früheren

Integrationspolitik hin zu einer Inklusions- und Teilhabepolitik auch auf kommunaler Ebene weiter fortzuführen, damit die vorhandenen Potenziale der 50 Prozent junger Leute mit Migrationshintergrund gefördert und genutzt werden.

Ich fordere Sie, meine Damen und Herren Ratspolitiker, auf, darauf achtzugeben, dass die Stadt nicht heute bei den freiwilligen Aufgaben einspart, die sie vielleicht morgen als Pflichtaufgabe doppelt und dreifach finanzieren muss.

Um dies sicherzustellen und den Prozess adäquat zu begleiten, brauchen wir weiterhin eine Steuerungsstelle wie das Interkulturelle Referat, das auch den Schwung aus dem Landtag als Querschnittsaufgabe in die Fläche der Verwaltung und in die Stadtgesellschaft transportiert. Ich bitte Sie, meine Damen und Herren, den Antrag des Integrationsrates in diesem Sinne aufzufassen und ihn zu unterstützen. - Danke schön.

(Beifall bei der SPD, der CDU, dem Bündnis 90/Die Grünen und der Linken)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Vielen Dank. - Gibt es dazu Wortmeldungen? - Bitte schön, Herr Jung.

**Helmut Jung** (CDU): Herr Oberbürgermeister! Wir von der CDU-Fraktion hatten im Integrationsrat den Antrag gestellt, dies in die Haushaltsplanberatungen zu schieben. Gegen unsere Stimme ist das zunächst heute in den Rat gekommen. Es ist ja sehr gut, dass im Rat darüber gesprochen wurde. Aber wir halten unseren Antrag aufrecht, das in die Hpl-Beratungen zu schieben.

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Gut. - Herr Wiener.

**Markus Wiener** (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Herr Keltec hat mit dieser Rede seiner Sache sicher keinen guten Dienst erwiesen. Vielmehr hat er meiner festen Überzeugung nach eindrucksvoll unter Beweis gestellt, dass er mental nicht in dieser Stadtgesellschaft angekommen ist.

(Martin Börschel [SPD]: Ihr solltet nicht von euch auf andere schließen!)

Integration ist in allererster Linie immer eine Bringschuld der Migranten und nicht eine Frage irgendwelcher finanziellen Anreize. Das ist meine feste Überzeugung. Es ist in allererster Linie eine Bringschuld.

(Martin Börschel [SPD]: Das ist ja widerlich!)

Wir alle haben vorher gehört, wie die finanziellen Zwänge hier in Köln sind und dass - ich zitiere da sinngemäß den Oberbürgermeister - alle in dieser Stadt ihren Beitrag dazu zu leisten haben. Wie man in einer solchen Situation auf die Idee kommen kann, sich selbst oder seine Lobbygruppe davon ausklammern zu wollen, sich angesichts dieser ernstesten Lage hier sozusagen Extrawürste braten zu wollen, das ist mir völlig unverständlich. Ich bin auch der festen Überzeugung, dass das vielen, vielen Bürgern dieser Stadt völlig unverständlich ist.

(Beifall bei pro Köln - Jörg Detjen [Die Linke.]: Sie müssen das gerade sagen!)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Wir kommen zur Abstimmung. Wir stimmen ab wie Finanzausschuss. Der Finanzausschuss hat vorgeschlagen: Kenntnisnahme und Verweisung in die Haushaltsberatungen.

(Martin Börschel [SPD]: Nur Kenntnisnahme!)

- Nur Kenntnisnahme?

(Jörg Detjen [Die Linke.]: Wir wollen so beschließen, wie Sie, Herr Oberbürgermeister, vorgeschlagen haben!)

- Noch einmal: Kenntnisnahme und Verweisung in die Haushaltsberatungen.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Dann lassen Sie uns abstimmen!)

Das Entscheidende ist - ich will es noch einmal deutlich machen -: Ich habe eben gesagt: Abstimmung, wie im Finanzausschuss vorgeschlagen worden ist, nämlich Kenntnisnahme und Verweisung in die Haushaltsberatungen.

(Martin Börschel [SPD]: Meines Erachtens haben wir das im Finanzausschuss nicht beschlossen!)

In der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses lese ich: Der Rat nimmt den Beschluss des Integrationsrates zur Kenntnis.

Dann stimmen wir zunächst über den Antrag der CDU ab, wie von Herrn Jung vorgetragen, nämlich: Kenntnisnahme und Verweisung in die Haushaltsberatungen. Wer für diesen Antrag ist, bitte ich um das Handzeichen. - Die FDP, die CDU und die Linke. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Dann ist das abgelehnt.

Wir kommen dann zur Alternative, nämlich: Der Rat nimmt den Beschluss des Integrationsrates zur Kenntnis, so wie im Finanzausschuss vorgeschlagen. Ich bitte um das Handzeichen, wer dafür ist. - Das sind: Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke, Fraktion der Grünen, Fraktion der CDU, Fraktion der FDP. Gibt es Enthaltungen? - Enthaltungen bei der Fraktion pro Köln. Damit ist dieser Antrag so angenommen.

Ich rufe nun Tagesordnungspunkt 6.4.2 auf:

**6.4.2 Resolution: Der Rat der Stadt Köln fordert ein deutliches Signal der Bundesregierung:  
4436/2012**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Bitte schön, Herr Jung.

**Helmut Jung** (CDU): Herr Oberbürgermeister! Wir haben im Integrationsrat länger über dieses Thema diskutiert und dann die Resolution einstimmig beschlossen wie die Alternative, ohne diese Spiegelstriche auf Seite 2 - keine Visumpflicht usw. -, das heißt: nur die reine Resolution auf Seite 1. So würden wir auch hier heute beschließen wollen.

(Martin Börschel [SPD]: Wie Alternative!)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Ja, wie Alternative. - Frau Laufenberg, bitte.

**Sylvia Laufenberg** (FDP): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich muss meinem Kollegen aus dem Integrationsrat widersprechen. Wir

haben das nicht einstimmig beschlossen. Die FDP-Fraktion hat gegen diese Resolution gestimmt.

(Winrich Granitzka [CDU]: Was?)

Ich möchte hier kurz die Gründe dafür darlegen. Diese Resolution ist leider nichtssagend und aus Sicht der Liberalen eigentlich peinlich für den Rat der Stadt Köln. Sie stellt die gesamte Ausländergesetzgebung und damit auch die jahrelangen Bemühungen der Integrationspolitik in Deutschland infrage. Die Forderung an die Bundesregierung besteht lediglich darin - das sage ich den Mitgliedern des Rates, die nicht dem Integrationsrat angehören und diese Resolution vielleicht nicht konkret gelesen haben -, sämtliche Regelungen der Ausländergesetzgebung zu überprüfen, um den seit vielen Jahren in Deutschland lebenden und nicht aus Ländern der EU kommenden Migrantinnen und Migranten Chancengleichheit zu ermöglichen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das kann nicht unser Ernst sein! Was ist die Botschaft an unsere Kolleginnen und Kollegen in Berlin? Vor allem: Wo ist das deutliche Signal an die Bundesregierung, wie es in der Überschrift der Resolution noch steht? Wir können es nicht erkennen. Was möchten wir damit aussagen?

Wir haben heute bereits zwei Resolutionen mit breiter Mehrheit verabschiedet: eine zur Schulsozialarbeit und eine zur Verkehrsinfrastruktur. In beiden Resolutionen haben wir ganz klar dargelegt und benannt, was Köln möchte, welche Wünsche und Vorstellungen der Kölner Rat an die Bundesregierung hat. Da haben wir Maßnahmen vorgelegt. Hier sagen wir eigentlich nichts. Und das sollen wir weitergeben nach Berlin? Das können wir nicht mitmachen. Diese Resolution muss weg. Ich würde mich freuen, wenn auch Sie der Resolution nicht zustimmen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei FDP und pro Köln)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Gibt es weitere Wortmeldungen? - Herr Keltec, bitte.

**Tayfun Keltec** (Integrationsrat): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich hätte lieber als Erster hierzu geredet. Wenn das alles in Ordnung wäre, Frau Laufenberg, bräuchten wir darüber nicht reden.

In dem Sinne haben Sie recht. Aus diesem Grund will ich dazu noch einiges sagen.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren, vor einem Jahr wurde die Täterschaft des Nationalsozialistischen Untergrunds, NSU, bei den Morden an Enver Şimşek, Abdurrahim Özüdoğru, Süleyman Taşköprü, Habil Kılıç, Mehmet Turgut, İsmail Yaşar, Theodoros Boulgarides, Mehmet Kubaşık, Halit Yozgat und der Polizistin Michèle Kiesewetter sowie bei zwei Sprengstoffanschlägen in Köln aufgedeckt. Jahrelang verdächtigten die ermittelnden Behörden das Umfeld der Ermordeten. Migrantinnen und Migranten wurden von den Ermittlungsbehörden als Personen mit Verbindungen ins kriminelle Milieu diffamiert und kriminalisiert.

Der NSU beabsichtigte, in inhaltlicher Fortsetzung der Brandanschläge von Rostock, Hünxe, Mölln und Solingen mit gezielten Morden und Sprengstoffanschlägen ein Klima der Verunsicherung und Angst bei den Migrantinnen und Migranten zu schaffen. Das ist ihnen teilweise gelungen; denn nicht zuletzt aufgrund des migrantenunfreundlichen Klimas in unserem Land verlassen zunehmend gut ausgebildete und qualifizierte junge Menschen dieses Land.

Der Versuch der Bundesregierung, mit der blauen Karte qualifizierte Fachkräfte nach Deutschland zu holen, kommt nicht voran. Nach meinem Wissen haben bis vor kurzem bundesweit nur 71 Fachkräfte dieses Angebot angenommen. Betrachtet man Deutschland einmal aus der Sicht des Auslandes, kann dies angesichts der Morde und Anschläge des NSU, der Unfähigkeit der ermittelnden Behörden und dem nicht nachvollziehbaren Schreddern von Unterlagen niemanden ernsthaft verwundern.

Bei der Aufklärung dieser Morde wird in fast jeder Sitzung des Untersuchungsausschusses des Bundestages ein neuer Skandal bekannt. Ich möchte mich im Namen der Migrantinnen und Migranten bei den Mitgliedern dieses Ausschusses für die parteiübergreifende Arbeit bedanken.

Der Verdacht, dass Personen innerhalb der Behörden in die Sache verwickelt sind, ist leider nicht weithergeholt. Dass diese rassistischen Morde aus niederen rassistischen Motiven nicht verhindert werden konnten, kann nicht mit den Worten „Schlamperei“ oder „Pannen“ beschönigt werden.

(Beifall bei der SPD)

Die Morde müssen lückenlos aufgeklärt und das zerstörte Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in der Stadt wiederhergestellt werden. Das ist nicht nur eine menschliche und moralische Pflicht gegenüber den Opfern und ihren Nächsten, sondern das entspricht auch den Prinzipien eines Rechtsstaates und ist damit eine Aussage darüber, wie ernst der Staat sich selber nimmt.

Ich gehe davon aus, dass unsere Stadt auch im eigenen Interesse mit dieser rechtlichen Herausforderung fertig wird. Aber eine politisch klare Antwort auf die Rechtsradikalen, die Migrantinnen und Migranten aus Deutschland vertreiben wollen, fehlt seit dem Brandanschlag in Solingen 1993. Ich möchte daran erinnern, dass nach den Anschlägen auf Migrantinnen und Migranten in Mölln und Solingen zwar allgemeine Betroffenheit herrschte, aber durch die anschließende Verschärfung des Asylrechtes unterschwellig der Eindruck transportiert wurde, man müsse nur den weiteren Zuzug von Ausländern beschränken, dann würde die Fremdenfeindlichkeit nachlassen. Ein Signal, welches die hier seit vielen Jahren lebenden Migrantinnen und Migranten ratlos machte.

Meine Damen und Herren, in Norwegen ermordete im Juli letzten Jahres ein Rechtsextremist 77 Menschen mit der Begründung, man müsse Norwegen gegen den Islam und den Kulturmarxismus verteidigen. Die Reaktion des norwegischen Ministerpräsidenten Jens Stoltenberg bei der Trauerfeier für die Opfer des Anschlages war: Noch sind wir geschockt, aber wir werden unsere Werte nicht aufgeben. Unsere Antwort lautet: Demokratie, mehr Offenheit, mehr Menschlichkeit. - Mehr Demokratie, Offenheit, Menschlichkeit sollte auch in Deutschland die Antwort auf die NSU-Morde sein.

Es darf nicht beim Verbot der NPD und der Verschärfung der Sicherheitsmaßnahmen bleiben. Die Ungleichbehandlung von Menschen aus ethnischen und religiösen Gründen muss beseitigt werden. Dies ist das größte Handicap für die Integration. Es ist dringend an der Zeit, dass Bundestag und Bundesregierung, ergänzend zu ihren Worten des Bedauerns und der Betroffenheit, jetzt ein klares und eindeutiges politisches Signal als Erwidern auf den rechtsradikalen Terror setzen und unmissverständlich deutlich machen, was ihnen Bürgerinnen und Bürger mit

Migrationshintergrund in diesem Land bedeuten und wert sind.

Der Integrationsrat fordert daher die politischen Vertreterinnen und Vertreter der Bundesregierung und des Bundestages auf, die restriktiven Regelungen der Ausländergesetzgebung zu überprüfen und die hier seit vielen Jahren in Deutschland lebenden, nicht aus EU-Ländern stammenden Migrantinnen und Migranten mit diesen gleichzustellen. Ich erwarte von der Politik in diesem Sinne ein politisches Signal und eine Antwort auf die rechtsradikalen Morde und Anschläge sowie die Erfüllung folgender Forderungen:

Abschaffung der Optionspflicht für junge Menschen,

- Hinnahme der doppelten Staatsangehörigkeit für alle,
- ein kommunales Wahlrecht für alle,
- Abschaffung der restriktiven Regelungen des Zuwanderungsgesetzes.

Zum Schluss, meine Damen und Herren, noch ein Hinweis: Am 29. Mai 2013 jährt sich der Mordanschlag auf das Haus der Familie Genç in Solingen zum 20. Mal. Ich rufe Sie alle hier auf, am 29. Mai 2013 eine Veranstaltung oder eine Gedenkfeier, zum Beispiel in unserem Rathaus, als Antwort auf die Entwicklung des Rassismus in unserem Land zu organisieren.

Ich bitte Sie, den Antrag des Integrationsrates, mit dem die Bundesregierung aufgefordert wird, ein eindeutiges politisches Signal als Erwidern auf den rechtsradikalen Terrorismus zu setzen, in diesem Sinne aufzufassen und ihn zu unterstützen,. - Danke schön.

(Beifall bei der SPD, der CDU, dem Bündnis 90/Die Grünen und der Linken)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Wir kommen jetzt zur Abstimmung. Wir stimmen ab über die Alternative: Der Rat nimmt den Beschluss des Integrationsrates zur Kenntnis. Wer für diesen Antrag ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD, die Linke, die Grünen, die CDU, die FDP und Herr Zimmermann. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Damit ist das angenommen.

Wir kommen dann - -

(Ulrich Breite [FDP]: Herr Oberbürgermeister!)

- Ja, bitte, Herr Breite.

**Ulrich Breite (FDP):** Ich möchte gern zu Protokoll geben, dass dieser Antrag nicht angenommen worden ist, sondern wir haben das nur zur Kenntnis genommen. Sie hatten „das“ gesagt. Es ist mir nach dieser Rede sehr wichtig, festzuhalten, dass wir das nur zur Kenntnis genommen haben.

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Genau so habe ich es gesagt.

(Martin Börschel [SPD]: Das ist angenommen worden! - Heiterkeit beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir kommen dann zu Tagesordnungspunkt 7.1.1:

#### **7.1.1 2. Satzung zur Änderung der Satzung über die Abfallentsorgung der Stadt Köln 3732/2012**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Herr Dr. Albach, bitte.

**Dr. Rolf Albach (FDP):** Meine Damen und Herren! Herr Oberbürgermeister! Verehrte Gäste! Frau Moritz hat in ihrer Rede eben von einem Hearing berichtet. Darauf beziehe ich mich auch. Der Stadtwerke-Konzern hat 2006 ein Hearing zum Thema „Abfallwirtschaft“ veranstaltet, bei dem Professor Wegmann über Optionen für die zukünftige Positionierung des SWK-Konzerns in der Entsorgungswirtschaft gesprochen hat. Ich zitiere aus den Seiten 12 und 16. Darin heißt es:

Kommunalisierung der Abfallwirtschaft bedeutet: Einflussnahme auf regionale Marktstrukturen, Sicherung des Managements über Stoffströme, Erschließung neuer Geschäftsfelder.

Professor Wegmann wies auch darauf hin, dass dieser Weg für die Kommune eine große finanzielle Belastung darstellen könne, Abfallentsorgung als kommunale Dienstleistung nicht mehr zeitgemäß sei und im Wettbewerb zu erbringen sei und Kommunalisierung zur Verdrängung von privaten Unternehmen führe.

2006 wurde eine Strategie beschrieben, die wir heute in kleinen Scheibchen im Rahmen der Abfallsatzung präsentiert bekommen. Das Nachsortieren von Abfall ist eine Innovation von kleinen Dienstleistungsunternehmen, die davon profitieren, dass Mülltrennung zu einer Wissenschaft geworden ist. Die städtischen Abfallwirtschaftsbetriebe AWB sind selbst nicht auf die Idee gekommen, im Gegenteil: Sie haben jahrelang versucht, diese Idee mithilfe der Satzung zu bekämpfen.

Kaum sieht die AWB, dass sich dieses Geschäftsmodell mehr und mehr durchsetzt und Unternehmen, die das anbieten, wachsen, schon geht sie zum Verdrängungswettbewerb über. Sie lässt sich diese neue Dienstleistung aus ihrer Sicht, nämlich aus Sicht des Marktes, nicht nur als einfache Dienstleistung vom Aufsichtsrat absegnen, sondern sie lässt sie sich auch noch ausgerechnet über die hoheitliche Satzung bestätigen. Das geht relativ weit. Das sieht eindeutig nicht nach fairem Wettbewerb aus.

(Beifall bei der FDP sowie bei Teilen der CDU)

Die AWB hat ein Monopol in ihrem Kerngebiet der Abfallentsorgung.

(Karsten Kretschmer [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist gewollt!)

Mit dem kann sie gelassen ihre Fixkosten decken. Dafür ist das Kommunalabgabengesetz da. Das verpflichtet sie aber auch zur Zurückhaltung. Es stellt sich nämlich die Frage, ob die Monopolrendite über die Gewinnabführung auch anders genutzt werden kann, als zu Grenzkosten kleine Firmen aus dem Markt zu drängen. Wenn das so weitergeht, ersticken wir langfristig Innovationen und kleine Unternehmen, die diese in den Markt bringen. Auch die heute noch privat organisierte Altkleidersammlung scheint ins Visier der AWB gerückt zu sein.

Wir sind nicht gegen kommunale Unternehmen.

(Martin Börschel [SPD]: Na, na, na?)

Aber wir sind dagegen, dass die kommunalen Unternehmen Monopole ausnutzen, um kleine Unternehmen zu verdrängen.

(Beifall bei der FDP)

Wir sind überzeugt, dass sich die AWB zuerst in ihren Kernaufgaben dem Wettbewerb stellen muss, innerhalb und außerhalb von Köln. Wir

sehen in der Abfallsatzung genau das Gegenteil, nämlich einen Trend zur Verdrängung von Wettbewerb. Ich nenne das einen kleinen Schritt zum Kommunalmonopolkapitalismus oder zum Kuschel-Stamokap. Und deswegen lehnen wir die Abfallsatzung heute ab.

(Beifall bei der FDP - Martin Börschel [SPD]: Das ist doch eure Gesetzgebung!)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Gibt es weitere Wortmeldungen? - Herr Brust, wollen Sie noch reden? - Bitte.<sup>1</sup>

**Gerd Brust (Bündnis 90/Die Grünen):** Ich muss mich hier zu Wort melden, damit später im Protokoll solche Aussagen nicht unwidersprochen als Wahrheit auftauchen.

Die FDP schreibt in ihrer Presseerklärung, dass die AWB das Monopol auf die Entsorgung des Verpackungsmülls habe. - Zur Richtigstellung: Herr Albach, die Gelbe Tonne unterliegt der Ausschreibungspflicht. Die AWB hat nur, weil sie in diesem Wettbewerb mithalten kann, diese Ausschreibung gewonnen.

(Martin Börschel [SPD]: Ups, das ist aber peinlich, Herr Albach!)

Sie schreiben in Ihrer Presseerklärung auch, die AWB habe ein Monopol auf die Entsorgung von Verpackungsmüll. - Das stimmt einfach nicht. Wir haben die Ausschreibung gewonnen, weil wir besser waren als Remondis und andere private Mitbieter.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen - Karsten Kretschmer [Bündnis 90/Die Grünen]: Und das mit Tariflöhnen!)

Sie von der FDP können es anscheinend nicht ertragen, wenn kommunale Unternehmen im Wettbewerb mithalten und Ausschreibungen gewinnen können.

(Martin Börschel [SPD]: Sogar mit Tariflöhnen!)

Weiter behaupten Sie, das neue Angebot Nachsortierung könne nur deswegen angeboten werden, weil die AWB einen Wettbewerbsvorteil

<sup>1</sup> Frau Bürgermeisterin Scho-Antwerpes übernimmt die Sitzungsleitung.

habe, da sie keine Mehrwertsteuer zahlen müsse. - Wir haben Sie im Umweltausschuss extra darauf hingewiesen, dass das Unsinn ist. Sie haben dazu heute noch einmal schriftliche Unterlagen bekommen. Die AWB zahlt auf ihre Leistungen den vollen Mehrwertsteuersatz und hat deswegen überhaupt keinen Vorteil,

(Martin Börschel [SPD]: Autsch, das tut weh!)

wenn sie jetzt auch in das Geschäft mit der Nachsortierung einsteigt.

Wenn Sie wirklich an Wettbewerb interessiert wären, müssten Sie sich doch freuen, dass ab 1. Januar ein weiterer Wettbewerber auf dem Markt präsent sein wird und die Kunden so noch mehr Möglichkeiten zur Auswahl haben.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen sowie bei Teilen der SPD)

Zum letzten Punkt: Altkleider. Die Stadt Köln will nicht, wie es in der Presse heißt, in den Altkleidermarkt einsteigen und dann möglichst viel Geld machen.

(Birgit Gordes [CDU]: Was denn sonst? - Gegenruf von Martin Börschel [SPD]: Hören Sie mal zu! Er erklärt Ihnen das jetzt!)

Vielmehr gibt es dafür zwei Gründe: Ein Grund ist das von der schwarz-gelben Bundesregierung geplante Wertstoffgesetz. Darin ist vorgesehen, dass demnächst 65 Prozent der Müllmengen recycelt werden müssen. Wir müssen also alle Möglichkeiten ausschöpfen, unter anderem auch Altkleider, soweit möglich, wiederverwerten, recyceln usw.

(Martin Börschel [SPD]: Das ist euer schwarz-gelbes Bundesgesetz!)

Dazu gibt es einen Pilotversuch, wie man das in Köln am besten machen kann.

Der zweite Grund, warum wir das in Köln machen müssen, ist die Verschandelung der Landschaft durch illegal aufgestellte Container. Die können wir nur abbauen lassen, wenn wir ein Gegenangebot aufstellen. - Vielen Dank.

(Beifall bei SPD und Bündnis 90/Die Grünen)

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen, liebe Kollegen und Kolleginnen.

(Martin Börschel [SPD]: Da schweigt die FDP!)

- Dazu könnte ich ja noch etwas sagen.

Dann lasse ich jetzt darüber abstimmen. Wer ist dagegen? - Das sind die CDU, die FDP und pro Köln. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist die Satzung so genehmigt.

Zu Tagesordnungspunkt 7.1.2:

**7.1.2 3. Satzung zur Änderung der Rückwirkenden Satzung zur Besteuerung des Spielvergnügens an Geldspielgeräten 3778/2012**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine Wortmeldungen. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? - Niemand. Gibt es Enthaltungen? - Pro Köln enthält sich. Damit ist auch diese Satzung angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 7.1.3:

**7.1.3 1. Satzung zur Änderung der Satzung zur Erhebung einer Kulturförderabgabe im Gebiet der Stadt Köln vom 23. September 2010 4301/2012**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Herr Klipper, bitte.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Bin ich der Einzige?)

- Nein, aber der Erste.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Lassen wir mal die anderen anfangen!)

- Gut. - Herr Frank, bitte.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Dann ziehe ich zurück! Wir müssen nicht dazu sprechen!)

Herr Breite.

(Zuruf von Ulrich Breite [FDP])

Wer bietet mehr?

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Dann stimmen wir ab!)

- Herr Breite spricht.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Das ist wieder der gleiche Streit hier! - Gegenruf von Martin Börschel [SPD]: Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben! - Weiterer Zuruf von der CDU: Wie schnell Herr Breite da oben ist!)

**Ulrich Breite** (FDP): Danke schön, Frau Bürgermeisterin.

(Zuruf)

- Ich doch nicht. Bei meinen Augen? Das geht doch gar nicht.

Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Im Finanzausschuss werde ich immer von Götz Bacher kritisiert, wenn ich statt von der Kulturförderabgabe von der Bettensteuer rede. Ich muss zugeben: Ich habe diesen Begriff mit erfunden.

(Zurufe: Oh!)

- Ja. Er passt auch, meine Damen und Herren;

(Götz Bacher [SPD]: Wer hat die Bettensteuer denn wirklich erfunden?)

denn es geht gar nicht nur um die Übernachtung. So steuererfindungsreich ist unsere Stadtverwaltung nämlich. Sie hat auch einen § 2 Abs. 2 eingeführt. Wenn Sie tagsüber zum Schäferstündchen gehen, müssen Sie die Steuer nämlich auch bezahlen. Auch tagsüber, wenn Sie gar nicht übernachten, müssen Sie diese Steuer bezahlen.

(Zurufe von der SPD und vom Bündnis 90/Die Grünen)

Man sieht: Hauptsache, das Bett ist mit im Spiel. Dann wird in Köln abkassiert, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und der CDU - Zuruf von Martin Börschel [SPD])

- Ich will doch hoffen, dass das bei Ihnen noch ohne Geld geht.

(Beifall bei der FDP)

Da bin ich mir auch ziemlich sicher. Sie müssen dann aber auch die Bettensteuer zahlen.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Ein Ordnungsruf, bitte!)

Da gibt es auch keinen Abschlag für Sozialdemokraten. Da bin ich mir hundertprozentig sicher.

(Henk van Benthem [CDU]: Kein Köln-Pass!)

Aber ich muss auch sagen - -

(Winrich Granitzka [CDU]: Der Rat muss sauber bleiben!)

- Das weiß ich jetzt nicht. Dazu möchte ich mich auch nicht äußern. - Ich möchte aber noch einmal auf das Oberverwaltungsgericht eingehen, das uns schon schriftlich erklärt hat, dass unsere Satzung nichtig ist und auch nicht mehr verbessert werden kann. Trotzdem bleibt die Stadtverwaltung bei ihrer Meinung. Man will vielleicht sogar vor das Bundesverfassungsgericht ziehen.

(Ralph Sterck [FDP]: Das ist Kölner Landrecht!)

- Das kann man durchaus als Kölner Landrecht bezeichnen.

Es ist auch sehr interessant, welche Begründung jetzt dafür herangezogen wird, dass man das machen kann. Da wird doch tatsächlich diese Satzung zur Bettensteuer mit der Hundesteuersatzung verglichen und argumentiert, bei der Hundesteuersatzung gebe es auch keine Ausnahmen für betriebsbedingte Hunde.

(Heiterkeit bei der FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wie kann man bloß auf diese Idee kommen? Sie füllen wahrscheinlich alle Ihre Steuererklärung selbst aus und wissen darum, was es heißt, Werbungskosten zu haben, wenn man beruflich tätig ist. Das gibt es bei Hunden noch nicht. Darum hinkt dieser Vergleich auch. Ich weiß nicht, ob man das Oberverwaltungsgericht oder auch das Bundesverfassungsgericht überzeugen kann, indem man hier mit betriebsbedingten Hunden ankommt.

Wenn man schon solche Argumente anführen muss, weil man einfach nicht zugeben will, dass man mit dieser Satzung auf dem falschen Dampfer ist, dann können wir uns nur blamieren, muss ich sagen. Die FDP will - genauso wie die CDU, glaube ich - verhindern, dass wir von der Stadt Köln diesen Weg gehen.

Im Finanzausschuss höre ich dann immer, auch das letzte Mal, vom Ausschussvorsitzenden Martin Börschel, vor Gericht und auf hoher See sei man in Gottes Hand. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn man schon mit einem leckgeschlagenen Dampfer auf hohe See geht, braucht man sich nicht zu wundern, wenn man kentert. Das hat nichts mehr mit dem lieben Gott zu tun.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Lassen Sie das also bitte sein. Ich kann es in dieser Form nicht mehr hören.

Ich kenne auch - insbesondere aus anderen Fällen - die rechtlichen Fantasien, um das noch irgendwie hinzubekommen. Man meint, man habe in rechtlichen Fragen mehr Know-how als das Oberverwaltungsgericht und die dort tätigen Richter und als das Bundesverwaltungsgericht und seine Richter; denn diese Richter haben die Unterscheidung zwischen privat und beruflich veranlasseten Übernachtungen deutlich gemacht.

Hier steht jetzt in der Begründung, die wir weitergeben wollen, jede berufsbedingte Übernachtung enthalte auch einen Privatanteil, weil man ja immer schlafen müsse.

(Karsten Kretschmer [Bündnis 90/Die Grünen]: Wie beim Frühstück!)

Darum stimme das, was der Bundesgerichtshof geschrieben hat, gar nicht; es sei immer privat.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, zu diesen Kuriositäten kommt es, weil man einfach nicht anerkennen will, dass man hier etwas Falsches geschaffen hat.

Ich habe heute bei der Einbringung unseres Haushalts schon etwas über das Steuerfindungsrecht der Kommunen gehört. So weit sollten wir aber nicht gehen, glaube ich. Schließlich lernt man schon als Kind: Nicht alles, was man findet, sollte man in die Hand nehmen.

(Heiterkeit bei der FDP und der CDU)

Das gehört auch dazu. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Herr Klipper, bitte.

**Karl-Jürgen Klipper** (CDU): Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Lieber Herr Breite, eine solche Rede ist eigentlich kaum noch zu toppen. Dennoch erlaube ich mir, ergänzend noch einmal auf einige Dinge aus der Vergangenheit hinzuweisen.

Jetzt einmal Spaß beiseite: Wir haben schon damals gesagt, als das hier durch den Hauptausschuss und den Rat gepeitscht wurde, dass wir große Zweifel an der Gesetzeskonformität dieser Satzung haben. Aber das galt natürlich alles nicht. Man wurde mit dem Bundesverfassungsgericht konfrontiert.

Eines Tages kamen dann doch zwei Urteile des Bundesverwaltungsgerichts, und zwar zu Bingen und zu Trier. Darin wurden deren Satzungen, die ähnlich aufgebaut waren und ähnlich strukturiert sind, in vollem Umfang für nichtig erklärt. Welch ein Schreck für die Kämmerin, dass eine Satzung, die über den mittelfristigen Finanzplanungszeitraum 64 Millionen Euro einbringen sollte, dann auf einmal für nichtig erklärt wurde! Damit war die mittelfristige Finanzplanung obsolet und gar nicht mehr wirkungsvoll.

Anschließend hat man geglaubt, man könne das immer noch retten - bis das Verwaltungsgericht sich so geäußert hat, wie Herr Breite das schon geschildert hat. Eigentlich war es schon bereit, einen Beschluss zu fassen und das Ganze zu stoppen. Dann hat die Verwaltung aber noch einmal darauf reagiert.

Meine Damen und Herren, ich sage Ihnen heute schon: Dies hat überhaupt keine Bedeutung. Denn wie soll das gehen? Ich zitiere einmal § 2 Abs. 4 des Satzungsentwurfs:

Der Beherbergungsgast kann die zwingende berufliche Veranlassung auf amtlich vorgeschriebenem Vordruck erklären und belegen, z. B. durch Arbeitgeber- oder Dienstherrnbescheinigung oder bei einer selbstständigen gewerblichen oder freiberuflichen Tätigkeit mit einer amtlich vorgeschriebenen Eigenbescheinigung. Die zwingende berufliche Veranlassung ist für jeden Beherbergungsgast gesondert zu belegen.

Nur dann ist man von dieser Abgabe befreit.

Jetzt überlegen Sie sich einmal Folgendes: In der Stadt Köln haben wir 4 Millionen Übernachtungen. Das Hotelpersonal muss jetzt anfangen, bei jedem einzelnen Gast nachzufragen - vielleicht auf Englisch, Französisch oder Spanisch. Schließlich kommen auch etliche Gäste aus Spanien. Sie werden ebenfalls damit konfrontiert.

(Ulrich Breite [FDP]: Aus China!)

Das muss in jedem Fall gemacht werden. Das Ganze muss auch belegt werden. Es reicht nicht aus, es zu behaupten und ein Kreuzchen zu machen. Nein, das muss belegt werden. Höchstwahrscheinlich werden einige Gäste aus China auch eine chinesischen Bestätigung mitbringen, dass das der Fall ist.

(Heiterkeit bei der CDU und der FDP)

Ich kann mir vorstellen, dass wir hochqualifizierte Hotelfachleute, die mehrsprachig sind, damit beschäftigen werden, diese Bescheinigungen einzuholen. 4 Millionen Übernachtungen!

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich in allem Ernst feststellen, dass eine Steuer nur dann rechtswirksam ist, wenn ihre Erhebung auch kontrolliert werden kann. Sagen Sie mir einmal, wie Sie das bei 4 Millionen Übernachtungen im Jahr durch die Stadt kontrollieren wollen. Sie sagen, das gehe alles. Sie haben ja Erfahrung darin. Wir haben auch unendlich viele Steuerprüfer, die so etwas machen können. 4 Millionen Belege! Man darf sie natürlich auch nicht in Kopie einreichen, sondern muss sie im Original vorlegen. Es könnte ja einer etwas daran gefummelt haben.

Meine Damen und Herren, diese Bettensteuer - ich will sie so nennen; die andere Bezeichnung geht mir nicht so richtig über die Lippen - ist überflüssig. Sie wird gestoppt werden.

Lassen Sie mich noch einmal die Gründe nennen: Sie ist wirtschaftsfeindlich. Sie ist tourismusschädigend. Gerade für den Messe- und Kongressstandort ist sie extrem schädlich.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Die Wettbewerbsverzerrungen mit dem Umland, die wir schon haben, sind gegeben. Deswegen wird es auch bei anderen Steuern zu Mindereinnahmen kommen. Die Bettensteuer ist überhaupt nicht überprüfbar. Einnahmen und Kosten stehen in keiner Relation zueinander.

Ich schwöre Ihnen schon heute: Die Bettensteuer ist nicht gerichtsfest. Aber was will man machen? Die Mehrheit von Rot-Grün hat hier im Rat eine Mehrheit; der Oberbürgermeister macht es ja mit. Wir sollten uns so schnell wie möglich von diesem Beschluss trennen. Wenn wir es nicht tun, werden die Gerichte die Entscheidung für Sie von SPD und Grünen treffen. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Schönen Dank, Herr Klipper. - Herr Frank, bitte.

**Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen):** Werte Frau Bürgermeisterin! Werte Gegnerinnen und Gegner der Bettensteuer! Ich muss erst einmal mit einer Mär aufräumen. Ist Herr Breite wirklich der Erfinder des Begriffs Bettensteuer?

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Das ist ja ein wichtiger Beitrag! - Winrich Granitzka [CDU]: Wahrscheinlich hat Herr Breite abgeschrieben!)

Die Antwort lautet leider: Nein. Der Erfinder ist die Stadtverwaltung Rom; denn Rom hatte zum 1. Januar 2011 für Touristen und Geschäftsreisende eine, wie man es dort nennt, Bettensteuer eingeführt, von der übrigens nur Kinder bis zu zwei Jahren usw. befreit sind. Dieses Verdienst kommt also Rom zu.

Ich will aber auf eines hinweisen, was wir hier vergessen, weil Köln - und insbesondere dieser Stadtrat - sich immer selbst genug ist: Über die Kulturförderabgabe oder über eine Abgabe in dieser Form zu lästern, ist auch Ausdruck von Provinzialität.

(Zurufe von der CDU: Oh!)

Die Städte Amsterdam, Rotterdam, Gent, Paris, Rom, Budapest, Barcelona, Luzern, Buenos Aires und Sydney haben sie längst eingeführt. Sie hat dort den schlichten Namen City-Tax und wird im Wesentlichen als Tourismusabgabe erhoben. Keiner regt sich groß darüber auf. Wir wissen auch, dass diese Städte in ihrer Wirtschaftskraft nicht gerade im unteren Bereich der Skala liegen. Dafür brauche ich hier wohl keine Belege anzuführen. Daran wird deutlich, dass es sich bei der hier geführten Debatte wirklich um Kirchturmpolitik handelt. Wir sollten aufhören, uns in dieser Frage nur besoffen zu reden, und wirklich einmal die Fakten sprechen

lassen. Insgesamt erheben derzeit zehn deutsche Städte eine solche Abgabe.

Natürlich ist sie rechtlich umstritten. Das wissen wir. Bei Aufwandsteuern ist das aber in der Historie immer so gewesen. Wie oft wurden denn hier die anderen Aufwandsteuern durch Satzungsänderungen angepasst? Damit kann man mehrere Aktenordner füllen. Es wird immer wieder auf die Rechtsprechung eingegangen, um die entsprechende Satzung rechtssicher zu machen. Bei einer neuen Satzung ist das erst recht so.

Der Konflikt hat für uns aber vor allem einen politischen Hintergrund. Deshalb sind wir, insbesondere wir Grüne, der Meinung, dass diese Sache durchgefochten werden muss. Es geht um nichts anderes als um die Frage, inwieweit die Städte tatsächlich ein verfassungsrechtlich verbrieftes Recht auf kommunale Selbstverwaltung und auf die Erhebung von Steuern haben. Das ist gemäß Art. 28 des Grundgesetzes gewährleistet. Es muss aber auch in der Praxis umgesetzt werden. Diese rechtliche Garantie muss aufrechterhalten und verteidigt werden. Insofern ist es schon allein aus diesem sehr essenziellen Grund wichtig, dieses Gefecht zu führen. Da wird das Bundesverwaltungsgericht sicherlich auch noch nicht das letzte Wort gesprochen haben, denke ich.

Es gibt noch einen zweiten Grund. In einer politischen Situation, in der das Konnexitätsprinzip in aller Regel untergraben wird, bleibt den Städten gar nichts anderes übrig, als tatsächlich ihr Steuerfindungsrecht zu nutzen. Das ist hier geschehen, und zwar in sinnvoller Art und Weise. Deshalb muss man vor allem einen langen Atem haben. Es kann aber auch sein, dass sich die Sache schon im nächsten Jahr endgültig entscheidet.

Lassen Sie mich noch mit einer letzten Mär aufräumen. Geht Köln als Tourismusstandort unter? Auch das trifft nicht zu. Ein schlichter Blick auf die Tourismuszahlen, die KölnTourismus dankenswerterweise regelmäßig veröffentlicht, aber auch auf die Daten des Landes NRW zeigt: Wir haben wachsende Städte. Unsere Stadt wächst nicht nur von der Einwohnerzahl her sondern auch beim Tourismus. Wir haben in Nordrhein-Westfalen auch eine hohe Attraktivität für den Städtetourismus. Das wird sich auch durch die Kulturförderabgabe nicht ändern.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen  
und bei der SPD)

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Danke schön, Herr Frank. - Herr Börschel, bitte.

**Martin Börschel (SPD):** Frau Bürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Breite, dass Sie nicht mehr hören können, was ich sage, gibt mir einen Stich ins Herz. Deswegen will ich es zumindest einmal anders probieren und auf Sie eingehen. Wenn man Ihrer Rede lauschte, hatte man das Gefühl, die Gerichte hätten völlig anders entschieden, als Sie das hier dargestellt haben.

Ich will noch einmal zur Genese unserer Debatten, die wir auch hier im Rat geführt haben, zurückkommen. Wenn ich mir ins Gedächtnis zurückrufe, mit welchen Argumenten Sie uns immer entgegengetreten sind, was die Unzulässigkeit dieser Kulturförderabgabe angeht, schlottern mir heute noch die Knie. Sie haben gesagt, das sei alles in Bausch und Bogen verfassungswidrig. Es sei ein Verstoß gegen die Bundestreue - einen Verfassungsgrundsatz, den es tatsächlich gibt. Das hat mir treuem Staatsbürger wirklich die Angst in die Glieder fahren lassen. Sie haben gesagt, das sei ein Verstoß gegen das Abstandsgebot zur Umsatzsteuer, nämlich wegen der Gleichartigkeit, und andere Dinge mehr. Aufgrund Ihrer Behauptung, wer überhaupt auf diese Idee kommen könne, mache sich ohne Zweifel der Verfassungsfeindlichkeit schuldig, haben wir damals sogar ernsthaft überlegt, ob wir das Ganze vielleicht lassen sollten.

Wir haben es trotzdem gewagt und haben vom Bundesverwaltungsgericht, nachdem auch viele einzelne Vorgerichte in dieser Weise entschieden hatten, zumindest gehört, dass diese neue Aufwandsteuer als solche rechtmäßig ist. Das darf man hier nicht durch Geschichtsklitterung wegdreden. Das Bundesverwaltungsgericht hat klipp und klar gesagt: Eine solche neue Aufwandsteuer ist rechtmäßig und genügt den diversen Geboten der Verfassung.

(Volker Görzel [FDP]: Aber!)

Es hat unsere konkrete Ausgestaltung - davon gehen wir nach den Urteilen für Trier und Bingen aus - in einem entscheidenden Punkt korrigiert - der finanziell wehtut; das muss man ganz klar sagen -, indem es zwischen zwingend beruflich veranlassten Übernachtungen und allen übrigen Übernachtungen differenziert hat.

Jetzt haben wir zwei Möglichkeiten. Entweder bleiben wir, bis das Bundesverfassungsgericht

entschieden haben wird, bei unserer bisherigen Auffassung - natürlich mit dem Risiko, dass wir dann möglicherweise, wenn das Bundesverfassungsgericht der neuen Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts folgen sollte, bestimmte Einnahmen nicht erzielen können. Oder wir korrigieren den Weg nach der aktuellen Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts - das schlägt die Verwaltung hiermit auch vor - und schauen, ob wir hinterher beim Bundesverfassungsgericht doch noch zu unserem Recht kommen.

Wir glauben, dass dieser Kampf sich lohnt, weil - das habe ich im Finanzausschuss auch schon einmal gesagt - die Rechtsprechung sich über die Jahre und Jahrzehnte auch mal ändern kann. Entweder tut sie das auch hier, oder sie tut es nicht. Wir sind genau in der Phase, das herauszufinden.

Das Bundesverwaltungsgericht ist in der Frage des Aufwandsbegriffs jetzt zu einer neuen Rechtsprechung gekommen. Das Bundesverfassungsgericht hält allerdings bisher in ständiger Rechtsprechung am alten Aufwandsbegriff fest, der die alte Kölner Satzung stützt.

Jetzt ist die ganz einfache Frage: Wird das Bundesverfassungsgericht seine Rechtsprechung von Jahren und Jahrzehnten ändern und der neuen Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts anpassen? Dann haben wir Pech gehabt. Oder wird das Bundesverfassungsgericht - was wir hoffen - bei seiner bisherigen Rechtsprechung bleiben? Dann würde es die neue Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts aufheben. Das mag für Juristen spannender sein als für den Rest der Welt. Aber so ist nun einmal das Leben.

Wir meinen, gute Argumente zu haben, dass das Bundesverfassungsgericht bei seiner bisherigen Rechtsprechung bleibt. Dann wird es sicherlich auch noch einmal zu einer erneuten Änderung der Satzung kommen müssen, weil wir die Rechtsprechung dann natürlich in der bestmöglichen Art und Weise auslegen werden.

In Ergänzung von Herrn Frank möchte ich aber auch noch kurz auf Herrn Klipper eingehen, der hier einige Informationen gegeben hat, die nicht so stehen bleiben können. Herr Klipper, Sie haben gesagt, die Kulturförderabgabe sei wirtschaftsfeindlich, für den Tourismus- und Kongressstandort schädlich und im Übrigen auch überflüssig.

Eines kann man doch einmal festhalten: Wenn wir mit mindestens 7 Millionen Euro Erträgen kalkulieren können - und das wohlgerne schon nach der neuen, veränderten Satzung -, können Sie bei unserer Finanzlage doch nicht ernsthaft behaupten, dass es sich dabei um eine überflüssige Einnahme handelt. Wir sichern mit diesen Einnahmen das Renovierungsprogramm für Kulturbauten. Wir sichern mit diesen Einnahmen einen bestimmten Teil des Etats für den Kongressstandort Köln, für KölnTourismus und für die Wirtschaftsförderung. Wir sichern mit diesen Einnahmen unser Stadtverschönerungsprogramm. Alle diese Maßnahmen wären nicht möglich, wenn wir eine solche Einnahme nicht hätten.

Angesichts zweier Umstände kann ich auch überhaupt nicht nachvollziehen, dass Sie tatsächlich von Schädigung sprechen. Was die Übernachtungszahlen angeht, eilen wir in Köln - übrigens seit Einführung der Kulturförderabgabe - von Rekord zu Rekord. Die Beherbergungsbetriebe, also die Hotels, bauen ihre Kapazitäten in Köln aus. Glauben Sie denn, dass sie das machen würden, wenn das alles so schädlich wäre und wenn es so schrecklich wäre, hier in Köln zu übernachten? Diese Märchen glauben nur Sie selbst. Selbst der DEHOGA hält sie nicht mehr aufrecht. Es übernachten so viele Menschen in Köln wie nie zuvor.

(Ralph Sterck [FDP]: Die Zuwachsraten in Düsseldorf sind höher!)

Daran hat die Kulturförderabgabe nichts geändert. Insofern glaube ich, dass Sie sich an dieser Stelle korrigieren sollten. Wir versuchen jedenfalls, zu unserem Recht zu kommen, solange es noch diese Möglichkeiten gibt. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen)

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Herr Klipper, wollen Sie jetzt doch keine Nachfrage mehr stellen?

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Ich hatte eine Nachfrage an Herrn Börschel!)

- Bitte.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Jetzt hat er das Rednerpult ja verlassen!)

- Er kann auch von seinem Platz aus antworten.

(Martin Börschel [SPD]: Dann muss er mir die Frage doch stellen!)

- Das macht er ja jetzt.

**Karl-Jürgen Klipper** (CDU): Herr Börschel, was Sie sagen, ist immer ein bisschen einseitig. Das ist Ihre Argumentationsart. Wir kriegen vielleicht 6 oder 7 Millionen Euro. Wir werden noch herausfinden, was dabei herauskommt. In diesem Zusammenhang muss aber auch berücksichtigt werden, was das Ganze überhaupt kostet. Ich habe eben dargestellt, was in der Satzung steht. Und es ist ein Grundsatz einer Steuer wie dieser Aufwandsteuer, dass ihre Erhebung überprüfbar sein muss, dass es also eine Steuergerechtigkeit gibt und nicht jemand einfach durchläuft.

Um die 7 Millionen Euro zu erheben, von denen Sie ausgehen, müssen die Belege von 4 Millionen Übernachtungen überprüft werden - zumindest stichprobenartig. Eine solche Überprüfung kostet enorm viel Geld. Wie ich die Verwaltung kenne, wird sie das auch sehr akribisch machen. In den Haushalt dürfen Sie also nur den Betrag einstellen, der dann noch übrig bleibt. Ich hoffe, dass das überhaupt ein siebenstelliger Betrag sein wird. Vor diesem Hintergrund stellt sich für mich die Frage, ob sich die ganze Sache lohnt.

Herr Börschel, haben Sie denn einmal darüber nachgedacht, welcher Aufwand in diesem Zusammenhang auf die Hotels zukommt?

(Karsten Kretschmer [Bündnis 90/Die Grünen]: Diesen Aufwand haben die Hotels schon seit der Reform der Mehrwertsteuer!)

- Den haben sie nicht. Das bedeutet nämlich einen besonderen Aufwand. Sie müssen differenzieren. Das gibt es sonst gar nicht. Sonst ist es einheitlich. Hier müssen sie aber differenzieren. - Erstens stellt sich also die Frage, ob Sie das dabei berücksichtigt haben.

Zweitens. Sie sagen, es gebe mehr Übernachtungen. Haben Sie sich einmal die Zahlen im Umkreis von Köln angesehen? Dort gab es erheblich größere Steigerungen als in Köln. Das ist der Beweis dafür, dass es hier schlechter geworden ist. - Diese beiden Fragen wollte ich Ihnen einmal stellen.

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Bitte, Herr Börschel.

**Martin Börschel** (SPD): Herr Kollege Klipper, auf Ihre beiden Fragen will ich Ihnen auch die erbetenen zwei Antworten geben.

Zu Ihrer zweiten Frage: Die Übernachtungszahlen - das haben Sie auch bei der Formulierung Ihrer Frage nicht negiert - sind hier in Köln wirklich rekordverdächtig.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Sie stehen aber nicht im Verhältnis zu den Zahlen in den anderen Kommunen!)

Solange eine Taxifahrt von einem Ort außerhalb Kölns in die Stadt teurer ist als unsere Kulturförderabgabe, habe ich keine Angst davor, dass es durch unsere Abgabe tatsächlich zu einem Rückgang der Übernachtungszahlen in Köln kommt.

(Beifall bei Teilen der SPD)

Zu Ihrer ersten Frage: Wenn Sie sich die Mühe machen würden, die wirklich gut bearbeitete Vorlage der Verwaltung einmal akribisch durchzulesen, würden Sie auf Ihre Fragen auch selbst Antworten finden und sie nicht mir stellen müssen. Auf Seite 9 der Vorlage hat die Verwaltung - akribisch; da haben Sie vollkommen recht - auch den Kostenaufwand aufgelistet, der der Erhebung dieser neuen Steuer gegenübersteht. Er beträgt - daran sehen Sie, wie akribisch die Verwaltung das gemacht hat - 369 600 Euro.

(Helmut Jung [CDU]: Das glauben Sie doch selbst nicht!)

Das muss man natürlich von den Einnahmen abziehen; da haben Sie recht. Im Saldo ergibt sich aber noch eine erhebliche Einnahme. Darüber sollten wir doch froh sein.

(Beifall bei der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen)

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Herr Klipper.

**Karl-Jürgen Klipper** (CDU): Herr Börschel, die Zahl, die Sie gerade genannt haben, beruht auf dem Vergleich zur Hundesteuer. Die Hundesteuer vom Aufwand her mit der

Bettensteuer zu vergleichen, ist nicht der richtige Ansatz, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und der FDP - Martin Börschel [SPD]: Herr Klipper, das ist zwar nicht wahr; ich lasse es aber einmal so stehen!)

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Frau Klug, bitte.

**Stadtkämmerin Gabriele C. Klug:** Ich möchte festhalten, dass das der spitz gerechnete Betrag in diesem Zusammenhang der Kulturförderabgabe ist.

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Schönen Dank, Frau Klug. - Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen.

Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dafür? - Das sind die SPD, die Grünen, die Linke, Herr Zimmermann und der Oberbürgermeister.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Wo ist der Oberbürgermeister denn?)

- Er sitzt da hinten und hebt die Hand. - Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Damit ist das so angenommen.

Ich rufe auf:

## 7.2 Gebühren-, Entgeltordnungen und Ähnliches

Zu Tagesordnungspunkt 7.2.1:

### 7.2.1 Satzung über die Abfallgebühren in der Stadt Köln (Abfallgebührensatzung - AbfGS -) 4218/2012

Gibt es dazu Wortmeldungen? Es sind keine angemeldet. - Ich sehe auch keine. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? - Das sind die CDU und pro Köln. Gibt es Enthaltungen? - Die FDP enthält sich. Damit ist das so angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 7.2.2:

### 7.2.2 Satzung der Stadt Köln über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren (Straßenreinigungssatzung - StrReinS -)

## 3999/2012

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Ich sehe keine. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? - Das sind die CDU, die FDP und pro Köln. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist dem so zugestimmt.

Zu Tagesordnungspunkt 7.2.3:

### 7.2.3 Änderung der Entgeltordnung für die Benutzung der Verkehrsflächen des Großmarktes Raderberg mit Kraftfahrzeugen 3121/2012

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Ebenfalls keine Wortmeldungen. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? - Die CDU, die FDP und pro Köln. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist dem zugestimmt.

Bitte, Frau Berg.

**Beigeordnete Ute Berg:** Ich habe noch eine Nachfrage. Ich gehe davon aus, dass die Alternative 1 beschlossen wurde. Entschuldigung; das ging so schnell, und ich war verblüfft, dass jetzt nicht weiter diskutiert wurde. Ist also die Alternative 1 beschlossen?

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Ja.

**Beigeordnete Ute Berg:** Gut. - Danke.

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Ich rufe auf:

## 7.3 Ordnungsbehördliche Verordnungen

Zu Tagesordnungspunkt 7.3.1:

### 7.3.1 Fortschreibung des Landschaftsplans der Stadt Köln 2816/2012

Hier ist Abstimmung wie Stadtentwicklungsausschuss vorgesehen.

Gibt es dazu noch Wortmeldungen? - Keine Wortmeldungen. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? - Niemand. Enthaltungen? - Keine. Damit ist das einstimmig angenommen.

Wir kommen zu:

**8 Unterrichtung des Rates über die von der Kämmerin/den Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen, -auszahlungen und -verpflichtungen für das Hj. 2012 gem. § 83 Abs. 1 u. § 85 Abs. 1 GO NRW i. V. m. der Haushaltssatzung 2012 4509/2012**

Das nehmen wir zur Kenntnis. Gibt es dazu noch Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann haben wir das so zur Kenntnis genommen.

Ich rufe auf:

**9 Überplanmäßige Aufwendungen**

Zu Tagesordnungspunkt 9.1:

**9.1 Überplanmäßige Aufwendungen im Teilplan 0402 - Museum Ludwig - für das Haushaltsjahr 2012 4417/2012**

**Änderungsantrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion AN/2032/2012**

Herr Frank, bitte.

**Jörg Frank** (Bündnis 90/Die Grünen): Ich möchte gar nicht dazu reden, sondern nur Ihr Augenmerk auf den Zusatzantrag lenken, der jetzt verteilt worden sein müsste und der dann natürlich mitbeschlossen werden müsste.

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Schönen Dank, Herr Frank. - Gibt es weitere Wortmeldungen? - Ich sehe keine.

(Helmut Jung [CDU]: Wir müssen den Antrag erst einmal lesen!)

- Sie müssen ihn erst einmal lesen.

(Gegenruf von Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Sie sind doch auch Antragsteller!)

- Dann sollte die CDU ihn eigentlich gelesen haben - bis auf Einzelne.

(Winrich Granitzka [CDU]: Entschuldigung! Wir haben zusammen mit anderen Fraktionen einen neuen Antrag formuliert! Der ist gerade

umgedruckt worden! Den haben wir noch nicht gelesen, Frau Bürgermeisterin!)

- Okay. Darf ich denn dann den Beschlusstext vorlesen, Herr Granitzka?

(Winrich Granitzka [CDU]: Ja, wunderbar!)

Er lautet:

Die Verwaltung wird beauftragt, den in 2012 als überplanmäßigen Aufwand für das Museum Ludwig bereitgestellten Betrag in Höhe von 1.460.000 Euro im Finanzplanungszeitraum 2013 bis 2017 aus den von Dez. VII verantworteten Etatbereichen zu refinanzieren. Die Refinanzierungsvorschläge sind dem Kultur- und Finanzausschuss im Rahmen der Haushaltsplanberatungen 2013/2014 zur Entscheidung vorzulegen.

(Winrich Granitzka [CDU]: Das ist neu! Jetzt können wir abstimmen!)

- Gut. - Dann lasse über diesen Änderungsantrag abstimmen. Wer ist dagegen? - Das ist pro Köln. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist er angenommen.

Dann kommen wir zur Abstimmung über die Vorlage in der geänderten Fassung, wie eben verlesen. Wer ist dagegen? - Das ist pro Köln. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist sie so angenommen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich rufe auf:

**11 Allgemeine Vorlagen**

Zu Tagesordnungspunkt 11.1:

**11.1 Umlegungsanordnung für das Umlegungsgebiet Nr. 399 in Köln-Poll 2516/2012**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Ich sehe keine. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? - Keine Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Dann ist das einstimmig angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 11.2:

**11.2 Einführung des gebundenen Ganztagsbetriebes an der Eichendorff-Realschule, Dechenstraße 1, 50825 Köln (Neuehrenfeld)**

**hier: Änderungsbeschluss zum  
Ratsbeschluss vom 20.12.2011  
2952/2012**

Gibt es dazu Wortmeldungen?

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Wie JHA?)

- Wie Finanzausschuss, Jugendhilfeausschuss, Schulausschuss und AVR.

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? - Keine Gegenstimmen. Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit haben alle dem zugestimmt.

Zu Tagesordnungspunkt 11.3:

**11.3 Fortführung der Trägerschaft für die  
Regionalagentur Region Köln durch die  
Stadt Köln für den Zeitraum 01.01.2013 -  
31.12.2014  
3223/2012**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? - Keine Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist das einstimmig angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 11.4:

**11.4 Nord-Süd Stadtbahn, 1. Baustufe  
Mitteilung über eine Kostenerhöhung  
für die Verschiebung des Entrauchungs-  
schachtes am Kurt-Hackenberg-Platz  
und Übernahme der Mehrkosten im  
Rahmen des § 7 des Nord-Süd-Stadt-  
bahnvertrages  
3431/2012**

In Verkehrsausschuss und Finanzausschuss war es einstimmig.

Gibt es dazu noch Wortmeldungen? - Keine. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? - Keine Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? - Pro Köln enthält sich. Damit ist das angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 11.5:

**11.5 Feststellung des Wirtschaftsplanes 2013  
der Zusatzversorgungskasse der Stadt  
Köln - Versicherungsweig Freiwillige  
Versicherung -  
3672/2012**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? -

Keine Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? - Pro Köln enthält sich. Damit ist das angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 11.6:

**11.6 Feststellung des Wirtschaftsplanes 2013  
der Zusatzversorgungskasse der Stadt  
Köln - Versicherungsweig  
Pflichtversicherung -  
3674/2012**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? - Keine Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist das angenommen.

Die Vorlage unter Tagesordnungspunkt 11.7 wurde zurückgezogen.

Zu Tagesordnungspunkt 11.8:

**11.8 Sanierung und akustische Optimierung  
des Orchesterprobenzentrums  
Stolberger Straße inkl. Sanierung der  
Außenanlagenbeleuchtung und der  
Sanierung des Flachdaches über dem  
Probensaal  
3835/2012**

**Änderungsantrag der SPD-Fraktion, der  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der  
FDP-Fraktion  
AN/2031/2012**

Frau von Bülow, bitte.

**Brigitta von Bülow** (Bündnis 90/Die Grünen):  
Zu der Vorlage unter Punkt 11.8, Sanierung und akustische Optimierung des Orchesterprobenzentrums Stolberger Straße, gibt es jetzt einen Änderungsantrag, der sich damit auseinandersetzt

(Zurufe)

- ich sage jetzt ja etwas dazu -, dass in der Vorlage der Verwaltung tatsächlich eine große Kostenexplosion enthalten ist. Wir möchten diese Kostenexplosion im Vorfeld begrenzen. Deswegen möchten wir zwei Punkte in der Beschlussvorlage verändern. Ich referiere das kurz, weil ich gerade gehört habe, dass es noch nicht bekannt ist.

Der Rat spricht sich natürlich noch einmal dafür aus, dass saniert wird, auch entsprechend dem alten Ratsbeschluss, allerdings dann entsprechend der Empfehlung des RPA. Das

heißt, dass das Gebäude tatsächlich nachhaltig saniert werden soll. Die Erhaltung der baulichen Substanz ist in unserem Änderungsantrag extra unter Ziffer 1 aufgenommen und soll dann auch umfänglich erfolgen. Allerdings soll der Innenausbau so weit reduziert werden, dass das Notwendige gemacht wird und die Kosten deutlich gesenkt werden.

Was uns auch noch wichtig ist, ist die Ziffer 2 des Änderungsantrags, die vor allem enthält, dass - -

(Unruhe bei der CDU)

- Wollen Sie zuhören oder erst einmal selber diskutieren? - Die Ziffer 2 ist uns wichtig. Wir haben festgestellt, dass der Raum bei weitem nicht ausgenutzt ist und viele Tage leer steht. Daher möchten wir die Betriebsleitung auffordern, in den Leerzeiten die Vermietung an Dritte zu ermöglichen, weil dadurch Einnahmen generiert werden können, sodass die entstehenden Kosten in der Gesamtschau langfristig etwas reduziert werden können.

Wir sprechen uns also für die Sanierung aus. Das ist ja Teil des Sanierungsbeschlusses. Sie wissen alle, dass es damals, als wir den Sanierungsbeschluss zu Schauspiel und Oper gefasst haben, um einen Kostendeckel ging. Es ging um die Stolberger Straße und gleichzeitig darum, auch zu sagen, dass die Kosten nicht steigen dürfen - und zwar von Anfang an nicht. Wir müssen schauen, dass in einem frühen Stadium alles getan wird, um die Kosten eher zu reduzieren bzw. zu deckeln und nicht von Anfang an schon höhere Kosten zu haben.

Insofern bitten wir um Zustimmung zu diesem Änderungsantrag.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Schönen Dank, Frau von Bülow. – Bitte, Frau Welcker.

**Katharina Welcker (CDU):** Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Wir lehnen diesen Änderungsantrag ab - nicht etwa, weil wir in dieser Stadt nicht gerne sparen wollten, sondern, weil man uns im Kulturausschuss und auch an anderer Stelle schon ziemlich deutlich gemacht hat, dass das das Äußerste ist, was zu planen ist.

Das bedeutet: Wir können jetzt gerne ganz darauf verzichten, den Konzertsaal in der Stolberger Straße zu renovieren. Das ist dann ehrlich. Dann haben wir das Geld auch gespart. Ob es sinnvoll ist, die dritte Kultursparte in dieser Stadt auch noch so zu ruinieren, wie Sie das bei den beiden anderen Kultursparten bereits gemacht haben, möchte ich einmal dahingestellt sein lassen.

(Beifall bei der CDU - Zurufe vom Bündnis 90/Die Grünen: Das ist eine Frechheit!)

Angesichts der Tatsache, dass wir in der Stolberger Straße schon die günstigere Variante gewählt haben - ich will nicht von preiswert sprechen; preiswert ist es nicht; es ist aber günstiger als der zunächst geplante Neubau einer solchen Probenhalle -, und angesichts der Tatsache, dass man uns vonseiten des Orchesters immer wieder entgegengekommen ist, indem man immer wieder unseren Sparvorschlägen nachgekommen ist und noch einmal überlegt hat, wie man das machen kann, ist jetzt einfach keine Musik mehr drin - weder in der Stolberger Straße noch in den Sanierungskosten, wenn wir weiterhin über den Innenraum reden.

Wir können uns gerne darüber unterhalten, ob man bei der Außenhautsanierung nur so weit geht, dass man nur das tut - -

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:  
Innen schick, und oben regnet es rein!)

- Ich will auch gar nicht ganz darauf verzichten. Vom Prinzip her kann man aber durchaus überlegen, ob man da noch einmal etwas reduzieren kann. Wir beteiligen uns auch gerne daran, darüber noch einmal nachzudenken - aber nicht über die Frage des Innenraums. Dem können wir nicht zustimmen.

Deshalb entscheiden wir uns für die Alternative. - Danke.

(Beifall bei der CDU)

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Danke schön, Frau Welcker. - Herr Breite, bitte.

**Ulrich Breite (FDP):** Verehrte Frau Welcker, ich muss Ihnen Folgendes sagen: Wir haben das Rechnungsprüfungsamt. Das ist unser Amt des Rates. Herr Hemsing als Amtsleiter sitzt hier.

Wenn er uns etwas schreibt, sollten wir das besonders genau lesen - vielleicht auch im Kulturausschuss. Darin wird nämlich deutlich, dass man den Innenraum zwar hervorragend ausbaut, dass es aber weiterhin in den Probenraum reinregnen kann, weil man außen etwas einsparen will.

Die Erfahrenen hier wissen schon, dass es nachher genauso kommen wird wie beim Museum Ludwig. Weil es reinregnet, müssen wir das dann nämlich trotzdem noch zusätzlich machen.

Da haben wir gesagt: Vorsicht! Sanieren wir doch lieber erst einmal die Außenhülle - dann regnet es auch nicht rein - und schauen anschließend, was wir mit dem Probenraum machen. - So herum wird ein Schuh daraus, glaube ich. Das versuchen wir mit diesem Änderungsantrag deutlich zu machen.

Wir haben schon ganz häufig erlebt, dass wir nachher wieder zubuttern mussten. Deshalb sollten wir lieber einmal auf das Rechnungsprüfungsamt hören. Wir glauben, dass wir hier den richtigen Weg gehen. Darum haben wir diesen Änderungsantrag gestellt. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP, der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen)

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Schönen Dank, Herr Breite. - Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen.

Dann lasse ich zunächst über den Änderungsantrag abstimmen. Wer ist gegen diesen Änderungsantrag? - Das ist die Fraktion der CDU.

(Zuruf: Zaghaft!)

- Zaghaft.

(Katharina Welcker [CDU]: Sollen wir auch noch aufstehen? Sollen wir dazu singen?)

- Bisher war die Stimmung hier eigentlich ganz friedlich. Diese Bemerkung kam auch aus Ihren eigenen Reihen. Ich habe das nur wiederholt. Ein bisschen Spaß können wir ja alle noch vertragen. - Die CDU stimmt also dagegen. Gibt es Enthaltungen? - Pro Köln und Herr Zimmermann enthalten sich. Damit ist der Änderungsantrag angenommen.

Ich lasse nun über die gesamte Vorlage in der geänderten Fassung abstimmen. Wer ist dagegen? - Das ist die CDU. Gibt es Enthaltungen? - Bei einer Enthaltung von Herrn Zimmermann ist die Vorlage so angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 11.9:

**11.9 Feststellung des Jahresabschlusses zum 31.08.2010 für die Bühnen der Stadt Köln  
2920/2012**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Ich sehe keine. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? - Keine Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist das einstimmig angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 11.10:

**11.10 Baubeschluss für die Sanierung des Offenbachplatzes im Rahmen des Projektes Sanierung der Bühnen am Offenbachplatz und Baubeschluss für die Umgestaltung der umliegenden Straßen  
0321/2012**

**Änderungsantrag der CDU-Fraktion  
AN/1894/2012**

**Änderungsantrag der FDP-Fraktion  
AN/1984/2012**

**Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
AN/2006/2012**

Bitte schön, Herr Möring.

**Karsten Möring (CDU):** Frau Bürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In der Vorlage der Verwaltung geht es um verschiedene Aspekte.

In der korrigierten Fassung ist ein Problem, das vielfach Diskussionen ausgelöst hat, schon gelöst worden. Die Frage der Platzmöblierung soll jetzt nämlich aus diesem Beschluss ausgekoppelt werden und einer eigenen Beschlussfassung unterliegen. Das begrüßen wir außerordentlich.

Wir sind der Auffassung, dass bei den Maßnahmen, die im Bereich des Opernquartiers durchgeführt werden müssen, eine Straße nicht zwingend aufgenommen werden muss, und zwar

die Glockengasse. Die Gestaltung des Opernumfeldes hat etwas damit zu tun, wie viel Fußgängerverkehr es dort gibt, wie groß die Schauseite ist bzw. ob es sich um eine Schauseite handelt und welche Funktion diese Straße hat. Wir sind der Auffassung, dass die Glockengasse nach wie vor als Verkehrsstraße genutzt werden muss, und vertreten daher die Meinung, dass wir sie nicht verengen müssen.

Unser Änderungsantrag zielt deswegen darauf, diese Straße aus der Planung herauszunehmen und einige andere Punkte in diesem Zusammenhang mit aufzuführen, und zwar die Gestaltung der Fahrradstellplätze ebenso wie die Frage, ob man die Parkplätze in dem vorgesehenen Umfang entfallen lassen muss. Da bitten wir, zu prüfen, ob das in etwas geringerem Umfang geht. Das sind alles weiche Faktoren, die keine zentrale Rolle spielen. Man sollte aber die Glockengasse insgesamt nicht angehen. Das ist unsere Intention. Das würde auch einiges an Geld sparen.

Damit komme ich auch zum zweiten Aspekt. Der Änderungsantrag, den die SPD vorlegt, sieht eine Deckelung auf 2,1 Millionen Euro vor. Vom Grundsatz her sind wir ebenfalls dafür, diese Deckelung vorzunehmen. Nur: Wenn wir die Glockengasse herausnehmen, müsste man diesen Betrag noch einmal etwas absenken - ohne dass ich jetzt sagen kann, auf welchen Betrag.

Wesentlich ist für uns aber auch - das ist Bestandteil unseres Änderungsantrags -, dass wir den freilaufenden Rechtsabbieger behalten. Wir sind der Auffassung, dass er dem Verkehrsfluss dient, und zwar deutlich, und dass es keine unzumutbare Belastung für die Fußgänger ist, wenn sie dort eine zweite Fahrspur queren müssen. Denn die Frage, wie viel Fußgängerverkehr über den Offenbachplatz läuft, kann man vermutlich so beantworten, dass er sich, vorsichtig ausgedrückt, in Grenzen hält, selbst wenn die Platzqualität deutlich besser wird und eine Aufenthaltsqualität bekommt.

Das sind unsere Wünsche im Zusammenhang mit diesem Änderungsantrag.

Wir teilen die von der FDP in ihrem Änderungsantrag, der auch Bestandteil des Änderungsantrags der SPD ist, formulierte Forderung, den Punkt 4 aus der Vorlage herauszunehmen, der die Platzkonzeption betrifft, also die Frage, welche Veranstaltungen dort stattfinden können.

Wir stimmen auch dem Änderungsantrag der SPD insoweit zu, als dass die Regelung zur Außengastronomie der Stadt die Arbeit abnehmen soll, was die Möblierung in diesem Bereich angeht. Da sind wir ebenfalls der Meinung, dass wir es so machen können.

Wir werden also sowohl dem Änderungsantrag der SPD als auch dem Änderungsantrag der FDP zustimmen und bitten um Zustimmung zu unserem Änderungsantrag in Bezug auf die Glockengasse. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Schönen Dank, Herr Möring. - Frau Dr. Bürgermeister, bitte.

**Dr. Eva Bürgermeister (SPD):** Ich brauche gar nicht mehr viel zu sagen, weil Herr Möring im Prinzip die Punkte unseres gemeinsamen Antrages schon angesprochen hat. Wir freuen uns, dass es da vorangeht. Das ist wichtig.

Wir halten es für notwendig, im Sinne der allgemeinen Finanzsituation, die wir heute sehr genau beschrieben bekommen haben, dem Vorschlag des Rechnungsprüfungsamtes folgen und die Kosten auf ein Maximum von 2,1 Millionen Euro festsetzen.

Uns ist auch wichtig - das ist auch im Antrag beschrieben -, dass man noch einmal sondiert, ob es weitere Einsparmöglichkeiten gibt, zum Beispiel bei der Bestuhlung oder bei den weiteren gestalterischen Elementen.

Durch die von uns geforderte Satzung für die Außengastronomie kann ein einheitliches Erscheinungsbild gewährleistet werden, ohne dass hierfür städtische Gelder fließen müssen.

Wichtig ist uns - das haben wir im Stadtentwicklungsausschuss auch lange und ausführlich diskutiert -, dass man sehr sorgfältig prüfen sollte, welche Nutzungen dort möglich sind. Deswegen sollte man diesen Punkt zunächst einmal streichen und das in aller Ruhe und Sorgfalt diskutieren, damit man diesen Platz, der ein ganz zentraler Kulturplatz ist, auch angemessen nutzt.

Die Barrierefreiheit ist uns ebenfalls wichtig. Sie sollte so weit wie möglich sichergestellt werden.

Zu den verkehrspolitischen Fragen wird Frau Tull noch etwas sagen, glaube ich. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Danke schön, Frau Dr. Bürgermeister. - Frau Tull, bitte.

**Bettina Tull** (Bündnis 90/Die Grünen): Ich halte den Antrag der CDU eher für einen untauglichen Versuch, die Beschlüsse zur Tunisstraße wieder zurückzufahren. Der freilaufende Rechtsabbieger hat mit der Vorlage zum Offenbachplatz eigentlich nichts zu tun. Das war Gegenstand der Beschlussvorlage zur Tunisstraße. Dort haben wir auch entsprechende Änderungen vorgenommen. Wer sich die Parkhausdichte in dieser Gegend anschaut, weiß auch, warum wir an dieser Stelle gut auf die oberirdischen Stellplätze verzichten können.

Ich hoffe, dass die CDU in den nächsten Jahren irgendwann doch einmal zu einer Großstadtpartei wird und darauf verzichtet, alles immer nur durch die Autofahrerbrille zu sehen.

(Henk van Benthem [CDU]: Was Sie da sagen, ist aber langweilig!)

Geben Sie sich einfach einmal einen Ruck. Es gibt doch noch mehr Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir versuchen, gerade dieses Quartier zu beleben und es für Menschen attraktiv zu machen,

(Helmut Jung [CDU]: Womit?)

damit Menschen sich dort aufhalten. Da müssen andere ein bisschen zurückstecken. Das ist aber auch nicht schlimm, weil an dieser Stelle weder der Verkehr noch die Parkplätze wirklich ein Problem sind.

Gehen Sie doch einmal ein bisschen in sich. Das würde der Stadt guttun.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen - Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Es gibt auch ein Leben außerhalb des Autos!)

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Schönen Dank, Frau Tull. - Herr Görzel, bitte.

**Volker Görzel** (FDP): Frau Bürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Frau Kollegin Tull, wenn Sie hier von Verkehrsthemen sprechen und die CDU rügen, frage ich mich schon, warum Sie sich bei Ihrem Koalitionspartner beim Thema Nord-Süd-Stadtbahn nicht durchsetzen durften.

(Beifall bei der FDP sowie von Henk van Benthem [CDU])

Wir sollten also doch sachlich bleiben, denke ich.

Ich möchte die Gelegenheit nutzen, bei aller Polemik, die Ihnen ja manchmal ganz gut zu Gesicht steht, doch einige Sätze zur Sache zu sagen.

Erstens. Die Beschlussfolge, die die Verwaltung hier eingehalten hat, muss ausdrücklich gelobt werden. Im Unterausschuss Kulturbauten wurde von allen Fraktionen darum gebeten, dass diese Vorlage bzw. das Thema „Gestaltung des Offenbachplatzes und seiner Umgebung“ durch alle Gremien geht, nicht zuletzt den Gestaltungsbeirat und die Bezirksvertretung Innenstadt. Wie wir den Sitzungsunterlagen entnehmen können, hat sich die Verwaltung hier auch die Mühe gemacht, sämtliche Anmerkungen und Bedenken aufzunehmen und in das Verfahren einzuspeisen. Ganz herzlichen Dank!

Frau Kollegin Tull, anders als Sie werden wir dem Änderungsantrag der CDU folgen, weil wir der Auffassung sind, dass es niemals schadet - und dafür ist der Kopf auch rund -, in verschiedene Richtungen zu denken

(Heiterkeit bei der FDP und der CDU - Bettina Tull [Bündnis 90/Die Grünen]: Ihr Kopf dreht sich aber ziemlich im Kreis!)

und auch manche Themen wie etwa den Rechtsabbieger noch einmal neu zu überdenken.

Im Übrigen steht es auch ausdrücklich so in der Vorlage. Auch hier gilt, Frau Kollegin Tull: Wer lesen kann, ist klar im Vorteil.

Was die Stellplätze angeht, haben Sie selbstverständlich insofern recht, als dass es in der Innenstadt Gebiete gibt, in denen ein größerer Parkdruck herrscht als hier. Gleichwohl sollte man nichts unversucht lassen, um auch diesbezüglich gegebenenfalls Lösungsmöglichkeiten aufzuzeigen; denn es verbietet sich, hier mit Scheuklappen immer wieder die gleichen Sätze nachzuplappern und

nicht auf die Sache zu schauen, Frau Kollegin Tull.

(Beifall bei der FDP sowie von Henk van Benthem [CDU])

Nun komme ich zu der Bespielung des Offenbachplatzes. Dieses Thema hat Frau Kollegin Dr. Bürgermeister dankenswerterweise schon angesprochen. Es wurde auch im Unterausschuss Kulturbauten thematisiert. Liebe Kolleginnen und Kollegen, selbstverständlich soll am Offenbachplatz kein Ballermann stattfinden - und auch keine Weinbörse. Aber zur WM 2006 gab es dort einen WM-Ball. Auch in der Vergangenheit - Stichwort: Passagen - haben wir auf dem Offenbachplatz qualitativ hoch anspruchsvolle Veranstaltungen gehabt.

Wir wollen hier die Möglichkeit eröffnen - - Liebe Frau Tull, Sie haben sehr hübsche Augen; aber auch hier müssen Sie einfach einmal nachdenken.

(Zurufe von der CDU: Oh!)

- Ja. Die Kollegin hat mich gerade sehr charmant angeschaut.

(Henk van Benthem [CDU]: Das habe ich noch nie erlebt!)

Wir wollen hier die Möglichkeit eröffnen, eine dem Offenbachplatz angemessene Platzgestaltung zu schaffen.

Deswegen haben wir unseren Änderungsantrag gestellt, der sich nun auch in dem Änderungsantrag von SPD und Grünen widerspiegelt.

Gestatten Sie mir last, but not least noch ein Wort zu der Möblierung. Es haben sich, glaube ich, in allen Gremien, die sich mit diesem Thema beschäftigt haben, sehr große Vorbehalte bezüglich der jetzt geplanten Möblierung bzw. des aktuellen Standes gezeigt. Ich nenne hier nur den Riegel, der Gott sei Dank inzwischen weg ist. Ehrlich gesagt, hat das, was hier bisher abgeliefert wurde, niemanden überzeugt. Deshalb sind wir sehr froh, dass dieses Thema heute aus der Beschlussvorlage herausgenommen wurde, damit wir uns im neuen Jahr mit frischer Fantasie und frischer Energie alle gemeinsam überlegen können, welche Möblierung wir brauchen bzw. ob wir eine Möblierung brauchen.

In diesem Sinne werden wir auf einem guten Weg sein. - Ganz herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Schönen Dank, Herr Görzel. - Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen.

Dann lasse ich zunächst über den Änderungsantrag der CDU abstimmen. Wer ist für diesen Änderungsantrag? - Das sind die CDU und die FDP. Gibt es Enthaltungen? - Enthaltung von pro Köln. Damit ist dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Nun stimmen wir über den Änderungsantrag der FDP ab. Wer ist für diesen Änderungsantrag? - Das sind die CDU und die FDP. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Jetzt kommen wir zur Abstimmung über den Änderungsantrag von SPD und Grünen. Wer ist gegen diesen Änderungsantrag, wie im Stadtentwicklungsausschuss beschlossen? - Niemand ist dagegen. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist dieser Änderungsantrag angenommen.

Dann lasse ich über die Vorlage in der geänderten Fassung abstimmen. Wer ist dagegen? - Das ist die CDU. Gibt es Enthaltungen? - FDP und pro Köln enthalten sich. Damit ist diese Vorlage so beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 11.11:

#### **11.11 Neues Übergangssystem Schule - Beruf/Kommunale Koordinierung 4179/2012**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine Wortmeldungen. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? - Keine Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Dann ist das einstimmig angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 11.12:

#### **11.12 Feststellung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes 2011 der Zusatzversorgungskasse der Stadt Köln 3382/2012**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? - Niemand. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Dann ist das einstimmig angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 11.13:

**11.13 BioCampus Cologne Grundbesitz GmbH & Co. KG: Betrauung 2842/2012**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Bitte schön, Herr Houben.

**Reinhard Houben (FDP):** Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Diese Vorlage macht mir etwas Angst. Deswegen möchte ich der Kämmerin zwei Fragen stellen.

Wir bewegen uns - da haben wir ja sehr zwiespältige Erfahrungen gemacht - auf dem sehr dünnen Eis des EU-Beihilferechts. Sie gehen - das ist bei BioCampus ja richtig - schon einmal nicht von Daseinsvorsorge aus, sondern berufen sich auf die besondere Begrifflichkeit der sogenannten Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse gemäß Art. 106 Abs. 2 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union.

In der Vorlage wird einerseits ausgeführt, dass ein Freistellungsbeschluss nur dann gilt, wenn die Gesellschaft nicht mehr als 15 Millionen Euro Ausgleichsleistungen pro Jahr erhält. Gleichzeitig lese ich in der Vorlage aber auf Seite 3 im zweiten Absatz, dass wir langfristig jährliche Fehlbeträge von 2,8 bis 2,9 Millionen Euro aus dem laufenden Betrieb erwarten dürfen. Weiter heißt es dort:

Damit verbunden sind auch erhebliche Zahlungsmittelabflüsse. Die hieraus resultierende Liquiditätsunterdeckung ...

Das geht also nicht ohne die Stadt. - Dann folgt eine Formulierung, die mich besonders beunruhigt:

Insbesondere die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft hängt langfristig von der Unterstützung des Gesellschafters ab.

Frau Klug, deswegen frage ich Sie erstens: Ist denn sichergestellt, dass wir wirklich jedes Jahr unter diesen 15 Millionen Euro bleiben?

Aus der Vorlage ergibt sich für mich noch eine zweite Frage. Zumindest für mich wird die Aufgabe darin nämlich neu definiert. Bei BioCampus bin ich immer davon ausgegangen - das wird auch vorne in der Vorlage so ausgeführt -, dass es um die Förderung des Biotechnologiestandortes Köln geht. Das ist ja

allgemein Konsens. Natürlich könnte man das möglicherweise auch im RTZ oder an anderen Stellen machen. Aber dann heißt es dort:

... und in der Folge als hochattraktivem Wohn- und Lebensstandort im Allgemeinen.

Meine Damen und Herren, alle diese Formulierungen verunsichern mich und die FDP-Fraktion. Wir fragen uns in der Tat:

Erstens. Laufen wir über die 15-Millionen-Euro-Schwelle wieder in einen Beihilfetatbestand - mit dem ganzen Kladderadatsch, den wir bei den Messehallen ja schon hatten - hinein?

Zweitens. Ist es überhaupt miteinander vereinbar, sich einerseits auf die besondere Begrifflichkeit der sogenannten Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse zu berufen und andererseits gleichzeitig zu schreiben, dass man mit einem Biostandort anfängt und dann Wohnungen daraus macht? Dass eine normale Erschließung eines Grundstücks für hochwertige Wohnungen in den Bereich der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse fällt, kann ich mir zumindest im Moment nämlich nicht vorstellen.

Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie mir dazu etwas sagen könnten. - Vielen Dank.

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Danke schön, Herr Houben. - Frau Klug, würden Sie die Fragen bitte beantworten?

**Stadtkämmerin Gabriele C. Klug:** Ich will mich zumindest bemühen. Allerdings bin ich nicht sicher, ob ich alle Fragen richtig verstanden habe. Dann können Sie gerne nachfragen.

Vorab: Daseinsvorsorge ist im Europarecht kein einheitlicher Begriff. Ein Teilaspekt der Daseinsvorsorge sind die Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse. So erklärt sich das Wording hier. Der Kernbereich sind natürlich die Dienstleistungen von allgemeinem Interesse.

Zu der Frage, ob wir unter der Schwelle bleiben werden: Es sieht so aus. Im Zusammenhang damit ist auch die Nutzung des Geländes zu sehen. Wir gehen also davon aus. Das ist auch Teil der Planung. Für den Fall, dass wir nicht unter dieser Schwelle bleiben könnten, stünde dann - und nur dann - die Frage einer

anderweitigen wirtschaftlichen Nutzung des Geländes zur Debatte. So ist das miteinander in Einklang zu bringen.

Was die Frage der Definition der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse anbelangt, so stützt sich diese Aussage allein auf die Wirtschaftsförderung. Der Umstand, dass hier Wirtschaftsförderung betrieben werden soll, ist der Zweck des Unternehmens. Das allein legitimiert die europa- und beihilferechtliche Behandlung so, wie sie hier vorgesehen ist. Nur: Dieser Zweck der Wirtschaftsförderung wird konkretisiert durch das, was Sie gesagt haben - dass ein bestimmter Bereich von Wirtschaft, Existenzgründung usw. gefördert werden soll. Das ist hier mit Bio usw. usf. näher beschrieben. So herum wird also ein Schuh daraus.

Was die kaufmännische Frage anbelangt, gehen wir davon aus, dass wir das halten können.

Im Übrigen ist die Vorlage auch durch Fachanwaltssachverständigen in Bezug auf die Auslegung der beihilferechtlichen Vorschriften, die Sie zu Recht als sehr kompliziert und komplex beschrieben haben, unterstützt worden.

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Vielen Dank für die Beantwortung, Frau Klug.

(Reinhard Houben [FDP]: Vielen Dank!)

- Gut. - Gibt es weitere Fragen dazu? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich über diese Vorlage abstimmen. Wer ist dagegen? - Die FDP und pro Köln. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist die Vorlage so angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 11.14:

**11.14 Sanierung der Zentralbibliothek der Stadtbibliothek Köln  
3142/2012**

Herr Frank, bitte.

**Jörg Frank** (Bündnis 90/Die Grünen): Die Vorlage zur Sanierung der Zentralbibliothek der Stadtbibliothek Köln beinhaltet drei Beschlussmöglichkeiten. SPD und Grüne möchten die Beschlussalternative 2, die im Folgenden als Generalsanierung tituliert wird, vorschlagen und zur Abstimmung stellen. Wir

möchten also für die Beschlussalternative 2 votieren.

(Zurufe von der CDU: Wir auch!)

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Schönen Dank. - Ich habe auf der Liste noch eine Wortmeldung von Herrn Dr. Elster stehen. Halten Sie sie aufrecht?

(Dr. Ralph Elster [CDU]: Herr Frank hat schon alles dazu gesagt!)

- Sie möchten jetzt also nicht noch einmal dazu sprechen. Umso besser! Ich wollte Sie nur der guten Ordnung halber noch einmal fragen.

(Helmut Jung [CDU]: Wir sind so was von dafür!)

- Es besteht Einigkeit. Das ist wunderbar.

Dann lasse ich, da es keine weiteren Wortmeldungen gibt, darüber abstimmen. Wer ist gegen die Beschlussalternative 2, Generalsanierung? - Niemand. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Dann ist das einstimmig angenommen. - Vielen Dank.

(Beifall von Barbara Moritz  
[Bündnis 90/Die Grünen])

Zu Tagesordnungspunkt 11.15:

**11.15 Neubau- und Sanierungsprogramm der städtischen Sozialhäuser. Mitteilung über Kostenerhöhungen gemäß § 24 Abs. 2 GemHVO in Verbindung mit § 8 Ziffer 7 der Haushaltssatzung der Stadt Köln für das Haushaltsjahr 2012 hier: Neubau Buchholzstr. 14, 51061 Köln (Mülheim)  
4203/2012**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? - Keine Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Dann ist das einstimmig angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 11.16:

**11.16 Neubau- und Sanierungsprogramm der städtischen Sozialhäuser. Mitteilung über eine Kostenerhöhung gemäß § 24 Abs. 2 GemHVO in Verbindung mit § 8 Ziffer 7 der Haushaltssatzung der Stadt Köln für das Haushaltsjahr 2012**

**hier: Neubau Bonner Str. 413, 50968 Köln (Marienburg) 4230/2012**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? - Keine Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Dann ist das einstimmig angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 11.17:

**11.17 KölnMusik GmbH hier: Rückerstattung von Zuschussüberzahlungen aus Vorjahren 4338/2012**

Wie Finanzausschuss.

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine Wortmeldungen. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? - Keine Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Dann ist auch das einstimmig angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 11.20:

**11.20 Änderung des Gesellschaftsvertrages der GAG Servicegesellschaft mbh 4289/2012**

Wie Finanzausschuss.

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer ist dagegen? - Keine Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Dann ist das einstimmig angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 11.21:

**11.21 Maßnahmen gegen Jugendkriminalität 1199/2012**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Dann lasse ich abstimmen. Wer ist dagegen? - Das ist pro Köln. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Dann ist das angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 11.22:

**11.22 Sanierung der städtischen Wohnhäuser Auf dem Ginsterberg 6 - 34, 50737 Köln (Weidenpesch) zur Sicherstellung der gesetzlichen Unterbringungsverpflichtung für Flüchtlinge 0999/2012**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Bitte schön, Frau Gordes.

**Birgit Gordes (CDU):** Frau Bürgermeisterin, lassen Sie abstimmen wie Finanzausschuss?

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Sozialausschuss, ja; wie die Vorlage.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Wie Finanzausschuss!)

**Birgit Gordes (CDU):** Wie Finanzausschuss?

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Genau.

**Birgit Gordes (CDU):** Okay; alles klar. Dann werden wir zustimmen. - Danke sehr.

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Fein. - Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer ist dagegen? - Das ist pro Köln. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist das wie Finanzausschuss angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 11.23:

**11.23 Rheinboulevard - Teilbereich II: Ufertreppe und Boulevard hier: Baubeschluss 2. Bauabschnitt/ Ufertreppe 4191/2012**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Dann lasse ich abstimmen. Wer ist dagegen? - Die Linke. Gibt es Enthaltungen? - Herr Zimmermann enthält sich. Damit ist das angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 11.24:

**11.24 Förderung des Zentrums Magnet - Deutsch-Russisches Kultur- und Integrationszentrum e. V. aus Restmitteln in 2012 3603/2012**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer ist dagegen? - Das ist die FDP. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist das angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 11.25:

**11.25 Neubau eines Funktionalgebäudes am Schulzentrum Porz-Wahn, Albert-Schweitzer-Straße/Nachtigallenstraße Baubeschluss 3333/2012**

Frau Gordes, bitte.

**Birgit Gordes** (CDU): Ich habe noch einmal die gleiche Frage. Stimmen wir hier ab wie Bauausschuss?

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Nein, wie die Alternative.

**Birgit Gordes** (CDU): Meine Damen und Herren, bei der Alternative habe ich dann schon ein paar Probleme. Um effektiv 4 000 Euro zu sparen, werden wir nicht nachhaltig heizen können. Ich bitte, doch noch einmal darüber nachzudenken, die Dämmung so wie vorgesehen durchzuführen.

Ich kann mir an dieser Stelle auch nicht vorstellen, dass man wirklich sparen wollte, da in der Bezirksvertretung die SPD-Fraktion sogar noch die Platzbeleuchtung mit installieren wollte.

(Henk van Benthem [CDU]: Wie Bauausschuss!)

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Gibt es dazu noch Wortmeldungen? - Keine Wortmeldungen. Dann lasse ich darüber abstimmen wie die Alternative.

(Dr. Nils Helge Schlieben [CDU]: Aber das Weitergehende ist doch der Verwaltungsvorschlag, wie er in die Ausschüsse gegangen ist! Da gibt es ein klares Votum! Alle haben wie die Verwaltungsvorlage abgestimmt! Alle haben mit Votum wie die Verwaltung und nicht wie die Alternative abgestimmt! Deshalb muss man doch darüber abstimmen, um das Votum der Ratsmitglieder in den Ausschüssen auch ernst zu nehmen! Oder sehe ich das falsch?)

Herr Granitzka, bitte.

**Winrich Granitzka** (CDU): Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, ich glaube, wir können den Kriminalfall ein bisschen aufklären, indem wir Ihnen sagen, dass diese 4 000 Euro 0,6 Promille der Gesamtsumme ausmachen. Außerdem geht es um die Heizkosten. Es wird gedämmt, damit effizienter geheizt werden kann. Das ist also gut investiertes Geld. Deswegen haben wir gesagt: Wir wollen so abstimmen wie die anderen Ausschüsse und nicht wie die Alternative. - Vielen Dank.

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Herr Zimmermann, bitte.

**Michael Zimmermann** (SPD): Liebe Kolleginnen und Kollegen, es geht nicht um die 4 000 Euro, sondern schon um die Frage: Gehen wir über gesetzliche Standards hinaus? Das tut die Verwaltung in diesem Fall, und zwar ohne Begründung. Wir machen hier eine Kölner Regelung, die teurer ist. Es ist in keiner Weise begründet, wie sich diese Standardüberschreitung am Ende rechnet. Deswegen wollen wir - Sie erinnern sich sicherlich an die Diskussion, die in allen Fraktionen geführt worden ist - nicht über die Standards hinausgehen.

(Beifall bei der FDP)

An diesem Punkt hat die Verwaltung in keiner Weise begründet, wie sich das denn rechnen könnte. Das steht nirgendwo in der Vorlage. Deswegen möchten wir das machen, was die gesetzlichen Standards vorsehen, und kein Stück mehr. Da geht es nicht darum, ob das 4 000, 5 000 oder 10 000 Euro sind.

Wenn die Verwaltung uns darlegen könnte, dass wir am Ende Geld einsparen würden, hätten wir eine andere Diskussion. Das hat sie aber nicht getan. Das kann sie in diesem Fall auch nicht, glaube ich.

(Birgit Gordes [CDU]: Das kann man mit drei Fingern ausrechnen!)

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Gibt es weitere Wortmeldungen dazu? - Keine. Dann schlage ich vor, dass wir zuerst über den Beschlussvorschlag in der Vorlage abstimmen.

Wer ist dafür? - Das sind die CDU und pro Köln. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist er abgelehnt.

Dann lasse ich über die Alternative in der Vorlage abstimmen. Wer ist für diese Alternative? - Das sind die SPD, die Grünen, die Linke, Herr Zimmermann, die FDP, pro Köln und die CDU. Damit ist das so beschlossen. - Vielen herzlichen Dank.

Zu Tagesordnungspunkt 11.26:

**11.26 Aufnahme dreier neuer Schulen in den Verbund Kölner Europäischer Grundschulen  
3695/2012**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? - Pro Köln. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist das angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 11.27:

**11.27 Einführung des offenen Ganztags an der Grundschule Mommsenstr. 5 - 11 zum Schuljahr 2013/2014  
3793/2012**

Wie Schulausschuss und Jugendhilfeausschuss.

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? - Keine Gegenstimmen. Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist das einstimmig angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 11.28:

**11.28 Errichtung eines Wohnhauses in Systembauweise auf dem städtischen Grundstück Potsdamer Str. 1a, 50859 Köln (Weiden)  
3401/2012**

Gibt es dazu Wortmeldungen?

(Ulrich Breite [FDP]: Wie Sozialausschuss!)

- Wie Sozialausschuss, ja, und Bauausschuss.

Gibt es dazu noch Wortmeldungen? - Ich sehe keine. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? - Das ist pro Köln. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist dem zugestimmt.

Zu Tagesordnungspunkt 11.29:

**11.29 Errichtung eines Wohnhauses in Systembauweise auf dem städtischen Grundstück Kuckucksweg 10, 50997 Köln (Godorf)**

**3407/2012**

Wie Sozialausschuss und Bauausschuss.

Gibt es dazu noch Wortmeldungen? - Keine. Dann lasse ich abstimmen. Wer ist dagegen? - Pro Köln. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist dem zugestimmt.

Zu Tagesordnungspunkt 11.30:

**11.30 VRS-SozialTicket: Köln-spezifischer Preis für das MonatsTicket  
3729/2012**

**Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.  
AN/2020/2012**

Herr Detjen, bitte.

**Jörg Detjen** (Die Linke.): Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Wir haben dazu einen Änderungsantrag gestellt. Ich bitte Sie, über den Änderungsantrag zuerst abzustimmen.

Damit da kein falscher Zungenschlag hineinkommt, möchte ich am Anfang kurz erwähnen, dass wir natürlich froh sind, dass der Köln-Pass immer noch günstiger ist als das SozialTicket.

Wenn Sie sich die Debatte im Sozialausschuss angucken, sehen Sie, dass sowohl CDU als auch FDP gesagt haben, sie wollten diese Vergünstigung nicht mehr haben.

Wenn Sie sich die Debatte im Sozialausschuss genau angeguckt haben, werden Sie aber auch gesehen haben, dass sowohl die Sprecher von SPD und Grünen als auch viele soziale Träger bemängelt haben, dass der Kostenrahmen mit 33 Euro jetzt relativ hoch ist. Wir haben mit 25 Euro angefangen. Somit ist es über diesen Zeitraum zu einer Steigerung um 30 Prozent gekommen. Das ist natürlich ein bisschen schade.

Gerade vor dem Hintergrund, dass die KVB im Rahmen des SozialTickets jetzt das erste Mal einen Zuschuss von 1,7 Millionen Euro bekommen hat, fänden wir es gut, auf diese Erhöhung zu verzichten bzw., wenn das nicht möglich ist, zumindest in nächster Zeit keine Erhöhungen mehr durchzuführen und den Preis für dieses Ticket stabil zu halten.

Das ist unser Anliegen, weil wir wissen, dass es bei einem gewissen Preis der SozialTickets auch

keine Nachfrage mehr gibt. Im Ruhrgebiet hat man dieses Phänomen. In Köln haben wir es nicht; denn der Köln-Pass hat eine Tradition und ist günstiger. Diese günstige Tarifstruktur sollten wir erhalten.

Wenn man weiß, dass im Monat 25 Köln-Pässe im ÖPNV verkauft werden, weiß man auch, dass das für die KVB echt Bares ist. - Danke schön.

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Schönen Dank, Herr Detjen. - Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht.

Dann lasse ich zunächst über den Änderungsantrag abstimmen. Wer ist für diesen Änderungsantrag? - Das sind die Linke und Herr Zimmermann. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Nun lasse ich über die Vorlage abstimmen. Wer ist gegen diese Vorlage? Das sind die CDU und die FDP. Enthaltungen? - Pro Köln enthält sich. Damit ist die Vorlage so angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 11.31:

**11.31 Finanzierung der beiden autonomen Frauenhäuser des Vereines „Frauen helfen Frauen e. V.“ 3796/2012**

Wie Sozialausschuss und Finanzausschuss. - Frau Stahlhofen, bitte.

**Gisela Stahlhofen** (Die Linke.): Herzlichen Dank, Frau Bürgermeisterin. - Ich möchte etwas zu Protokoll geben, weil der Konsens, der sich in dieser Vorlage widerspiegelt, nicht ganz so konsensual ist, wie er sich im Moment hier darstellt.

Wir haben das im Sozialausschuss diskutiert. Dort habe ich auch folgende Frage aufgeworfen: Die erwerbstätigen Frauen verfügen meist nur über ein geringes Vermögen. Sie können den Tagessatz von 64 Euro manchmal nicht leisten. Nur wenigen Frauen ist das möglich. Diejenigen, die es nicht können, starten damit in ein neues Leben, das wieder von Armut und Abhängigkeit von staatlicher Leistung geprägt ist.

Das ist dem Brief der autonomen Frauenhäuser des Vereines „Frauen helfen Frauen“ entnommen, den Sie heute alle zugestellt bekommen haben.

Auch wenn in der Vorlage ausdrücklich steht, keine Frau dürfe wegen eines fehlenden oder ungesicherten Leistungsanspruchs abgewiesen werden, bleibt diese Frage offen. Jetzt müssen schon Frauen abgewiesen werden. Zu welchen Abweisungen wird es unter diesen Voraussetzungen möglicherweise erst kommen? - Danke.

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Bitte schön, Herr Helling.

**Ossi Werner Helling** (Bündnis 90/Die Grünen): Ich will nur kurz darauf hinweisen, dass die Darstellung von Frau Stahlhofen über die Debatte im Sozialausschuss an einer Stelle verkürzt ist. Der Sozialausschuss hat nämlich ausdrücklich festgehalten, dass diese Problematik, ob es zu Zurückweisungen im Frauenhaus kommt oder nicht, die ja umstritten ist, nach einem halben Jahr evaluiert wird, damit dann möglicherweise, falls es zu den befürchteten negativen Folgen kommt - was aber, wie gesagt, noch offen ist -, gegensteuernde Maßnahmen ergriffen werden können.

Dem Ausschuss war diese Problematik also durchaus bewusst. Mit der Überprüfung nach einem halben Jahr haben wir auch ein probates Gegenmittel gefunden, glaube ich. - Danke schön.

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Danke schön, Herr Helling. - Frau Schmerbach, bitte.

**Cornelia Schmerbach** (SPD): Herr Helling hat es jetzt vorweggenommen. Das wollte ich auch sagen. Wir haben nämlich einstimmig beschlossen - leider ist die Protokollnotiz nicht dabei -, dass man den Beschluss nach sechs Monaten noch einmal Revue passieren lässt, um zu klären, ob die Probleme, die hier befürchtet werden, wirklich aufgetreten sind.

Ich denke, dass wir das noch einmal ganz konkret vermerken müssen.

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Frau Schmerbach, ich könnte den Beschluss jetzt noch einmal vorlesen.

(Zurufe: Wie im Ausschuss!)

- Da war es einstimmig. - Frau Reker, bitte.

**Beigeordnete Henriette Reker:** Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Zum einen möchte ich Ihnen sagen, dass wir diese Probephase brauchen; denn die Regelung, die jetzt existiert, entspricht unserem Sozialhilferecht. Es ist der Grundsatz des Sozialhilferechts, dass jemand, der aufgrund seines Einkommens selber für seinen Lebensunterhalt aufkommen kann, das auch tun muss.

Mir haben die Damen von den Frauenhäusern ausdrücklich versichert, dass die Möglichkeiten der Eigenzahlung nicht das entscheidende Kriterium für die Aufnahme der Frauen sein wird, die dort vor der Tür stehen und Hilfebedarf haben. Und das ist das Wichtige, denke ich.

Wenn sich die hier befürchtete Problematik abzeichnet, werden wir das sehen. Dann müssen wir überlegen, wie wir es ändern können. Heute haben wir dazu keine Möglichkeit.

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Ich habe das vorsichtshalber noch einmal nachgelesen.

Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? - Keine Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Dann ist das einstimmig - wie Sozialausschuss und Finanzausschuss - angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 11.32:

### **11.32 Beteiligung des Landschaftsverbandes Rheinland an Archäologischer Zone/Jüdischem Museum 4468/2012**

Dazu ist ein Wortbeitrag von Herrn Granitzka angemeldet. Bitte.

**Winrich Granitzka** (CDU): Sehr verehrte, liebe Frau Bürgermeisterin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ihr seid alle schon ein bisschen müde. Das wird sich jetzt ändern.

(Lachen bei der SPD)

Verantwortung, die, Substantiv, Femininum.

Bedeutungen:

1. a) [mit einer bestimmten Aufgabe, einer bestimmten Stellung verbundene] Verpflichtung, dafür zu sorgen, dass (innerhalb eines bestimmten Rahmens) alles einen möglichst guten Verlauf nimmt, das jeweils Notwendige u. Richtige getan wird u. möglichst kein Schaden entsteht: ...

b) Verpflichtung, für etw. Geschehenes einzustehen [u. sich zu verantworten]: ...

2. Verantwortungsbewusstsein, -gefühl: ...

Synonyme:

Gewissenhaftigkeit, Moral,  
Pflichtbewusstsein, Pflichttreue  
usw. usf.

Meine Damen und Herren von Rot-Grün und FDP, vielleicht hilft Ihnen dieser Blick in den Duden, um Sie daran zu erinnern, welche Verpflichtungen Sie mit dem Ratsmandat eingegangen sind. Sie haben nämlich Verantwortung übernommen. Sie haben Verantwortung für diese Stadt übernommen. Sie haben Verantwortung für die Bürger und auch für deren Vermögen übernommen.

Die Kämmerin und der Oberbürgermeister haben uns heute an die Wand geworfen, wie es um den städtischen Haushalt steht. Ich kann es schon auswendig: 2013 ein Fehlbetrag von 317 Millionen Euro, 2014 ein Fehlbetrag von 233 Millionen Euro - bei einem Schuldenstand, der Ende Dezember dieses Jahres bei 2,6 Milliarden Euro liegen wird.

Meine Damen und Herren, angesichts dieser Summen sollte jeder verantwortlich handelnde Politiker nur noch ein Ziel im Auge haben: Sparen.

Stattdessen wollen Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, ein neues Museum schaffen - ein Museum, das unsere Stadt jedes Jahr mehrere Millionen Euro kosten wird. Wir können uns jetzt streiten, ob es 4 oder 6 Millionen Euro sind. Jedenfalls kostet es Geld, das Frau Klug nicht hat, Geld, das die Stadt nicht hat, Geld, das wir alle nicht haben.

(Beifall bei Teilen der CDU)

- Jetzt aber richtig!

(Martin Börschel [SPD]: Das mit dem Aufwachen hat aber noch nicht ganz geklappt!)

- Es ist etwas müde; ich gebe es ja zu.

Sehr verehrte Kollegen von SPD, FDP und Grünen, ich bitte Sie sehr herzlich, nun endlich zur finanzpolitischen Vernunft zu kommen und den Bau des Jüdischen Museums auszusetzen, bis sich die Finanzlage dieser Stadt erholt hat. Noch ist es nicht zu spät.

Unsere Kämmerin hat ihren Vortrag mit einem netten Spruch aus der kleinen Konfuzius-Fibel beendet. Ich habe dann auch einmal nachgeguckt, weil sich das so gut macht.

Einen Fehler begangen haben und ihn nicht korrigieren: Erst das ist ein Fehler.

Also korrigieren Sie ihn. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Frau Dr. Bürgermeister, bitte.

**Dr. Eva Bürgermeister (SPD):** Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Ich bin schon etwas überrascht. Ich bin auch ein bisschen aufgewacht. Dass wir gerade zum jetzigen Zeitpunkt von der CDU und von Ihnen, Herr Granitzka, so viel über Verantwortung und Moral hören

(Winrich Granitzka [CDU]: Ich habe den Duden zitiert!)

und uns anhören müssen, was Sie unter Verantwortung und Moral verstehen, ist schon etwas deplatziert. Das finde ich zum jetzigen Zeitpunkt unangemessen.

(Beifall bei der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen - Martin Börschel [SPD]: Ausgerechnet von der CDU!)

Sie haben von historischer Verantwortung gesprochen. Genau aus dieser Verantwortung heraus handeln wir so, wie wir handeln. Die Archäologische Zone mit dem Haus der jüdischen Kultur ist ein Projekt von überragender Strahlkraft und eines der ganz großen Projekte, die wir hier in Köln an den Start bringen. Es ist ein Projekt, das nicht nur für Köln, sondern auch über Köln hinaus für unsere Region, unser Land

und seine Geschichte von großer Bedeutung ist. Wir haben hier direkt neben dem Rathaus die einzigartige Chance, an einem wahrlich authentischen Ort auf engstem Raum über Jahrhunderte verdichtet unsere Geschichte erlebbar zu machen. Diese Konzentration der Geschichte an einem Ort in Europa gibt es zumindest nördlich der Alpen nicht ein weiteres Mal.

Deswegen fühlen wir uns verantwortlich, wenn wir diese Entscheidung treffen. Dieses Potenzial wollen und müssen wir für die Kölnerinnen und Kölner, die Besucherinnen und Besucher aus der ganzen Welt und insbesondere auch für die uns nachfolgenden Generationen nutzen. Es verspricht auch eine weitere Attraktion für unsere Stadt.

Wir freuen uns daher sehr, dass der Landschaftsverband Rheinland dieses - übrigens vom Land Nordrhein-Westfalen auch schon mit 14 Millionen Euro geförderte - Projekt unterstützt.

(Beifall von Götz Bacher [SPD])

Durch die geplante Übernahme des dauerhaften Betriebs durch den LVR wird der städtische Haushalt um über 6 Millionen Euro pro Jahr entlastet.

(Helmut Jung [CDU]: Das wird er doch gar nicht! Wir zahlen ja Umlage an den Landschaftsverband!)

Stadt und Landschaftsverband sollen nun über die Einzelheiten der Kooperation verhandeln, wie es in der Vorlage vorgeschlagen wird.

Das ist übrigens das erste Mal, dass in der Stadt Köln als einem der großen Nettozahler ein großes Projekt dauerhaft finanziert wird. Es freut uns sehr, dass wir das in den Gesprächen erreicht haben.

Neben der Darstellung der inhaltlichen Gründe möchte ich Ihnen auch vorschlagen, einmal nachzurechnen, wie viel die mit Ihren Forderungen verbundene Umplanung kosten würde.

(Dr. Ralph Elster [CDU]: Weniger als der Betrieb!)

Auf welche Höhe belaufen sich verlorene Planungskosten? Sie reden immer von Schutzhütten. Schutzhütten sind doch nicht umsonst zu bekommen. Sie müssten auch geplant werden und würden ebenfalls etwas kosten. Deshalb stellt sich schon die Frage, ob

Sie da nicht eine Milchmädchenrechnung aufmachen.

(Beifall bei der SPD sowie von Horst Thelen [Bündnis 90/Die Grünen])

Es ist aber, wie gesagt, nicht nur das. Ihre Argumentation ignoriert auch die Bedeutung dieses herausragenden Kulturprojekts für Köln und die ganze Region.

Daher freuen wir uns, dass wir diese Vorlage haben und werden ihr zustimmen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen)

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Frau Moritz, bitte.

**Barbara Moritz** (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Bürgermeister! Meine Damen und Herren! Es ist schon ein starkes Stück, was man sich hier bieten lassen muss.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Ach, hör auf! - Weitere Zurufe von der CDU)

- Jetzt sind Sie wach. - Herr Sterck, Sie lachen, wenn jemand ehrlich ist.

(Ralph Sterck [FDP]: Sie lachen auch!)

Aber eigentlich müsste man schreien, wenn jemand so tut, als gehe es hier um Verantwortung, und dies wieder nur nutzt, um ein Projekt zu denunzieren, das Sie von der CDU von Anfang an - von Anfang an - nicht wollten.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Dann sagen Sie das auch, und blubbern Sie hier nicht von Verantwortung herum. Diese Scheinheiligkeit ist ja unerträglich.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Das kann ja wohl nicht wahr sein! Ihre Aussagen sind unerträglich!)

Das ist eine unerträgliche Scheinheiligkeit, die uns hier geboten wird.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Von Ihnen!)

Jetzt möchte ich gerne auf den Vortrag der Kämmerin eingehen, weil Herr Granitzka ja an unsere finanzielle Vernunft appelliert hat. Die

Lage, in der wir sind, erfordert es, dass wir kreativere Lösungen finden als früher.

Wir haben neun kommunale Museen. Allein das ist schon ein Alleinstellungsmerkmal. Das leistet sich keine andere Stadt in Deutschland.

Wir sind wirklich sehr froh darüber und dem Landschaftsverband sehr dankbar dafür. Das ist gerade auch schon gesagt worden. Anders als die CDU-Kommunen im Land sind wir als Stadt Köln nämlich - mit Düsseldorf zusammen - Nettozahler.

Deswegen ist auch das verlogen. Aber Sie lassen nichts aus. Wir versuchen hier, durch Kooperationen etwas für diese Stadt zu schaffen, von dem wir sehr profitieren, weil es nämlich ein Alleinstellungsmerkmal ist. Keine andere Stadt in Deutschland verfügt über einen dermaßen authentischen Ort.

Sie haben die Gelegenheit heute noch einmal benutzt, sich dagegen zu wenden. Immer und immer wieder versuchen Sie es.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Wir werden auch immer wieder den Finger in die Wunde legen!)

Jedes Mal wird es in ein anderes Gewand gekleidet. Das ist Doppelmoral.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD und bei der FDP)

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Herr Sterck, bitte.

**Ralph Sterck** (FDP): Werte Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Was die ganzen Zitate von Konfuzius angeht, weiß ich gar nicht, wie oft er sich im Grabe umdrehen muss und ob er das wirklich alles gesagt hat. Ich muss nur Folgendes feststellen, lieber Winrich Granitzka: Das Zitat, das Sie hier angeführt haben, richtet sich im Grunde am meisten gegen die CDU selber.

(Beifall bei der FDP, der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Sie hat leider den Fehler begangen, am Anfang der Debatte in der Koalition, die wir 1999 mit ihr eingegangen sind, auf die skeptische Bahn zu geraten. Ich habe immer gehofft, dass die CDU, bis das Projekt in trockenen Tüchern ist, irgendwann die Kurve bekommt.

(Martin Börschel [SPD]: Bei der CDU ist jede Hoffnung vergebens!)

Leider hat sie es aber nicht geschafft, die Kurve zu kriegen.

Im Grunde ist von der CDU - das habe ich hier schon in diversen Reden gesagt - alles in die Waagschale geworfen worden.

Erst musste der Ort noch einmal mit einem Symposium untersucht werden. Man hat sieben Orte in der Kölner Innenstadt geprüft und gefragt: Wo können wir das Jüdische Museum am besten bauen?

Als das nicht ausreichte, sagte der damalige Fraktionsvorsitzende, dessen Namen ich hier gar nicht erwähnen will: Jetzt müssen wir noch ein Symposium über den Inhalt durchführen, um herauszufinden, ob wir das überhaupt entsprechend füllen können.

Dann wurde gegraben. Dabei ist man auf sensationelle Funde gestoßen. Wir haben hier wirklich sensationelle Funde.

(Beifall bei der FDP)

Dass das so ist, haben auch Symposien nachgewiesen.

Und jetzt kommt die CDU mit dieser Rede an. Vielleicht ist das ja die Musterrede dieser Kampagne, die die CDU im ganzen Rheinland fährt. Wir hören doch von überall her, dass die CDU entsprechende Anträge stellt und dass Reden gegen dieses Projekt gehalten werden.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Peinlich!)

Dass das dann auch noch im Kölner Rat passiert und hier die gleichen Reden gehalten werden, die die Vertreter der CDU sonst im Grunde als Gegner der Stadt Köln halten, finde ich aber - - Es tut mir auch wirklich weh, das mit anhören zu müssen.

(Beifall bei der FDP, der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Ich sehe es genauso wie Frau Moritz.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Das müssen Sie auch bezahlen! Mit 20 Prozent zahlen Sie das mit!)

- Das ist doch auch okay. Das ist eine gute Investition.

Damit bin ich auch bei der Verantwortung. Der OB hat eben in seiner Rede gesagt, dass wir auch noch Investitionen vornehmen müssen, die unsere Stadt weiterbringen.

(Martin Börschel [SPD]: Richtig!)

Das sind Abwägungen, die wir treffen müssen. Hier sagt die Mehrheit von SPD, Grünen und FDP: Dabei handelt es sich um eine Investition in die Zukunft von Köln. Wir sind es der Geschichte der Stadt Köln schuldig, etwas Derartiges zu machen. Das können wir nicht wieder zuschütten.

Bei der letzten Ratssitzung hat die CDU dafür plädiert, die Planung wegzuschmeißen und ein paar Schutzhütten zu bauen; das reiche auch aus. Das ist doch Quatsch; denn dann müssen wir zum einen die Zuschüsse zurückzahlen und zum anderen eine entsprechende neue Planung aufsetzen.

Die von der CDU hier erhobene Forderung, das Ganze auszusetzen, ist auch nicht glaubwürdig. Schließlich ging es seit 1999 im Grunde immer darum, das Ganze zu verschieben und weiter in die nächste Generation zu verschieben, um es nicht zu machen.

(Winrich Granitzka [CDU]: Da war ich noch Polizeichef! Da war ich noch nicht in der Politik!)

Deswegen ist diese Forderung nicht glaubwürdig. Wir werden diesem Irrweg, der hier vonseiten der CDU aufgezeigt wird, auch nicht folgen.

Ich kann zu dieser Vorlage nur Folgendes sagen, Herr Professor Quander: Ich wünsche Ihnen für diese Verhandlungen eine glückliche Hand. Es ist sowohl nach innen als auch nach außen nicht einfach, diese Sache wirklich in trockene Tücher zu bringen. Dafür wünsche ich Ihnen viel Erfolg.

(Helmut Jung [CDU]: Pharisäer!)

Wir werden ja dann über die Ergebnisse informiert werden. Das steht auch so in der Vorlage. Ich glaube, dass wir bei diesem Projekt im Sinne der Geschichte unserer Stadt zum Erfolg verpflichtet sind. Dafür wünsche ich Ihnen viel Erfolg. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP, der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen)

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Schönen Dank, Herr Sterck. - Herr Uckermann.

**Jörg Uckermann** (pro Köln): Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Nach dem, was wir hier gehört haben, haben die Wörter „Zynismus“ und „Heuchelei“ vollkommen neue Bedeutungen bekommen.

Ich fange mit dem Vorredner an. Herr Sterck wendet sich an unseren hochverehrten Kulturdezernenten, den wir heute mit einem tollen Mandat versehen haben. Er soll jetzt für die Stadt Köln verhandeln. Herr Sterck, wer nimmt Ihnen das denn ab? Wir hätten erwartet, dass Sie ihn heute mit einem starken Mandat ausstatten,

(Beifall bei pro Köln)

anstatt ihn hier auf eine ganz komische Art und Weise, die auch menschlich fies ist, in einem parteipolitischen Ränkespiel vorzuführen.

Dann sagen Sie auch noch: Ich wünsche Ihnen viel Erfolg für die Verhandlungen. - Das glauben Sie doch selber nicht. Vielleicht kennen Sie die im Amerikanischen gebräuchliche Bezeichnung „lame duck“.

(Der Redner spricht das Wort „duck“ nicht korrekt aus, sodass man auch „lame dog“ verstanden haben kann – Lachen bei der SPD, der CDU, dem Bündnis 90/Die Grünen, der FDP und der Linken zu vernehmen)

Das haben Sie heute daraus gemacht. Das ist hier der Fall.

(Ulrich Breite [FDP] imitiert eine Ente)

- Herr Breite, in dieser Rolle gefallen Sie mir. Es ist ein herrliches Bild, Sie heute so zu sehen. Richtig wunderbar; echt tierisch!

Kommen wir nun zum Beginn der Debatte. Eröffnet wurde sie vom lieben Herrn Granitzka, dessen Partei von Anfang an dafür war. Wir haben auch gesagt, dass ein Jüdisches Museum selbstverständlich ein Gewinn für diese Stadt ist, wenn es selbst sich trägt und durchfinanziert ist. Dass das von Anfang an nicht der Fall war, war vielen Beteiligten klar. Aber man hat Hoffnungen gemacht. Ich kann mich daran erinnern, dass Herr Klipper bei einer der Vorlagen gesagt hat: Wir werden mit der Landesregierung verhandeln; sie wird das ganze Defizit übernehmen; die Stadt

Köln kostet das gar nichts, was die Betriebskosten angeht.

Dann haben Sie natürlich die Landtagswahl verloren. Da haben Sie nichts mehr auf die Reihe bekommen. Jetzt, wo es die Defizite gibt, sagen Sie: Wir sind dagegen.

Dann kommen wir zu den anderen. Die kriegen auch ihr Fett ab.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Haben Sie vielleicht einen Kopfschuss?)

- Nein, aber Sie vielleicht, Herr Klipper. Ist das Ihr Beitrag? Damit zeigen Sie ja selber, wie hilflos Sie in der Debatte sind.

Die anderen - Grüne, SPD und FDP - rennen dann zum Landschaftsverband, wo sie die Mehrheit haben. Dort verhandeln sie zum Nachteil der Stadt Köln. Jetzt steht auf diesem Museum nämlich nicht mehr „Stadt Köln“, sondern „Landschaftsverband Rheinland“. Die Kölner Bürger müssen aber dafür blechen.

Das ist Ihr Fehler. Hier haben Sie sich nicht für Köln eingesetzt. Köln ist Nettozahler und muss auch noch das vor Ort entstehende Defizit zahlen. Es ist Ihre Schuld, dass die Kölner das alles ausgleichen müssen.

Dann kommen wir zum Museumskonzept. Von Anfang an hat die Bürgerbewegung pro Köln immer wieder gefragt: Wo ist denn eigentlich das Museumskonzept für ein Jüdisches Museum? - Nein, Sie wollten immer diesen Standort haben, weil Sie ein Dach für die Archäologische Zone brauchten. Sie dachten: Da machen wir ein Schild „Jüdisches Museum“ dran, und schon kommt irgendwer und gibt uns einen Zuschuss.

Diese ganzen Dinge sind nicht aufgegangen. Ihre ganzen Träumereien sind heute bankrottgegangen, und die Kölner Bürger müssen es zahlen. Da macht pro Köln nicht mit. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei pro Köln)

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Herr Detjen, bitte.

**Jörg Detjen** (Die Linke.): Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Herr Granitzka, Sie haben verantwortungsvolles Handeln eingefordert. Ich möchte Sie aber fragen, ob Sie verantwortungsvoll und klug gehandelt haben,

als Sie die Debatte über die Archäologische Zone im Landschaftsverband und die Debatte über die Archäologische Zone im Stadtrat einfach verrührt haben und nicht überlegt haben, wer welchen Standpunkt und welche Interessen hat.

Die Kölner CDU war dann auch noch so feige, diese Broschüre

(Der Redner hält das Weißbuch „Archäologische Zone/Jüdisches Museum“ hoch)

nicht einmal selber herauszubringen. Sie musste von der LVR-Fraktion herausgebracht werden. Sie waren zu feige, diesen eigenen Standpunkt zu entwickeln.

Ihre dumme Argumentation und Ihre dumme Verhaltensweise führen dazu, dass SPD und Grüne überhaupt nicht mehr zurückkönnen. Dieses Problem haben wir doch. Sie kommen aus der ganzen Situation gar nicht mehr heraus. Das sehe ich als Problem an.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von SPD und Grünen, am heutigen Tag wäre es doch an der Zeit, innezuhalten und zu überlegen: Geht es denn so weiter? Ich finde es ja interessant, dass der Oberbürgermeister in Sachen Archäologische Zone im Stadtvorstand keine Mehrheit mehr hat. Das müsste Ihnen doch eigentlich zu denken geben. Das ist nun einmal eine Tatsache. Darüber muss man nachdenken. Im Rahmen der Haushaltsberatungen sind die Beigeordneten, die ihren jeweiligen Etat vertreten müssen, nicht mehr für die Archäologische Zone. Das finde ich schon spannend. Darüber wird ja gar nicht diskutiert. Es ist aber schon interessant, dass wir eine solche Entwicklung haben.

Meine Damen und Herren, dann haben Sie angekündigt, dass jetzt eine Verwaltungsvorlage kommt. Was steht denn in dieser Verwaltungsvorlage? Im Prinzip steht darin: Wir treffen uns mit dem LVR. - Gegen diese Verwaltungsvorlage habe ich nichts. Sich mit dem LVR zu treffen, ist bestimmt nützlich, weil der LVR eine sehr gute Verwaltung hat, von der man sehr viel lernen kann. Ich glaube ganz sicher, dass das sinnvoll ist. Zu konkreten Zahlen bezüglich der Folgekosten, die zum Beispiel das Jüdische Museum verursachen wird, steht in der Verwaltungsvorlage allerdings überhaupt nichts. Es ist aber angekündigt worden, dass diese Zahlen jetzt endlich vorgelegt werden. Sie stehen einfach nicht darin.

Meine Damen und Herren, deswegen ist das, was Ihnen hier vorliegt, auch gar kein richtiger Beschlussvorschlag. Es ist ja nicht so, dass wir heute das Museum verwaltungstechnisch beschließen würden, sondern wir beschließen, dass der LVR und die Stadt Köln sich auf Verwaltungsebene mal treffen sollen. Okay.

Insgesamt halte ich diese Vorlage für eine sehr schwache Vorlage und für eine Vorlage, die sozusagen strauchelt. Man überlegt. Warten wir einmal ab, wie es weitergeht. Vielleicht braucht der Oberbürgermeister in seinem Stadtvorstand erst einmal eine Mehrheit, um weiter vorgehen zu können. Es kann sein, dass das ein Hintergrund ist.

Meine Damen und Herren, ich glaube, dass wir im Rahmen der Haushaltsberatungen nicht darum herumkommen werden, über diese Frage erneut zu diskutieren.

Wenn Sie sich die Stellungnahmen der verschiedenen Organisationen, Gruppen und Initiativen anschauen, sehen Sie auch, dass man sehr intensiv über die Archäologische Zone diskutiert und die Frage stellt: Ist das zum jetzigen Zeitpunkt noch zu machen?

Damit Sie mich richtig verstehen: Ich habe dieses Projekt von Anfang an immer unterstützt. Ich unterstütze es auch weiterhin. Man muss aber den jetzigen Zeitpunkt nutzen, um darüber nachzudenken, wie das Ganze fortgesetzt werden kann.

Dann muss man zumindest ein Museumsgesamtkonzept vorlegen und sagen, wie die Museen saniert werden, wie gebaut wird usw. usf. Auch das liegt nicht vor. Es gibt kein Museumsgesamtkonzept. Man müsste doch wenigstens so ehrlich sein und sagen: Okay, dann muss das beschlossen werden, damit es neu erstellt werden kann.

Alles das diskutiert man aber nicht, sondern geht einfach in die Situation hinein - komme, was wolle. Da sind die Zahlen der Kämmerin wenigstens etwas. Man kann ihre Haushaltsrede ja beurteilen, wie man will. Zumindest hat die Kämmerin einige Zahlen zu Archäologischer Zone und Jüdischem Museum für den laufenden Haushalt bekannt gegeben. - Danke schön.

(Beifall bei der Linken)

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Danke schön, Herr Detjen. - Herr Zimmermann, bitte.

**Thor-Geir Zimmermann** (Deine Freunde): Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Detjen hat natürlich vollkommen recht. Diese Vorlage beinhaltet in der Tat lediglich die Aufforderung, sich mal zu treffen und nett zusammenzusetzen.

Deswegen bin ich auch etwas überrascht, dass sich die Debatte hier noch einmal wiederholt. Weil das so ist, möchte ich aber auch noch einige Punkte zu bedenken geben.

Was mich ein bisschen stört, ist die Tatsache, dass es bei Ihnen von der Ampelkoalition bei der Archäologischen Zone nur ein Entweder-oder gibt. Entweder ist man dafür, oder man ist dagegen. Und wenn man dagegen ist, wird man diffamiert.

(Beifall bei der CDU)

Wir hatten Debatten im Kulturausschuss des Landschaftsverbands Rheinland, bei denen ich mich schon gewundert habe, was für Keulen da rausgeholt wurden - Herr Elster kann das bestätigen -, wenn man sich gegen die Archäologische Zone und den Bau des Jüdischen Museums ausgesprochen hat.

Mich stört auch, dass wir mit dem letzten Beschluss, den wir durch diesen schwachen Beschluss heute noch einmal bekräftigen, weiter nur die teuerste aller möglichen Varianten betreiben und zu keinem Zeitpunkt bereit sind, darüber nachzudenken, ob es kostengünstigere Alternativen gibt.

Ich kann hier nur aus dem LVR berichten. Dort ist man natürlich auch ganz interessiert daran, wie teuer das nun eigentlich wird, wie groß es wird, wann das inhaltliche Konzept kommt usw. Der LVR ist sich, glaube ich, gar nicht sicher, dass er Betriebskosten in jeder Höhe bezahlen möchte. Vielleicht möchte der LVR auch einen Bau haben, der etwas kleiner ist oder etwas günstiger wird und dann niedrigere Betriebskosten erzeugen wird.

Es ist sehr bedauerlich, dass wir es hier in Köln nicht schaffen, selbst Alternativen zu entwickeln. Stattdessen werden die Gegner des Baus eines Jüdischen Museums in dieser Größe immer nur diffamiert - nach dem Motto, sie wollten da nur Schutzhütten hinstellen und ein bisschen Sand reinkippen; dann sei das gut.

Darum geht es nicht. Es geht um eine andere, bessere Alternative zu der jetzigen Beschlusslage.

(Beifall bei der CDU)

Wenn wir diesen Beschluss weiter so vorantreiben, hat er natürlich immense finanzielle Auswirkungen. Die Größenordnung ist auch jetzt schon klar. Schließlich übernimmt der LVR nicht alle Kosten. Der LVR ist übrigens auch nur umlagefinanziert und damit steuerfinanziert. Das ist ja kein Geschenk des Himmels; das sind alles Steuergelder. Auch an der Stadt Köln bleiben jedes Jahr Millionen Euro hängen.

Mir kann keiner hier im Saal und auch keiner der kulturpolitischen Sprecher der Ampelkoalition versichern, dass das ohne jeden Einfluss auf die restliche Kölner Kulturpolitik bleiben wird. Haben Sie weiterhin noch Geld für alle anderen städtischen Museen? Müssen wir dann vielleicht irgendwann ein anderes städtisches Museum schließen? Darüber wird nicht offen gesprochen. Das weiß man alles überhaupt nicht.

Jetzt muss ich noch etwas zu der Bedeutung dieses Projekts sagen. Es wird immer so getan, als sei vollkommen unbestritten, dass dieses Projekt das sensationellste Highlight ist, das man aktuell in diesem Kulturbereich in Deutschland entwickeln kann.

Natürlich würden ein solches Museum und eine solche Archäologische Zone, wenn sie denn so gebaut würden, ein touristisches Highlight werden. Das ist vollkommen klar.

Aber auch aus den Koalitionsreihen im Kulturausschuss hört man die Bemerkung: Im Wissenschaftlichen Beirat sitzen doch nur Jasager.

Auch die beiden Studien bestätigen Herrn Dr. Schütte erst einmal nur, dass er eine hervorragende Grabungsarbeit leistet. Zu der Frage, ob die dort gemachten Funde tatsächlich so wichtig sind, dass sie einen Bau in dieser Größenordnung rechtfertigen, steht darin aber eigentlich nicht viel.

(Beifall bei der CDU)

Deswegen tut man der Sache meines Erachtens keinen Schaden an, wenn man weiterhin über mögliche Alternativen nachdenkt. Wir haben hervorragende andere Einrichtungen in Köln. Sie wurden alle schon in früheren Debatten erwähnt. Ich nenne hier nur das Römisch-Germanische Museum und das Kölnische Stadtmuseum sowie das EL-DE-Haus. Dort könnte man selbstverständlich auch Teile dieser Funde präsentieren und das jüdische Leben in Köln hervorragend darstellen.

Warum muss es ausgerechnet ein Bau in dieser Größenordnung und mit diesen Kosten sein? So etwas wird man nicht ohne finanzielle Auswirkungen auf den Haushalt der Stadt Köln realisieren können. Das Geld muss anderswo eingespart werden. Um diese Projekte tut es mir dann auch leid.

Abschließend möchte ich noch etwas zu Ihnen sagen, Herr Quander, weil Herr Sterck Ihnen gerade gutes Verhandlungsgeschick gewünscht hat. Ich weiß natürlich, dass Frau Karabaic und Sie im Vorfeld schon seit längerer Zeit verhandelt haben und dass die Verhandlungen dann abgebrochen wurden. Natürlich hatten Sie immer viele Konflikte - über die Übergabe der Unterlagen, über die inhaltlichen Konzepte etc. pp. Aber zurück zu den guten Wünschen von Herrn Sterck: Das ist schon etwas eigenartig. Der LVR geht davon aus, dass die Verhandlungen sich mindestens ein Jahr hinziehen werden. Ich persönlich hätte mir gewünscht, dass Sie, Herr Quander, diese Verhandlungen auch zu Ende führen können, und bedaure sehr, dass Ihnen das nicht möglich sein wird. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Schönen Dank, Herr Zimmermann. - Herr Dr. Elster.

**Dr. Ralph Elster (CDU):** Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Ich will ganz kurz mit einer kleinen Geschichte aufräumen, die Herr Sterck hier zum wiederholten Male vorgetragen hat. Er hat nämlich gerade wieder behauptet, nur die CDU-Fraktionen in den Landschaftsverbandskreisen seien gegen dieses Projekt.

Meine Damen und Herren, am 11. Dezember 2012 hat eine Sitzung des Finanzausschusses des Rhein-Sieg-Kreises stattgefunden. Ich zitiere aus dem Protokoll dieser Sitzung:

Der Finanzausschuss des Rhein-Sieg-Kreises spricht sich gegen die Übernahme von Betriebskosten für das Projekt Archäologische Zone/Jüdisches Museum Köln durch den Landschaftsverband Rheinland aus und fordert deshalb die Mitglieder der Landschaftsversammlung Rheinland auf, die Übernahme von Betriebskosten

für das oben genannte Projekt abzulehnen.

Mit den Stimmen der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion wurde das so beschlossen.

(Beifall bei der CDU - Zurufe von der CDU: Hört! Hört!)

Meine Damen und Herren von der FDP, genauso, wie Ihre Kollegen im Rhein-Sieg-Kreis abgestimmt haben, ist auch in Mettmann sowie in anderen Kreistagen abgestimmt worden. Das ist nämlich keine Kampagne der CDU oder der Freien Wähler, sondern eine Kampagne aller, die Verantwortung übernehmen - genau wie der Fraktionsvorsitzende der CDU, Winrich Granitzka, das hier gesagt hat.

(Beifall bei der CDU)

Es ist einfach ein Skandal, zu sagen, dass der Landschaftsverband Rheinland 6 Millionen Euro in unseren Haushalt pumpt. Sie haben vergessen, zu erwähnen, dass auch wir trotzdem noch 5 Millionen Euro für diesen Neubau ausgeben müssten, meine Damen und Herren - 5 Millionen Euro, die wir definitiv nicht verfügbar haben.

(Andreas Köhler [CDU]: Fünf? Mindestens!)

Gerade ist wieder einmal angeklungen, dass eventuell eines der anderen Museen geschlossen werden müsste. Vielleicht müssen aber auch zwei Museen geschlossen werden. Meine Damen und Herren, Sie haben hier gerade noch darauf hingewiesen, dass die Stadt Köln neun Museen betreibt, und unsere Museumslandschaft als wunderbar bezeichnet. Wenn das neue Museum kommt, sind es aber plötzlich nur noch sieben. Das ist doch keine sinnvolle, nachhaltige Politik, meine Damen und Herren.

Warum denken wir denn nicht über Alternativen nach? Wir haben die Möglichkeit, ohne einen Neubau zum Beispiel im Ratskeller jederzeit 1 000 Quadratmeter Ausstellungsfläche für den Beginn einer Sammlung zu realisieren. Wenn wir dann irgendwann einmal Geld für den Neubau haben - in zehn oder 15, vielleicht in 20 Jahren -, können wir ihn immer noch errichten.

(Beifall bei der CDU)

Wie irre ist es eigentlich - das hört man auch immer wieder von der rot-grünen Seite -, dem LVR vorzuwerfen, er investiere hier nicht in

Museen? Hat jemand von Ihnen einfach einmal einen Blick auf die andere Rheinseite geworfen, meine Damen und Herren? Der LVR hat seine Zentrale hier bei uns in Köln. Hier sind 2 000 hochwertige Arbeitsplätze angesiedelt. Die Provinzial Rheinland hat ihren Sitz in Köln. Das ist das, was der LVR uns gibt. Wir sind gar kein Nettozahler, meine Damen und Herren. Wir empfangen vom LVR 2 000 hochwertige Arbeitsplätze im Zentrum unserer Stadt. Diese Argumentationsweise, mit der Sie hier ankommen, ist schon ziemlich lächerlich.

(Susana dos Santos Herrmann [SPD]:  
Das glauben Sie doch selber nicht!)

- Sie finden es wohl lustig, dass wir hier nur 2 000 Arbeitsplätze haben. Vielleicht fragen Sie den LVR ja, ob er weitere Zentralen in Köln ansiedeln kann.

Abschließend will ich noch einen Punkt klarmachen. Mitgliedskommunen des LVR müssen, wie das in Wuppertal der Fall gewesen ist, Kunstmuseen schließen, weil sie nicht mehr in der Lage sind, die Betriebskosten zu finanzieren. Mitgliedskommunen des LVR müssen, wie das im Oberbergischen Kreis jetzt vielfach geschehen ist, ihre Schwimmbäder schließen, weil sie nicht mehr in der Lage sind, ein Schwimmbad zu betreiben, sodass die Schulkinder keinen Schwimmunterricht mehr bekommen können. Die Kommunen sind einfach pleite und haben kein Geld mehr. Wenn Sie diesen Kommunen mit Ihrer Ampelmehrheit im LVR auferlegen, jetzt für ein weiteres, neues Museum, das zum jetzigen Zeitpunkt niemand braucht, Geld an die Stadt Köln zu zahlen, dann weiß ich, was Sie unter Verantwortung verstehen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Herr Peil, bitte.

**Stefan Peil** (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Das ist eine spannende Debatte. Natürlich muss man über solche Fragen sprechen. Ich will auch nicht meine Rede von der letzten Ratssitzung wiederholen, in der ich die inhaltlichen Argumente noch einmal genannt habe. Ich möchte Sie nur auf einige Punkte hinweisen - auch im Zusammenhang mit dem LVR, aber zunächst einmal im Zusammenhang mit dem

Jüdischen Museum, das auf Kölner Boden entstehen soll.

Ich finde, es ist ein Unterschied, ob man Exponate irgendwo ausstellt oder ob man am Originalschauplatz einen Blick in fast 2 000 Jahre Kölner Geschichte werfen kann.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen,  
bei der SPD und bei der FDP)

In Krakau gibt es übrigens auch eine Archäologische Zone. Da kann man sich viele Ideen holen. Ich war vor ungefähr vier Wochen dort und habe mir das einmal angesehen.

Man sollte im Übrigen nicht nur zurückblicken, sondern auch in die Zukunft schauen. Das ist hier schon einmal gesagt worden. Es handelt sich um eine Investition in die Zukunft. Wir fassen hier viele Beschlüsse, die eine relativ geringe Halbwertszeit haben. Das liegt daran, dass wir Erfolg haben oder dass sie sich aus anderen Gründen erledigen. Ich bin aber sicher: Noch in 100 Jahren wird man die Mehrheit in diesem Rat dafür loben, dass dieses Museum entstanden ist, weil es für Jahrhunderte von Bedeutung ist. Deswegen glaube ich, dass es eine richtige Entscheidung ist, das zu tun.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen,  
bei der SPD und bei der FDP)

Lassen Sie mich auch noch etwas zu den Zahlen sagen. Wir kennen nicht die genauen Zahlen. Wir wissen zwar, welche Investition für die Errichtung des Museums geplant ist. Was die Betriebskosten angeht, sind uns aber nur wenige Zahlen bekannt.

Wir kennen natürlich das Weißbuch der CDU-Landschaftsverbandsfraktion. Das wird sie berichtigen müssen. Darin steht ganz viel Falsches. Das ist unglaublich. Wir Grünen haben es selber - -

(Henk van Benthem [CDU]: Sie haben gerade selber gesagt, dass Sie auch keine Zahlen kennen!)

- Ja, genau. Aber die CDU hat Zahlen genannt. Das ist doch interessant. Aber egal; das werden wir schon sehen.

(Dr. Ralph Elster [CDU]: Wir können ja rechnen - im Gegensatz zu Ihnen!)

Ich glaube aber, dass es an der Zeit ist, diese Zahlen zu ermitteln. Dazu dient jetzt auch die

Zusammenarbeit zwischen dem LVR und der Stadt Köln.

Wir kennen die genauen Zahlen zu den Betriebskosten noch nicht. Wir haben aber relativ gute Schätzungen, die übrigens sehr stark von denen der CDU abweichen.

(Helmut Jung [CDU]: Es geht auch um die Baukosten, nicht nur um die Betriebskosten!)

Meines Erachtens muss es jetzt darum gehen, die Konzeptentwicklung voranzutreiben. Dazu dient diese Zusammenarbeit. Ich glaube, dass sie jetzt auch erfolgreich ist. Der Beschluss hat den Weg geebnet.

Ich will die CDU noch einmal daran erinnern, dass die Kampagne, die sie mit den Freien Wählern im Lande betrieben hat, dazu geführt hat, dass ganze sieben Mitgliedskörperschaften - übrigens alle aus dem ländlichen Raum - Einwendungen gegen den Haushalt des Landschaftsverbandes geführt haben. Sie kennen die Vorlagen selber, Herr Dr. Elster. Es waren genau sieben, mehr nicht - alles Kommunen aus dem ländlichen Bereich; alles Kommunen, die von der Umlage profitieren und durch die Umlage große Gewinne haben.

Liebe CDU, ich habe den Eindruck, dass das, was Sie heute hier vorführen, tatsächlich ein Aufstand von Kleinbürgern ist. Sie denken nicht wirklich an die Zukunft. Sie versuchen, mit wirtschaftlichen Argumenten, die natürlich immer eine Rolle spielen, ein Leuchtturmprojekt zu verhindern.

Es ist immer noch Zeit, umzukehren. Ich wünsche Ihnen den Mut und die Kraft dazu. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Schönen Dank, Herr Peil. - Herr Sterck, bitte.

**Ralph Sterck (FDP):** Frau Bürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich kann nicht alles hier so stehen lassen. Deswegen möchte ich einige Aspekte noch einmal aufgreifen.

Herr Dr. Elster, Sie werden es nicht glauben: Ja, Sie haben recht. Es hat wirklich FDP-Fraktionen im Rheinland gegeben, die anders abgestimmt haben. Wir haben sehr dafür geworben, dass sie

das nicht tun. Wir sind aber eine liberale Partei. Ich kann es doch nicht verordnen. Ein Fraktionsvorsitzender hat mir am Telefon gesagt: Es tut mir leid; wir sind in der Koalition. - Das ist eben so. Es ist auch okay. Ich bin ja liberal. Daher kann ich auch damit leben, dass jemand eine andere Meinung hat.

Das sage ich auch Ihnen, Herr Zimmermann. Ich kann Ihre Position gut verstehen. Das ist eine andere Abwägung. Dagegen sage ich gar nichts. Im Gegensatz zu Ihnen setze ich mich aber mit den Kollegen der CDU bzw. deren Vorgängern seit 13 Jahren über dieses Thema auseinander und musste mir in verschiedensten öffentlichen Sitzungen und kleinen Runden alle möglichen Argumente anhören, warum das jetzt gerade nicht gehe und warum wir es bitte noch einmal verschieben müssten. Sie müssen verstehen, dass ich dann sage - da hört meine Liberalität vielleicht irgendwann auf -: Irgendwann muss eine Entscheidung getroffen werden. Dann wird das auch entsprechend gemacht.

Daher ist das richtig, was Herr Peil ebenfalls gesagt hat. Dann ist es halt so, dass sieben Kommunen sich dagegen ausgesprochen haben, drei davon möglicherweise auch mit Stimmen der FDP. Trotzdem ist es ein wichtiges Projekt für die Stadt Köln.

(Beifall bei der FDP)

Mein Fokus ist auch nicht in erster Linie auf die Interessen von Wuppertal oder Mettmann gerichtet. Mein Interesse ist es vielmehr, hier für die Stadt Köln etwas zu bewegen.

(Beifall bei der FDP)

Herr Zimmermann, Sie haben dafür plädiert, noch einmal andere Standorte zu suchen. Wenn Sie die Broschüre über das Symposium zur Standortsuche nicht haben, gebe ich sie Ihnen gerne. Es sind sieben Standorte untersucht worden, auch die von Ihnen genannten - von der Glockengasse über das Römisch-Germanische Museum bis zum Spanischen Bau. Bitte haben Sie Verständnis dafür, dass ich nach 13 Jahren dieser Diskussion heute nicht sage: Wunderbar, dass Herr Zimmermann jetzt kommt und noch einmal für eine Standortsuche plädiert; fangen wir doch wieder ganz von vorne an.

Leider ziehen sich die Entscheidungen in dieser Stadt immer sehr hin. Wir könnten in dieser Sache schon viel weiter sein. Jetzt sind wir aber zumindest so weit, dass wir mit dem Landschaftsverband Rheinland einen Partner

haben, mit dem wir das Ganze entwickeln können. Diese Chance sollten wir jetzt auch ergreifen. Sie ist aus meiner Sicht einmalig für Köln.

(Beifall bei der FDP, der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen)

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Danke schön, Herr Sterck. - Herr Wiener.

**Markus Wiener** (pro Köln): Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Wir haben gerade in der Diskussion erlebt, dass die Gegner des Projekts, egal was Herr Sterck jetzt gesagt hat, natürlich diffamiert werden. Wir haben doch mit eigenen Ohren den Vorwurf gehört, die Gegner seien kleinbürgerlich und Schlimmeres. Wenn man sich hier gegen dieses Projekt ausspricht, ist bei den Reaktionen darauf auch immer eine unterschwellige Drohung dabei. Damit werden auch ganz andere Sachen transportiert. Ich glaube, jeder weiß, was ich damit meine.

Wenn es hier aber schon zu einer Grundsatzdiskussion ausartet, würde mich noch viel mehr eine Stellungnahme des zuständigen Fachdezernenten interessieren, dem hier auch der Schwarze Peter in Form der Verhandlungsführung mit dem LVR zugeschoben wird. Diese undankbare Aufgabe hat man Professor Quander gelassen, nachdem man vorher sehr, sehr nett mit ihm umgegangen ist. Mich würde schon auch eine Stellungnahme des Fachdezernenten dazu interessieren, wenn wir hier schon in aller Breite über diesen Vorgang diskutieren.

(Beifall bei pro Köln)

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Herr Börschel, bitte.

**Martin Börschel** (SPD): Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ein paar Dinge können hier nicht unwidersprochen stehen bleiben; da halte ich es mit Herrn Sterck und Herrn Peil.

Erstens. Kollege Elster, ich muss doch einmal die Frage stellen, was für ein Demokratieverständnis Sie eigentlich haben. Die Haltung des Landschaftsverbandes Rheinland wird in den Gremien des Landschaftsverbandes

Rheinland festgelegt und nicht im Rhein-Sieg-Kreis. Das müssen wir an dieser Stelle in allem Respekt vor den Kolleginnen und Kollegen dort noch einmal festhalten.

(Beifall bei der SPD)

Dass Sie als CDU im Rheinland, jeweils mit lokaler Unterstützung des einen oder anderen, eine Kampagne fahren, ist doch völlig unbestritten. Ich weiß auch gar nicht, warum Sie das jetzt so kleinmütig bestreiten. Geben Sie es doch zu. Sie machen das. Sie überzeugen aber die Mehrheit in den demokratischen Gremien des Landschaftsverbandes Rheinland und des Rates der Stadt Köln nicht. So einfach ist die Angelegenheit.

Zweitens will ich ein hier gerne verbreitetes Missverständnis nur der guten Ordnung halber noch einmal ansprechen, nämlich die ständige Argumentation, man könne doch die Funde einfach irgendwo anders präsentieren. Das wäre eine völlig andere Konzeption als das, was sich die Mehrheiten im Landschaftsverband Rheinland und im Rat der Stadt Köln vorstellen. Es ist legitim, wenn Sie das vorschlagen. Tun Sie dann aber bitte nicht so, als sei das dasselbe, nur an anderem Ort. Es ist eben nicht dasselbe, weil aufgrund der Einzigartigkeit des Ortes nur die Errichtung an dieser Stelle möglich ist. Insofern sollten Sie dann schon zugeben, dass Sie ein völlig anderes Ziel im Auge haben und verfolgen. Dieses Ziel liegt natürlich eher auf der Linie Ihrer grundsätzlichen Ablehnung, die Sie über all die Jahre diesem Projekt gegenüber aufgebracht haben.

Drittens möchte ich noch etwas zu den Kosten sagen, wenn Sie sich schon für andere zukunftsgerichtete Themen nicht so recht interessieren. Immerhin stimmt die Richtung bei der CDU schon einmal. Wenn ich mich richtig erinnere, hat Herr Klipper beim letzten Mal noch von Kosten für den städtischen Haushalt in Höhe von ungefähr 6 Millionen Euro geredet. Herr Dr. Elster spricht heute von 5 Millionen Euro. Wenn das in diesem Tempo weitergeht, stimmt zumindest Ihre Richtung. Ich glaube, wenn wir uns hier die Zinsen, die Abschreibungen und die Bauunterhaltung vor Augen führen - dazu hat Herr Quander beim letzten Mal ja schon Aussagen gemacht -, werden wir deutlich unterhalb dieser Summe für den städtischen Haushalt liegen.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Nein!)

Eines ist aber natürlich klar: Niemand behauptet, dass das für den städtischen Haushalt eine kostenlose Veranstaltung ist. Insofern ist es unlauter, dass Sie uns hier immer mal wieder unterstellen, irgendjemand von SPD, Grünen oder FDP hätte das ernsthaft behauptet. Es wird in der Tat Kosten nach sich ziehen.

Diese Lösung, die SPD, Grüne und FDP jetzt anstreben, ist aber - und damit komme ich zum entscheidenden Punkt - die für den städtischen Haushalt preiswerteste Lösung, die irgendjemand vorgeschlagen hat. Das will ich ganz ausdrücklich feststellen.

Ihre Schutzhütten-Variante würde selbst erhebliche Kosten für den Bau produzieren. Sie müssten nämlich die Archäologische Zone und Ihre komische Hüttenlandschaft rein baulich finanzieren. Sie würde verlorene Kosten für Architektenwettbewerbe und andere Dinge produzieren. Sie würde den Verlust von Landeszuschüssen in Höhe von 14 Millionen Euro produzieren; denn diese Zuschüsse gibt es selbstverständlich nur im Rahmen der bisherigen Beantragung. Außerdem würde sie Betriebskosten produzieren.

Stellen Sie dem nun einmal die Ampel-Variante gegenüber, die beim letzten Mal zur Abstimmung stand. Der entscheidende Vorteil der Ampel-Variante für den städtischen Haushalt ist, dass wir um die Betriebskosten entlastet sind. Das macht diese Variante erheblich preiswerter als die Schutzhütten-Variante der CDU. Das muss man hier noch einmal klipp und klar festhalten.

(Beifall bei der SPD, dem Bündnis 90/Die Grünen und der FDP)

Abschließend will ich Ihnen eines ehrlich sagen. Es gibt noch eine dritte Variante, die unter dem Strich preiswerter wäre, wenngleich auch sie verlorene Kosten produzieren würde - diese Variante muss man erwägen, wenn es ganz schlimm ist; dann muss man es aber auch ehrlich sagen -, nämlich die Zuschüttungsvariante. Dann hätten Sie in der Tat verlorene Kosten für Architektenwettbewerbe. Dann bekämen Sie auch die Landeszuschüsse nicht. Außerdem müssten Sie dann bestimmte konservatorische Themen angehen. Summa summarum wäre diese Variante für den städtischen Haushalt aber in der Tat günstiger als die Variante, die SPD, Grüne und FDP jetzt vorschlagen - allerdings um den Preis, dass wir der Nachwelt nicht jetzt schon etwas präsentieren könnten.

Diese Variante schlägt - ich wiederhole es - noch nicht einmal die CDU vor. Wenn das Ihre Variante ist, dann müssen Sie es ehrlich sagen. Sie schlagen aber die Schutzhütten-Variante vor. Und diese Variante ist - ich wiederhole es - für den Haushalt der Stadt Köln teurer als die Variante von SPD, Grünen und FDP.

(Beifall bei der SPD, dem Bündnis 90/Die Grünen und der FDP)

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Herr Zimmermann, bitte.

**Thor-Geir Zimmermann (Deine Freunde):** Jetzt sind wir auch bald durch, glaube ich. Ich möchte Herrn Börschel aber gerne noch einmal antworten. - Natürlich ist das, was wir vorschlagen oder was ich in diesem Fall vorschlage, nicht dasselbe wie Ihre Variante. Es wäre aber günstiger; das schon.

(Beifall von Dr. Ralph Elster [CDU] - Martin Börschel [SPD]: Eben nicht! Nicht für den städtischen Haushalt!)

- Man kann die Betrachtung aber nicht nur auf den städtischen Haushalt beschränken, sondern muss schon sehen, welche Investitionskosten und Betriebskosten das Projekt insgesamt nach sich zieht.

Sie haben auch gesagt, die Haltung des Landschaftsverbandes Rheinland werde in dessen Gremien festgelegt und nicht in Wuppertal oder sonst wo. Die hier in Rede stehende Haltung des LVR ist aber doch nicht in diesen Gremien festgelegt worden, sondern durch einen politischen Beschluss. Die Fraktionsspitzen von SPD, Grünen und FDP im Landschaftsverband Rheinland und die Fraktionsspitzen von SPD, Grünen und FDP im Rat haben sich getroffen - ich stelle mir jetzt vor, zu sechst; oder vielleicht waren die Fraktionsgeschäftsführer auch noch dabei - und überlegt, wie sie das Projekt Archäologische Zone retten können. Dann haben sie im LVR - wie auch hier - einen politischen Beschluss herbeigeführt. Dieser Beschluss ist nicht aus dem LVR selbst heraus entstanden. Davor gab es im Landschaftsverband Rheinland doch auch einen Beschluss. Die Verhandlungen zwischen Frau Karabaic und Herrn Quander liefen ja schon. Sie haben diese Verhandlungen abgekürzt, weil Sie gemerkt haben, dass das Projekt für die Stadt Köln viel zu teuer würde,

und weil Sie gemerkt haben, dass die beiden sich vielleicht nicht wirklich einigen können.

Was die Landeszuschüsse angeht, stehen auch noch ein paar ganz interessante Dinge im Bescheid, die wir jetzt nicht alle ausdiskutieren können. Der Bewilligungsbescheid enthält nämlich Auflagen. Dort geht es natürlich um Denkmalschutz und Bodendenkmäler, aber auch um ein inhaltliches Konzept, das immer noch fehlt. Diese Zuschüsse sind noch nicht unter Dach und Fach, glaube ich. Das muss ebenfalls gesagt werden. Darüber muss offensichtlich auch noch verhandelt werden. - Danke schön.

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Danke schön, Herr Zimmermann. - Nach fast einstündiger Diskussion würde ich nun sehr gerne abstimmen lassen. Deswegen rufe ich die Vorlage unter Tagesordnungspunkt 11.32 jetzt zur Abstimmung auf.

(Markus Wiener [pro Köln]: Frau Bürgermeisterin, wir hatten hier noch um eine Stellungnahme des zuständigen Dezernenten gebeten! Es ist doch wohl guter Brauch, dass der zuständige Dezernent dann etwas dazu ausführt!)

- Wir sind bereits in der Abstimmung.

(Markus Wiener [pro Köln]: Ich habe es doch gerade in der Debatte gesagt! Das ist auch ein völlig üblicher Vorgang!)

- Der zuständige Dezernent hat sich nicht gemeldet. Insofern sehe ich da jetzt keine Notwendigkeit.

Wir kommen zur Abstimmung über die Vorlage. Wer ist gegen diese Vorlage? - Das sind die CDU und Herr Zimmermann. Gibt es Enthaltungen? - Die Linke enthält sich. Damit ist die Vorlage angenommen.

(Beifall bei der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Zu Tagesordnungspunkt 11.33:

**11.33 Energetische Sanierung und Erweiterung der Kita Kalk-Mülheimer Str. 216, Köln-Kalk  
Baubeschluss  
3504/2012**

Wie Finanzausschuss.

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? - Keine Gegenstimmen. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Damit ist das einstimmig angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 11.34:

**11.34 Wertgrenzen für öffentliche Aufträge 2013 - Übergangsregelung - TVgG - Binnenmarktrelevanz  
4566/2012**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Ich sehe keine. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer ist dagegen? - Keine Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist das einstimmig angenommen.

Ich rufe auf:

**12 Bauleitpläne - Änderung des Flächennutzungsplanes**

Zu Tagesordnungspunkt 12.1:

**12.1 182. Änderung des Flächennutzungsplanes im Stadtbezirk 4, Köln-Ehrenfeld  
Arbeitstitel: Widdersdorfer Straße in Köln-Ehrenfeld  
hier: Feststellungsbeschluss  
3450/2012**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Ich lasse darüber abstimmen. Wer ist dagegen? - Keine Gegenstimmen. Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist das einstimmig angenommen.

Wir kommen zu:

**13 Bauleitpläne - Anregungen/Satzungen**

Zu Tagesordnungspunkt 13.1:

**13.1 Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan 7344/01  
Arbeitstitel: „Stadtteilzentrum Ostheim“ in Köln-Ostheim  
3862/2012**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer ist dagegen? - Das ist die FDP. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist das angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 13.2:

**13.2 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf 69450/10 Arbeitstitel: „Deutzer Feld“ in Köln-Kalk 3736/2012**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer ist dagegen? - Keine Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist das einstimmig angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 13.3:

**13.3 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf 67458/07 Arbeitstitel: Brandenburger Straße Teilbereich A in Köln-Altstadt/Nord 4163/2012**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Wir kommen zur Abstimmung. Wer ist dagegen? - Keine Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? - Die FDP enthält sich. Damit ist das angenommen.

Ich rufe auf:

**16 Weitere bauleitplanungsrechtliche Sachen**

Zu Tagesordnungspunkt 16.1:

**16.1 Städtebauliche Neuordnung des Domumfeldes im Bereich Trankgasse Bauabschnitt 2 des Gesamtkonzeptes zur städtebaulichen Verbesserung der Domumgebung hier: Auftrag zur Entwurfsplanung - Planungsbeschluss 4201/2012**

Abstimmung wie Stadtentwicklungsausschuss, Verkehrsausschuss, Anlage 5.

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Dann lasse ich abstimmen. Wer ist dagegen? - Das ist die Linke. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist das angenommen.

Wir kommen zu:

**18 Wahlen**

Zu Tagesordnungspunkt 18.1:

**18.1 Neuwahl eines ordentlichen Mitgliedes als Vertreter der Stadt Köln in die Verbandsversammlung des**

**Zweckverbandes Erholungsgebietes Stöckheimer Hof 4089/2012**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Wer ist dagegen? - Keine Gegenstimmen. Enthaltungen? - Keine. Damit ist das einstimmig angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 18.2:

**18.2 Antrag der SPD-Fraktion hier: Wahl einer Sachkundigen Einwohnerin in den Jugendhilfeausschuss AN/1852/2012**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? - Keine Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist auch das einstimmig angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 18.3:

**18.3 Mitteilung über die Benennung eines neuen beratenden Pflichtmitgliedes für den Jugendhilfeausschuss 4368/2012**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine Wortmeldungen. Dann lasse ich abstimmen. Wer ist dagegen? - Keine Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist das ebenfalls einstimmig angenommen.

Tagesordnungspunkt 18.4 wurde zurückgezogen.

Zu Tagesordnungspunkt 18.5:

**18.5 Antrag der SPD-Fraktion hier: Wahl eines Mitglieds für den Beirat der Justizvollzugsanstalt Köln AN/1937/2012**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine Wortmeldungen. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? - Keine Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist das einstimmig angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 18.6:

**18.6 Antrag der SPD-Fraktion hier: Namentliche Benennung eines stellvertretenden Ausschussvorsitzenden AN/1967/2012**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Dann haben wir das zur Kenntnis genommen.

Zu Tagesordnungspunkt 18.7:

**18.7 Antrag der Fraktion Die Linke.  
hier: Benennung eines Mitglieds mit  
beratender Stimme für den  
Verkehrsausschuss  
AN/1981/2012**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine Wortmeldungen. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer ist dagegen? - Keine Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist das einstimmig angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 18.8:

**18.8 Antrag der CDU-Fraktion  
hier: Wahl eines Sachkundigen Bürgers  
in den Ausschuss für Soziales und  
Senioren  
AN/2017/2012**

Gibt es dazu Wortmeldungen?

(Winrich Granitzka [CDU]: Das ist die Korrektur!)

- Ja. - Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? - Keine Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist das einstimmig angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 18.9:

**18.9 Antrag der FDP-Fraktion  
hier: Wahl eines Mitglieds für die  
RheinEnergie Stiftung Jugend/Beruf/  
Wissenschaft  
AN/2023/2012**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Damit ist das einstimmig angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 18.10:

**18.10 Antrag der FDP-Fraktion  
hier: Namentliche Benennung eines  
stellvertretenden  
Ausschussvorsitzenden  
AN/2024/2012**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Dann haben wir das zur Kenntnis genommen.

Wir kommen zu:

**19 Genehmigung von  
Dringlichkeitsentscheidungen gemäß  
§ 60 Abs. 1 Satz 3 der  
Gemeindeordnung des Landes  
Nordrhein-Westfalen**

Zu Tagesordnungspunkt 19.1:

**19.1 Delegiertenversammlung 2012 der  
Deutschen Sektion des Rates der  
Gemeinden und Regionen Europas  
(RGRE) am 20./21. November 2012 in  
Bonn  
4192/2012**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine Wortmeldungen. Wir kommen zur Abstimmung. Wer ist dagegen? - Keine Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Damit ist das einstimmig angenommen.

Hiermit haben wir das Ende des öffentlichen Teils unserer heutigen Sitzung erreicht.

(Schluss: 20:22 Uhr)